



BAB

OW III

B51

B1

herne

HERNE - unsere Stadt

MONATSSCHRIFT DER STADT HERNE · NUMMER 3/4 · JAHRGANG 4

AUS DEM INHALT

	Seite
Meilensteine auf dem Wege zu abendländischer Gemeinschaft	3
Briand-Medaille für Herne	
90 Jahre Freiwillige Feuerwehr in Herne	7
Geschichtliche Entwicklung	
Zeche „Julia“ — ihre Geschichte und ihr Schicksal	10
Immer nur Verwaltung? — oder gar Bürokratie?	19
Alte Siegel und Stempel	20
Zeugnisse Herner Stadtgeschichte (bis 1928)	
Ostarchivalien	25
Wat de Pohlbürger meent!	26
Plattdütsch för Hus un Schaule	26
Erinnerungen eines alten Herners	27
Aus der Zeit vor 50 bis 60 Jahren	
Marmeladenfabrik und Senfmühlen	28
Zwei Familienbetriebe im früheren Baukau	
Was ist mit dem „Festungsgitter“?	28
Herner Schulsportzentrum	29
Das kaufmännische Schulwesen	31
Ein Bericht für Eltern, Lehrherren und Schüler von Oberstudiendirektor Dipl.-Handelslehrer M. Albrecht	
Wiege der Ruhrindustrie	37
Vom Bergbau und der Metallverarbeitung im alten Märkischen Sauerland	
Vorrang für öffentlichen Verkehr	39
Bauer und Dichter	40
Von F. Hausemann	
Öffnungszeiten der Städtischen Bücherei	40

Bildautoren dieses Heftes:

Archiv Märkische Steinkohlegewerkschaft, Städtisches Bildarchiv, Meyer, Grabski, Kopitzko, Lütkehaus.

Herausgegeben von der Stadtverwaltung Herne

Ausführungen, die mit dem Namen oder Zeichen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt eine offizielle Meinung von Rat oder Verwaltung der Stadt dar. Gleiches gilt von Leserzuschriften.

Meilensteine auf dem Wege zu abendländischer Gemeinschaft

Briand-Medaille für Herne und seine französischen Freundschaftsstädte — Verbrüderungspakt in Herne

Fährt man auf der Bundesstraße 52 von Nonnweiler (Saarland) in östlicher Richtung, trifft der Blick kurz vor dem hart an der Grenze zum Lande Rheinland-Pfalz gelegenen Dorf Otzenhausen auf den weit sich hinziehenden Anfang einer Panzersperre, wuchtige Betonklötze einer sogenannten Höckerkette. Sie wurde Ende der dreißiger Jahre angelegt, um im Kriegsfall einen französischen Panzereinbruch zu verhindern. Hinter der Panzersperre am Dorfausgang ein mit Ziegelsteinen verblendeter Artilleriebunker, aus dessen getarnten Schießscharten einstmals Pakgeschütze die Straße bestreichen konnten. — —

Reste des Westwalls, Gegenstück zu der Maginot-Linie jenseits der französischen Grenze. Beide sind fast schon vergessene Vergangenheit. Aber in dieser Vergangenheit war in den deutschen Lesebüchern der Schulen noch frisch und frei vom „Erbfeind“ geschrieben worden. Und jenseits der Grenze war das Schimpfwort „Les Boches“ immer noch gebräuchlicher als das sachliche Wort „Les Allemands“. Hier als fossiles Relikt nach dem aus einer Nichtigkeit entstandenen Krieg 1870/71 das Lied „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“, drüben das von Generation zu Generation weitergegebene, unterschwellig wirkende und an diesen Krieg stets erinnernde „Jamais y parler, toujours y penser!“ (Niemals davon sprechen, aber immer daran denken!)

Im Geistigen mußte der Ansatz gefunden werden, mit diesen Haßgedanken aufzuräumen. Einer dieser Ansatzpunkte ist seit dem Jahr 1953 das „Europa-Haus Otzenhausen“, Institut für politische Bildung und deutsch-französische Zusammenarbeit. Es liegt genau 250 m nördlich von der Stelle, an der die Panzersperre beginnt sich nach Süden hin einen Hang hinaufzuwinden, im Schutz eines Waldes, aus dem am Abend aus den Südhängen des Hunsrücks die Rehe in das fruchtbare Tal hinüberwechseln.

Welch krasser Gegensatz offenbart sich hier! Auf der südlichen Straßenseite der Westwall mit seinen Panzersperren und Bunkern, auf der nördlichen Seite die Gebäude des „Europa-Hauses“. — Im Süden die Symbole der Universalität von Not und Zerstörung durch Kriege der beiderseitigen „Erbfeinde“, — als Gegenpol die an einen Waldhang gebettete Zelle der Verständigung, gerichtet auf die Universalität eines Friedens nach dem alten Wort „Friede ernährt, Unfriede verzehrt!“

Es soll an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Stationen des Aufbaus und der Geschichte dieses „Europa-Hauses“ eingegangen werden. Saarländische Initiative und französische Bereitschaft,

ideell mitzuarbeiten, ließen es entstehen und im Lauf der Jahre wachsen und sich vergrößern. Unzählige deutsch-französische Begegnungen auf vielen Ebenen haben hier inzwischen stattgefunden. Jede von ihnen hinterließ bei den Beteiligten zum mindesten die Erkenntnis, daß zwei große Nachbarvölker des Abendlandes, einstmals der gemeinsamen Wurzel christlicher Humanitas entsprungen, niemals mehr durch einen von Macht-Interessen diktierten nationalistischen Chauvinismus irreführt werden dürfen. Wenn sich diese beiden Völker erst einmal von Mensch zu Mensch kennenlernen, wenn sie „in allen Bereichen des öffentlichen, des geistigen und des wissenschaftlichen Lebens zielstrebig am Abbau der ‚Erbfeindlegende‘ von einst arbeiten“ (so Prof. Dr. Heinz-Otto Sieburg, Saarbrücken), damit alte Ressentiments aus dem Weg räumen und ein vertieftes gegenseitiges Verstehen gewinnen, dann bietet das die beste Gewähr für einen dauerhaften Frieden.

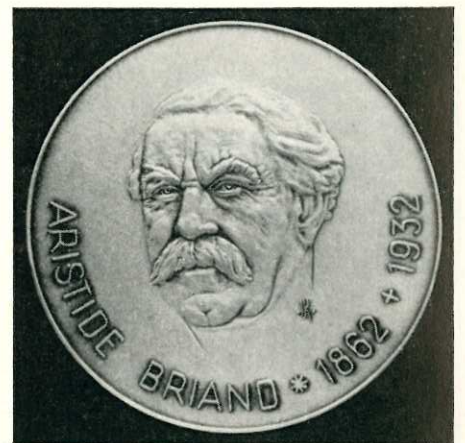
Schalten wir in das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zurück, als unsere Stadt Herne noch keine Stadtrechte besaß, sondern nur der Mittelpunkt eines Amtes im damaligen Landkreis Bochum war. Damals leitete seit dem Jahr 1891 Bergwerksdirektor G. A. Meyer die Geschicke von Shamrock I/II und seit 1893 auch die von Shamrock III/IV. Seit 1896 hatte Direktor Meyer mit der Entwicklung tragbarer Gasschutzgeräte begonnen. Aus einem Zweiflaschenapparat entstand dann später ein modernes Atmungsgerät, das in seinen Prinzipien auf die Ideen von Direktor Meyer zurückging. Er war Wegbereiter und Vorbild auf dem Gebiet des Grubenrettungswesens. Mit seiner Grubenwehr verband ihn ein herzliches Verhältnis. In einem seiner Aufsätze über das Grubenrettungswesen finden wir dafür einen bezeichnenden Abschnitt:

„... daß die Herner Bergleute und Bergbeamten bei den zahllosen und mühevollen und bisweilen mit Gefahr verbundenen Versuchen und Übungen im Gastauchen eine nicht genug anzuerkennende Aufopferung und nicht in Worten, sondern in Taten bestehende ideale Gesinnung gezeigt haben. So etwas nennt man, nein, man nennt es eigentlich gar nicht, so etwas ist Arbeitsgemeinschaft. Und erst im Ernstfall, wenn es sich darum handelt, von giftigen Gasen überwältigte Kameraden zu retten. Da gibt es Kameradschaft, echte, wirkliche, — treu bis zum Tod. Die Parteifarbe verschwindet, es gibt nur eine Farbe, kohlschwarz, bakterienfrei, vornehm!“

Daß diese Worte nicht übertrieben waren, zeigte sich dann am 10. März

1906. Im Departement Pas de Calais ereignete sich die größte Grubenkatastrophe die bisher jemals in der Geschichte des Bergbaus verzeichnet wurde. Ihr fielen 1099 Väter, Gatten und Söhne im Alter von 14 bis 60 Jahren zum Opfer. Die Zechengesellschaft, die von diesem Unglück betroffen wurde, war in Courrières gegründet worden und hatte dort noch einen Teil ihrer Hauptverwaltung. Das Unglück ging deshalb als die „Katastrophe von Courrières“ in die Geschichte ein.

Auf Anregung von Bergmeister Engel vom Bergbauverein brach Direktor Meyer schon am 11. März 1906 mit einer zunächst 25 umfassenden, später auf acht Bergleute reduzierten Rettungsmannschaft von „Shamrock“ und „Rheinlbe“, Gelsenkirchen, auf und traf am 12. März in Billy-Montigny (heute einer der Freundschaftsstädte unserer Stadt) ein. In der vordersten Gefahrenzone eingesetzt, beteiligte sich die Mannschaft maßgebend an den Rettungsarbeiten. Entscheidend bei dieser Aktion war, daß durch das Vertrauen auf die „Shamrock-Geräte“ auch die französischen Retter ermutigt und moralisch aufgerichtet wurden. Außerdem gelang der deutschen Rettungstruppe, durch die Wiederöffnung der in Rich-



tung des besonders katastrophal betroffenen Schachtes III führenden Strecken die Rettung von 13 französischen Bergleuten, die gegen alle französischen Erwartungen nach drei Wochen nach der Katastrophe lebend geborgen werden konnten.

Seit jenen Tagen kennt man in Billy-Montigny, in Hénin-Liétard und in den anderen Bergbaustädten des „Pas de Calais“ die Namen Herne und Shamrock recht gut. Sie gingen auch über zwei Kriege hinweg mit all ihren Bitterkeiten, Verlusten, Zerstörungen und den aus diesen Ereignissen entstandenen Ressentiments nicht aus dem Gedächtnis. Unter den Aspekten der schon 1951 gegründeten Montan-Union und der in Vorbereitung befindlichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft waren nach dem 2. Weltkrieg im übrigen die Anstrengungen einer Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses schon deutlich wirksam geworden. So war es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß zur fünfzigsten Wiederkehr jenes Tages von Courrières auch die Nachfahren jener Retter und auch die Repräsentanten der Stadt Herne in den Pas de Calais eingeladen wurden. Bergwerksdirektor Michaelis und zwei Söhne von Mitgliedern der damaligen Rettungsmannschaft, Droste und Dieckmann, vertraten die Zeche Shamrock. Oberbürgermeister Brauner und die Stadtverordneten Schädel und Wilken Rat, Oberstadtdirektor Ostendorf und Stadtkämmerer Kleine die Verwaltung unserer Stadt.

Von diesem Tag an datiert auch der offizielle Austausch zwischen den Städ-

ten Lens, Hénin-Liétard, Billy-Montigny und Herne, nachdem schon im Jahr zuvor (1955) erstmals ein Austausch von Jungbergleuten der französischen Staatsbergwerke jenes Gebiets und der „Hibernia“ mit Erfolg durchgeführt worden war. Französische Kinder weilten erstmals in unserem Kinderkurheim in Hammelbach, Herner Kinder in französischen Ferienlagern. Alle Stationen des weiterführenden Weges in der Vertiefung des Verhältnisses zwischen den französischen Städten und unserer Stadt zu beschreiben, ist überflüssig. Sie sind weitgehend bekannt. Eine einzige Zahl spricht für vielfache Bemühung auf beiden Seiten: Mehr als 4000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben bisher den Weg hin und zurück über die Grenzen gefunden, haben sich trotz der verschiedenen Sprache verstanden und sind vielfach gute Freunde geworden.

Daß diese Bemühungen, die weit über das normale Maß hinausgingen, nicht unbemerkt blieben, ist selbstverständlich. Sie fanden am 6. Mai dieses Jahres ihre besondere Anerkennung durch die Verleihung der „Briand-Gedenkmedaille“ des Europa-Hauses Otzenhausen, die im Rahmen einer Kuratoriums-Sitzung in den Räumen des Saarländischen Landtags in Saarbrücken feierlich überreicht wurde. Unsere Stadt war durch Oberbürgermeister Brauner und die Stadtverordneten Schönewolf und Wenner als Fraktionsvorsitzende der beiden im Rat vertretenen Parteien und von der Verwaltung durch Oberstadtdirektor Ostendorf und Stadtdirektor Dr. Radatz repräsentiert. Die drei französischen Paten-

städte hatten Bürgermeister Darchicourt von Hénin-Liétard entsandt.

Es war wirklich eine hochansehnliche Festversammlung, die sich an jenem Samstagvormittag im saarländischen Landtag eingefunden hatte. An der Spitze Diplomaten aus der deutschen Botschaft in Paris und der französischen Botschaft in Bonn. Minister der saarländischen Landesregierung unterhielten sich mit hohen Offizieren der französischen und deutschen Wehrmacht. Die politischen Parteien, die im Landtag in Saarbrücken vertreten sind, fanden sich mit ihren Spitzen ein. Bundestagsabgeordnete, Kleriker beider Konfessionen, Gäste aus den benachbarten französischen Städten, Förderer der deutsch-französischen Verständigung aus dem ganzen Bundesgebiet und viele andere bildeten den festlichen Rahmen der Veranstaltung, bei der auch zwei Privatpersonen die Briand-Gedenkmedaille überreicht wurde.

Begrüßt wurden sie alle vom Senator und Bürgermeister der Stadt Metz, René Jager als dem Vorsitzenden des Kuratoriums des Europa-Hauses Otzenhausen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Festvortrag von Prof. Dr. Otto-Heinz Sieburg, eines gebürtigen Herners, über das Thema „Das deutsch-französische Verhältnis im Licht der Courrières-Legende“, auf den wir an anderer Stelle des näheren eingehen. Dann überreichte Intendant Dr. Mai vom Saarländischen Rundfunk — selbst ein verdienter Förderer der deutsch-französischen Verständigung — an Bür-

Le Conseil Municipal d'Hénin Liétard
librement désigné par les suffrages de ses concitoyens;

Certain de répondre aux aspirations profondes et aux besoins réels de la population héninoise. Sachant que la civilisation occidentale a trouvé son berceau dans nos anciennes communes et que l'esprit de liberté s'est d'abord inscrit dans les franchises qu'elles surent conquérir au prix de longs efforts. Considérant que l'oeuvre de l'histoire doit se poursuivre dans un monde étendu, mais que ce monde ne sera vraiment humain qu'à la mesure où les hommes vivront libres dans des cités libres.

En ce jour, le Conseil Municipal d'Hénin Liétard prend l'Engagement Solennel :

de maintenir des liens permanents avec la Municipalité de Herne;
de favoriser en tous domaines les échanges entre les habitants de Herne et Hénin-Liétard pour développer par une meilleure compréhension mutuelle, le sentiment vivant de la fraternité européenne;
de conjuguer ses efforts afin d'aider dans la pleine mesure de ses moyens au succès de cette nécessaire entreprise de paix et de prospérité.

Union des Peuples Européens
Cait à Hénin-Liétard / Herne = le 8 Juillet 1967.

Le Maire: *[Signature]* Les Maires adjoints: *[Signatures]*
Les Conseillers Municipaux: *[Signatures]*

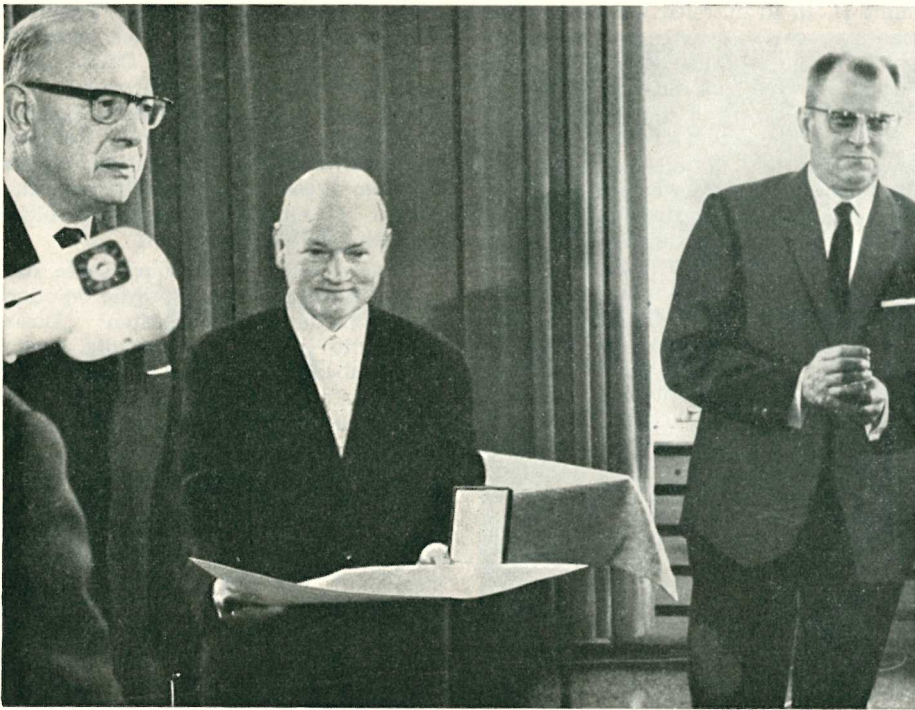
URKUNDE

Im Bewußtsein einer urbanen Prägung der abendländischen Kultur und ihrer Lebensauffassungen erklären die Repräsentanten der Städte HENIN-LIÉTARD/PAS DE CALAIS und HERNE/WESTFALEN sowie die Angehörigen ihrer Ratversammlungen am heutzigen Tage feierlich unter ihren Stäbten immerwährende Gemeinschaften aufrecht zu erhalten und den Austausch ihrer Einwohner auf allen Gebieten zu fördern um ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erreichen und ein gemeinsames lebendiges Europa aufzurichten.

Herne den 8. Juli 1967

Deputé Maire: *[Signature]* Oberbürgermeister: *[Signature]*
Adjoint au Maire: *[Signature]* Bürgermeister: *[Signature]*
Secrétaire Général: *[Signature]* Oberstadtdirektor: *[Signature]*
Die Beigeordneten: *[Signatures]*
Die Stadtverordneten: *[Signatures]*

[Additional signatures and stamps]



Nach der Überreichung der Briand-Medaille. Oberbürgermeister Brauner mit der Medaille und der Urkunde. Links neben ihm der Bürgermeister von Metz, Senator René Jager, rechts Bürgermeister Fernand Darchicourt.

germeister Darchicourt für die drei französischen Städte und Senator und Bürgermeister René Jager (Metz), an Oberbürgermeister Brauner für die Stadt Herne die Briand-Gedenkmedaille, wobei die Verdienste der vier Partnerschafts-Städte um die „europäische Bewußtseinsbildung“ als außerordentliche und bisher einmalige Verdienste gewürdigt wurden.

Mit französischem Charme wußte Bürgermeister Fernand Darchicourt seinen Dank für die Ehrung der franzö-

sischen Städte auszudrücken. Man könne die Anstrengungen Briands um eine deutsch-französische Annäherung nicht erwähnen, wenn man nicht gleichzeitig des deutschen Staatsmannes Stresemann gedenke, der nicht zufällig wie auch Briand im Jahre 1926 den Friedens-Nobelpreis erhalten habe.

Seit dem Jahre 1954 datiere die Annäherung der vier Städte mit dem Ziel einer Partnerschaft. Sie sei von der menschlichen Tat ausgegangen, die sich im „Pas de Calais“ am 10. März 1906 anlässlich der schrecklichen Grubenkata-

strophe manifestiert habe, als unaufgefordert 25 deutsche Retter zur Hilfeleistung erschienen seien. Es sei der Wille der französischen Patenstädte, das Gedächtnis an diese Tat und die Lehre, die daraus zu ziehen sei, an die Stelle der unglückseligen Erinnerungen an die Kriege zu setzen, die das deutsche und französische Volk zu Feinden gemacht hätten. Mittler dazu sei die Jugend, die keine Kriegserinnerungen zu bewältigen hätte. Sinn und Bedeutung der Geste, die Briand-Medaille zu verleihen, sei die Ermutigung, auf dem Weg weiter zu arbeiten: den beiden Völkern zur Aussöhnung zu verhelfen, am Bau Europas zu arbeiten und damit zu einem Teil dazu beizutragen, den Frieden in der ganzen Welt zu festigen.

Oberbürgermeister Brauner dankte im Namen von Rat und Verwaltung unserer Stadt für die hohe Ehre und Auszeichnung, die die Stadt durch die Verleihung der Briand-Medaille erfahren habe. Er wies dann darauf hin, daß unsere Stadt durch die Initiative von Oberstadtdirektor Ostendorf mutig und zielbewußt Wege zur deutsch-französischen Begegnung und Zusammenarbeit beschritten habe, die nicht herkömmlich seien und auch nicht über Staatsverträge angezeichnet oder abgesichert.

Damit habe man unter den Auspizien freundlicher Aufgeschlossenheit auch der französischen Partnerstädte ein Werk neu begonnen, bei dem zwei Männer von politisch hervorragendem Format und ihrer Zeit weit vorausseilenden Ideen deutsch-französischer Zusammenarbeit und einem neuen Europa unausgesprochen Pate gestanden hätten. Er erinnerte an die Worte Briands in der französischen Kammer am 26. Februar 1926 zum Locarno-Pakt: „Wir haben europäisch miteinander gesprochen!“ Ein zweites Wort aus der gleichen Rede: „Es muß ein Weg gefunden werden, um die ewige Selbstzerfleischung zu verhindern. Ich suche diesen Weg mit der ganzen Kraft meines guten Willens!“ habe unsere Stadt in dem Willen bestärkt, ihren Teil dazu beizutragen, die Vision Briands und Stresemanns endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Es sei ein steiniger Weg, den man zu gehen habe, aber es habe sich gelohnt, ihn zu betreten. Echte Freundschaft sei entstanden, die behutsam und geduldig gepflegt werden müsse, nachdem sie unter der Politik vergangener Zeit verschüttet gewesen sei, die es nicht zugelassen habe, daß Franzosen und Deutsche gute Nachbarn, geschweige denn gute Freunde geworden seien.

Bewußt sei Herne den Weg zu den Menschen gegangen, die der Beruf und die von der Kohle gezeichnete Landschaft wie auch unsere Stadt umgäben. Der Bergmann sei immer der Nation treuester Diener gewesen, der in Notzeiten unbeirrt und anspruchlos für alle anderen im Volk neue Grundlagen, neue Existenz gelegt habe. Oberbürgermeister Brauner schloß seine Ansprache mit den Worten: „Briand und Stresemann, Wegbereiter im politischen



Während der Festveranstaltung im Saarländischen Landtag von links nach rechts: Bürgermeister Darchicourt (Hénin-Liétard), Oberbürgermeister Brauner, Oberstadtdirektor Ostendorf. Hinter dem Oberstadtdirektor: Stadtverordneter Schönewolf, MdL, hinter dem Oberbürgermeister: Stadtdirektor Dr. Raddatz.

Neuland, beide gezeichnet von hohem Idealismus und tiefer Enttäuschung und Fehlschlägen, gilt in dieser Stunde unser Dank. Ihnen wollen wir durch unser Tun den Dank abstaten im Sinne der Annäherung, der guten Nachbarschaft, der kommenden Freundschaft zwischen unseren Völkern, um ein geeintes Europa zu erreichen!“

Der Blick auf Courrières in europäischer Sicht

Prof. Dr. Heinz-Otto Sieburg, Saarbrücken:

„Das deutsch-französische Verhältnis im Licht der Courrières-Legende“

Professor Dr. Heinz-Otto Sieburg, seit 1959 Professor für neueste Geschichte an der Universität in Saarbrücken, stammt aus Herne. Durch seine Familie — er ist ein Neffe des bekannten Journalisten Friedrich Sieburg — wurde er schon früh auf den Weg des Suchens nach deutsch-französischer Verständigung und durch seine Studien zur Einsicht in die Notwendigkeit europäischer Einigung gewiesen. Bei diesen Studien konnte er dem großen Unglück, das das „Bassin du Nord“ im März 1906 betroffen hatte und der spontanen Hilfeleistung durch eine deutsche Rettungsmannschaft von „Shamrock“ und „Rhein-Elbe“ aus dem ihm geläufigen Lokalkolorit einer Bergmannsstadt eine tiefere Bedeutung beimessen, als das normal geschehen wäre. Dazu kam, daß ihm auch das Quellenstudium in den Archiven der „Hibernia“ und durch Hilfen und Anregungen der Stadt Herne sehr erleichtert wurde. So wurde ihm, der seit langem im „Europa-Haus“ Otzenhausen ein- und ausgeht, der ehrenvolle Auftrag zuteil, die „Laudatio“ zu erarbeiten und zu sprechen, die der Verleihung der „Briand-Gedenkmedaille“ am 6. Mai an die vier Partnerstädte vorausging.

Prof. Dr. Sieburg zeichnete zunächst ein Bild der Landschaft, in deren Mitte die Unglücksschächte lagen. Das Artois sei ein blutgetränkter Boden weltgeschichtlicher Kämpfe, nicht nur im Krieg 1870/71, sondern mehr noch im ersten Weltkrieg, als die erstarrten Fronten zu einem Aderlaß wurden, von dem 195 000 Gräber vieler Nationen auf den Kriegerfriedhöfen jenes nur begrenzten Frontabschnitts zeugen. Den vielen Monumenten zum Gedenken des großen Krieges stünden einige gegenüber, die in sehr eindrucksvoller Form zwar auch von Toten kündeten, die aber nicht im Pathos der welthistorischen Exaltationen des Hasses zwischen den beiden Völkern getötet wurden, sondern Opfer jener Grubenkatastrophe geworden seien. Und diese Monumente kündeten auch von denen, die ihr Leben einsetzten, um ihren in der Tiefe eingeschlossenen Kameraden zu helfen. Der Rettungstat der deutschen Bergleute könne man aber nur gerecht werden, wenn man berücksichtige, welche zeitbedingten Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren. In einer sehr erregten innenpolitischen Situation der Dritten Republik hatte 1905 die sensationelle „Tanger-Rede“ Kaiser Wil-

helms II. in Frankreich geradezu einen Schock ausgelöst, der für einige Zeit der Außenpolitik den unbedingten Vorrang verlieh. In der Konferenz von Algeciras (Anfang 1906) wurde dann der scheinbare „Anfangserfolg“ des deutschen Kaisers in der Marokkofrage in eine glatte Niederlage verwandelt. Die Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Deutschland und Frankreich war gegeben. — Da ereignete sich die Katastrophe von Courrières, wobei der deutschen Hilfeleistung ein besonderes moralisches Schwergewicht zukam. Zwar kam es in Nordfrankreich sogar zu Zusammenstößen zwischen Bergwerksdirektor Meyer und dem französischen Leiter der Rettungsarbeiten, dem Generalinspekteur Delafond des nordfranzösischen Bergbaus. Aber das änderte nichts daran, daß das Verhältnis zwischen der französischen Arbeiterschaft und der deutschen Rettungsmannschaft schnell sehr herzlich wurde. — Als die letzten acht Deutschen Ende März französischen Boden wieder verließen, rief ihnen ein Pariser Feuerwehrmann zu: „Trotz der Marokko-Affaire, wir sind gute Kameraden!“

Aber schon waren die Akzente vom Menschlichen der Hilfeleistung in schwerster Not zum Politischen verschoben und verfälscht worden: Aus der Maßnahme der westfälischen Bergleute wurde plötzlich durch die französische Presse eine Aktion, die von Wilhelm II. ausgegangen sei. Der ethisch-menschliche Kern dieser Hilfeleistung wurde plötzlich zu einem Politikum, das sich — allerdings entspannend — mit den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigte. Diese Reaktion der öffentlichen Meinung in Frankreich und der ganzen Welt kam Wilhelm II. sehr zustatten, denn sie glättete die Wogen der politischen Aufregung. Ordensverleihungen von französischer und deutscher Seite — die Rettungsmannschaft wurde anlässlich einer Militärparade in Krefeld geehrt, bei der „SM“ eine verständliche Rede hielt — beeinflussten die öffentliche Meinung in Frankreich stark.

Die Legendenbildung um „Courrières“ war damit nicht mehr aufzuhalten. — Nachdem Prof. Dr. Heinz-Otto Sieburg im letzten Teil seiner Laudatio in Saarbrücken auf die Geschichte der aus jenem Beispiel entstandenen Austauschaktionen eingegangen war, schloß er seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit dem Goethe-Wort: „Nationalhaß — auf den untersten Stufen der Kultur werden sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und das Glück oder Wehe eines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet!“

Das Treffen in Herne

Tage der Begegnung und Beratung — Partnerschaftsurkunden

Eine freundliche Geste? Vielleicht ein „Mini-Staatsakt“? Oder ein Vertrag auf Biegen und Brechen, der beiden Partnern enge Fesseln umlegt?

Die Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde zwischen den Städten Hénin-Liétard im Pas de Calais, dem nordfranzösischen Kohlenrevier und Herne auf „immerwährende Gemeinschaft“ am 8. Juli im Herner Rathaus war zwar ein kleiner „Staatsakt“, aber aus dem Wesen des schon lange währenden Miteinander eigentlich nicht zwingend notwendig.

Bürgermeister Darchicourt sagte das in seiner Begrüßungsansprache vor den Ratsmitgliedern und Gästen: „Diese Zeremonie ist nicht notwendig. Denn wir glauben, daß in den letzten zwölf Jahren oft genug gezeigt worden ist, was unsere Städte füreinander empfinden.“

Die Beispiele, die das Stadtoberhaupt aus Frankreich anführte, waren zwischen 60 Jahre und wenigen Stunden alt. Er erinnerte an die Katastrophe in Courrières im Jahre 1906, die sich wie ein roter Faden durch alle Begegnungen und Freundschaften der beiden Städte zieht, und an die Gastfreundschaft der letzten 48 Stunden: „Bei unserer Ankunft haben wir gespürt, was Freundschaft heißt!“

Oberbürgermeister Robert Brauner, der sich an diesem geschichtsträchtigen Wochenende als charmanter Gastgeber zeigte, sprach in seiner Begrüßungsrede von einer neuen Verantwortung dem werdenden Europa gegenüber: „Wir wollen eine Völkerfamilie sein, die nicht den Krieg als letzten Ausweg kennt, sondern den Menschen als Menschen sieht.“ —

„Im Bewußtsein einer urbanen Prägung der abendländischen Kultur und ihrer Lebensauffassung erklären die Repräsentanten der Städte Hénin-Liétard/Pas de Calais und Herne/Westfalen sowie die Angehörigen ihrer Ratsversammlungen am heutigen Tag feierlich, unter ihren Städten immerwährende Gemeinschaften aufrechtzuerhalten und den Austausch ihrer Einwohner auf allen Gebieten zu fördern, um ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erreichen und ein gemeinsames lebendiges Europa aufrechtzuerhalten.“

Unter diese Texte der Urkunden in französischer und deutscher Sprache setzten die Ratsmitglieder der beiden Städte ihre Unterschriften. Sie unterzeichneten den Vertrag als noch die Worte Bürgermeisters Darchicourts in ihren Ohren klangen: „Wir haben angefangen, als die Wunden des Krieges noch nicht verheilt waren, als noch Bitterkeit in den Herzen wohnte, als die Ruinen noch rauchten. Wir haben Freundschaft geschlossen, und wir sind stolz darauf, weil wir es so früh nach dem Krieg gemacht haben. Der Erfolg gab uns recht. Andere Städte folgten. Viele waren es, die es uns nachmachten und Partnerschaftsverhältnisse begründeten. Wir sind ihre entschlossenen Partner für die Zukunft Europas. Es lebe die Freundschaft zwischen unseren beiden Städten, zwischen unseren beiden Völkern. Es lebe der Friede zwischen allen Menschen, die guten Willens sind!“

90 Jahre

Freiwillige Feuerwehr in Herne

Für einige Stunden vergessen waren am 22. Juli 1967 grauer Alltag und Dienst. In froher Runde feierte man das 90jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr. Zahlreiche Prominente waren anwesend, unter ihnen Stadtdirektor Dr. Raddatz (Bildmitte).



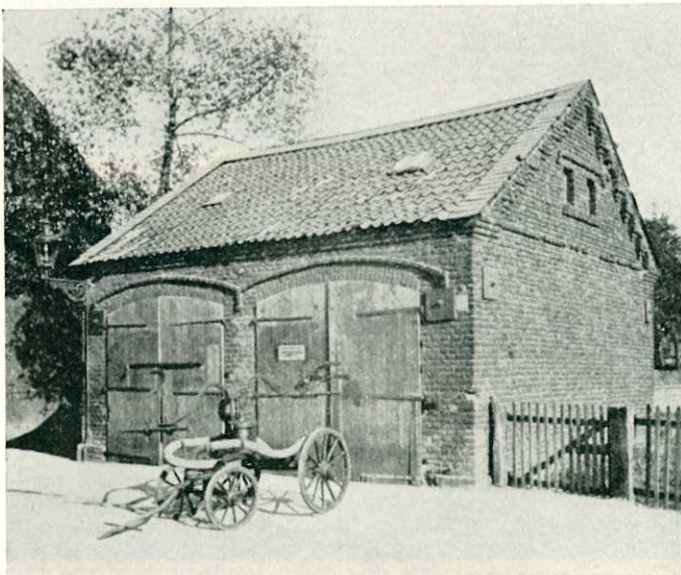
Geschichtliche Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehr Herne

Nach der Feuerlöschordnung des Jahres 1841 war jeder Bürger der Gemeinde Herne verpflichtet, bei Feueralarm und Brand mit einem Ledereimer und einem Feuerhaken zur Brandstelle zu eilen (Bürgerfeuerwehr). Vorhanden war in der Gemeinde eine kleine Feuerspritze, die in einem Raum an der Ecke Altenhöfener Straße und Gartenstraße (heute Straßburger Straße) abgestellt war. Im Jahre 1860 wurde eine zweite Feuerspritze beschafft, die auf dem Grundstück der Erben Renkhoff an der Goethestraße ihren Standort hatte. Im Turm der alten evangelischen Kirche befanden sich außerdem noch 2 große Feuerhaken und 30 lederne Feuereimer.

Wegen des Anwachsens der Bevölkerung in den 60er Jahren des vergan-



Die
Gründermannschaft
der Freiwilligen
Feuerwehr.



Das erste
Feuerwehr-
Gerätehaus an der
Shamrockstraße —
davor die alte
Handpumpe.

genen Jahrhunderts mußte auch dem Feuerlöschwesen in der Gemeinde Herne größere Beachtung geschenkt werden. Es entstanden auch größere Wohn- und Geschäftshäuser. Diese Umstände veranlaßten den damaligen Amtmann v. Bock, im Sommer 1877 mit einer Reihe von Bürgern die „Freiwillige Feuerwehr Herne“ zu gründen. Er selbst übernahm die Leitung und Ausbildung der Wehr. Uniform und Ausrüstung beschafften sich die Feuerwehrleute auf eigene Kosten.

Durch Sammlungen, Spenden und sonstige freiwillige Beiträge der Einwohner war es möglich, zusätzlich noch Spritzen, Schläuche und Geräte zu beschaffen. Auch konnte hiervon ein Steigerturm errichtet werden.

In der Gründungszeit war die Freiwillige Feuerwehr Herne etwa 70 Mann stark.

Am 15. Juli 1879 übernahm als Nachfolger der Oberbürgermeister Schaefer

die Leitung der Wehr, die er 28 Jahre — bis zum Jahre 1907 — beehielt.

Im Jahre 1902 beging die Wehr das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Im Zusammenhang mit diesem Anlaß wurde das jetzt noch in Benutzung befindliche Gerätehaus an der Breddestraße errichtet. Durch die Anschaffung pferdebespannter Fahrzeuge konnte damals mit der Schnelligkeit auch die Schlagkraft der Wehr, die bis dahin nur mit handgezogenen Geräten ausgerüstet war, wesentlich erhöht werden.

Im Jahre 1913 wurde eine elektrische Weckerschleife angelegt, an die alle in der Nähe der Feuerwache wohnenden Feuerwehrleute angeschlossen wurden.

Die Gemeinden Baukau und Horsthausen sind im Jahre 1908 nach Herne eingemeindet worden, und von dem seinerzeit amtierenden Branddirektor wurde ein weiterer Löschzug gebildet. Der Ortsteil Baukau bekam ein Gerätehaus und einen Steigerturm.

Die erste automobilen Motorspritze mit 2000 l Minutenleistung wurde 1923 angeschafft. Es folgte 1926 ein Mannschafts- und Rettungswagen.

1927, im Jahr des 50jährigen Bestehens, bekam die Wehr aus Anlaß dieses Jubiläums von der Stadt eine Krafftdrehleiter von 26 m Steighöhe zur Verfügung gestellt.

Zur Pflege und Bedienung der Motorfahrzeuge wurden damals erstmalig 4 hauptberufliche Kräfte eingestellt. Bis zum Beginn des 2. Weltkrieges erhöhte sich die Zahl auf 9 Feuerwehrmänner.

Die Durchführung des Krankentransportdienstes wurde im Jahre 1926 ebenfalls der Feuerwehr übertragen.

Zu Beginn des Krieges, im Jahre 1939, ist die Freiwillige Feuerwehr, die seinerzeit 143 Mann stark war, durch Einberufungen zum Wehrdienst und den am 1. September 1939 aufgerufenen Luftschutz (SHD) praktisch aufgelöst worden. Von den hauptberuflichen Kräften der Freiwilligen Feuerwehr blieben nur 3 Mann in Herne zurück.

Das Nebengebäude der heutigen Hauptfeuerwache mit den 6 Fahrzeughallen auf dem Schulhofplatz wurde in den Kriegsjahren errichtet.

Unmittelbar nach dem Kriege begann der Wiederaufbau der Herner Wehr. Zunächst gelang es, mit 30 Mann die Wehr wieder funktionsfähig zu machen. Ebenfalls ist die hauptberufliche Wache um 14 Kräfte verstärkt worden. Im Jahre 1948 wurden weitere 20 junge Männer für die Feuerwehr erworben. Für den am 1. April 1946 wieder übernommenen Krankentransportdienst, der im Jahre 1944 an das DRK abgegeben worden war, wurden wiederum 9 hauptberufliche Feuerwehrmänner eingestellt.

Am 5. Juli 1952 konnte die Herner Wehr ihr 75jähriges Jubiläum feiern.

Im Ortsteil Sodingen wurde 1956 ein neuer Löschzug aufgestellt, der in dem Gerätehaus an der Röntgenstraße untergebracht ist und eine Mannschaftsstärke von 28 Mann hat.

Nach dem Abbruch des Gerätehauses an der La-Roche-Straße stehen jetzt der Feuerwehr das Wachgebäude an der Breddestraße, das Gerätehaus an der Röntgenstraße sowie das Gerätehaus in Horsthausen auf dem Zechengelände der Ilse der Hütte, Zeche Friedrich der Große 1/2, zur Verfügung.

Die Wehr besteht heute aus 5 Löschzügen. Von ihnen bildet die hauptberufliche Wache den 1. Zug, den 2., 3., 4. und 5. Zug stellt die Freiwillige Feuerwehr.

Der Mannschaftsbestand sieht z. Zt. folgendermaßen aus:

116 freiwillige Feuerwehrmänner,
48 hauptberufliche Kräfte.

Bis zum Jahre 1969 ist vorgesehen, den Mannschaftsbestand der hauptberuflichen Kräfte auf 52 Mann aufzustocken.



Gesamter Fahrzeugbestand beim 75jährigen Jubiläum 1952 vor der Wache.



Die heutige
Feuerwache an der
Hermann-Löns-/
Breddestraße.



Der gesamte heutige Fuhrpark der Feuerwache.



Die Übergabe der Standarte am 7. November 1964.

Der Fahrzeugbestand für den friedensmäßigen Einsatz besteht z. Zt. aus

- 5 Liegekrankenwagen,
- 1 Sitzkrankenwagen,
- 13 Lösch- und Sonderfahrzeuge,
- 2 Anhänger,

18 Lösch- und Sonderfahrzeuge des LSHD, die der Feuerwehr ebenfalls noch zur Verfügung stehen, ergänzen in einem Katastrophenfall noch den Fahrzeugpark der Feuerwehr.

Inzwischen ist in zentraler Verkehrslage auf einem 9000 qm großen Gelände an der Sodinger Straße mit der Errichtung einer neuen Feuerwache begonnen worden. Diese Feuerwache wird nach den neuesten fachlichen Erkenntnissen

gebaut. Sie erhält alles das an Einrichtungen, was für einen ordnungsmäßigen modernen Feuerwehrbetrieb unerlässlich ist und der Wehr die Fähigkeit gibt, den in unserer Stadt gestellten Aufgaben in unserem technischen Zeitalter in jeder Hinsicht gerecht zu werden. — Es ist zu hoffen, daß die neue Feuerwache Ende 1968 oder zu Beginn des Jahres 1969 bezugsfertig ist und der Feuerwehr übergeben werden kann.



Einsatz der Feuerwehr an der Lützowstraße — Wasser marsch! (Bild: Willi Lütkehaus)

Neben dem Ernst des Kampfes gegen Gefahren die Freude am Musizieren

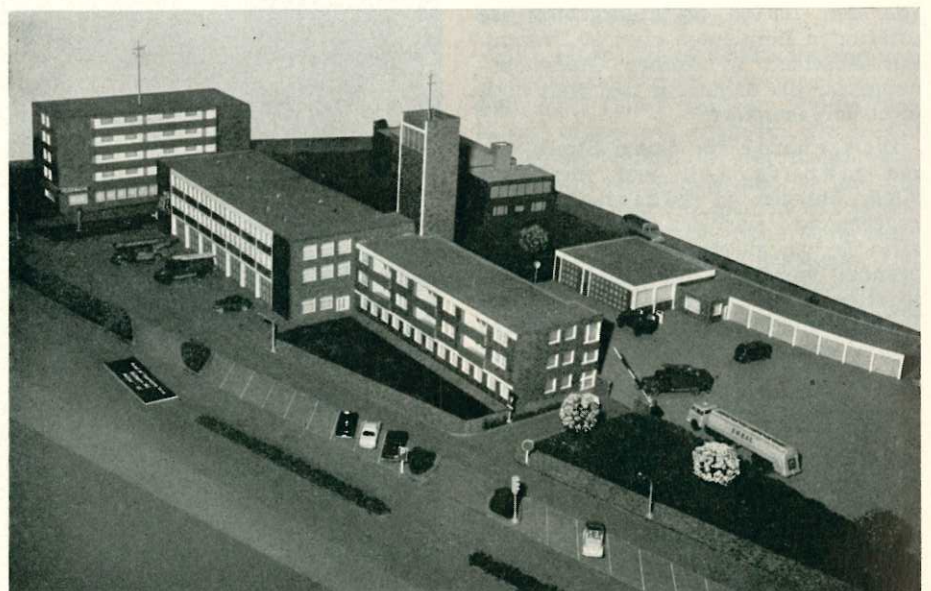
Anlässlich des 90jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Herne darf der Musikzug der Wehr nicht unerwähnt bleiben. Ende des Jahres 1948 beauftragte der damalige Stadtdirektor Grobe den früheren Geschäftsführer der Freiwilligen Feuerwehr Böttcher, zusammen mit dem jetzigen Musikzugführer Höper, einen Musikzug zu gründen. Wilhelm Grobe kam damals von Hattingen als Stadtdirektor nach Herne. In Hattingen war er selbst aktiv in der Feuerwehr tätig gewesen, und dort bestand auch damals schon ein Feuerwehr-Musikzug. Um den Aufbau der Freiwilligen Feuerwehr in Herne stärker zu fördern, die nach dem Kriege zahlenmäßig stark zurückgegangen war, sollte ein Musikzug gegründet werden, von dem man sich nicht zu Unrecht eine steigende Volkstümlichkeit und breitere Basis in der Bürgerschaft für die Förderung der Feuerwehr versprach. Nicht zuletzt aber war die Freude des Stadtdirektors an der Musik in ihren volkstümlichen Ausführungsarten Antrieb zu dieser Gründung.

Die Schwierigkeiten lagen zunächst in der Beschaffung von Instrumenten und der des Notenmaterials. Durch Zugriff auf Instrumente aus anderer und nicht mehr notwendiger Verwendung und mit Hilfe aus der Bürgerschaft konnten die ersten Instrumente beschafft werden. Die Unterstützung der Herner Bürger bei einer genehmigten Sammlung brachte weitere Mittel hierfür auf. Im Anfang war es nur ein kleinerer Kreis von etwa 15 Musikern, der seine Proben im Feuerwehrgerätehaus in der Breddestraße abhielt.

Die Möglichkeit, bei der Feuerwehr gute Musik zu machen, sprach sich aber



Konzert anlässlich der Übergabe der Standarte.



Modell der neuen Feuerwache.

sehr schnell in dieser nach dem Schönen geradezu hungernden Nachkriegszeit in den Kreisen interessierter Musiker herum, so daß sehr bald das Musikkorps auf eine Stärke von über 40 Musikern anwuchs.

Der ehemalige Obermusikmeister der Wehrmacht Pentinghaus übernahm damals die Leitung und baute den Musikzug immer weiter aus mit dem Fernziel, hieraus ein Sinfonieorchester zu bilden. Dieser Plan ließ sich jedoch aus finanziellen Gründen nicht verwirklichen. Herr Pentinghaus schied schließlich aus und für ihn übernahm im Früh-

jahr 1950 Gustav Höper die Leitung des Musikzuges.

Die Zahl ging danach auf die Normalstärke eines Musikzuges von etwa 32 Musikern zurück, bedingt durch Abwerbungen aus dem Kreis der sich damals auch wieder erneuernden Werkskapellen, die den Musikern meist sehr gute finanzielle und berufliche Möglichkeiten bieten konnten. In dieser Stärke hat sich der Musikzug dann bis heute gehalten. In all diesen Jahren sind in dem Musikkorps junge Musiker mit der Orchesterarbeit vertraut gemacht worden, so daß sie vielfach in der Lage

waren, später als Musiker in die Bundeswehr oder die Polizei einzutreten.

Durch häufige Konzerte, das erste hat am 15. Mai 1949 stattgefunden, wurde der Musikzug sehr schnell in Herne und in den Nachbarstädten bekannt. Er wurde von der Stadt immer wieder zur musikalischen Ausschmückung repräsentativer Veranstaltungen und bei Konzerten im Rahmen städtischer Kulturveranstaltungen herangezogen.

Überörtlich wurde der Musikzug häufig durch den Feuerwehrverband Westfalen-Lippe und andere Feuerwehren und Vereine gerne zu Veranstaltungen angefordert.

Zeche „Julia“, ihre Geschichte und ihr Schicksal

als Beispiel für Aufstieg und Niedergang des Steinkohlenbergbaues im nördlichen Ruhrgebiet

von Robert Dreger

(2. Folge)

Die Fortsetzung der Geschichte der für den Ruhrbergbau wie für den örtlichen Herner Bergbau durchaus typischen Zeche „Julia“ aus dem vorigen Heft soll sich breiter auch mit den sozialen Verhältnissen im Ruhrgebiet zunächst vor der Jahrhundertwende befassen. — Wir folgen damit wieder unserem Bestreben, von einzelnen Anläß oder Gegenstand aus den Blick auf größere Zusammenhänge und das Ganze und im Grunde auf die Kräfte zu wenden, die das, was wir selbst heute sehen und erleben, mitgeformt haben.

Dem Leser wird so gewissermaßen „aus Herner Sicht“ Einblick in eine bedeutsame „Wende-Zeit“ sozialer Empfindungen und Forderungen und schließlich des sozialen Denkens überhaupt gegeben. Es läßt sich so die Einstellung und Wandlung der herrschenden Kräfte der Wirtschaft in ihrem Partnerschaftsverhältnis zum schaffenden Menschen erkennen.

Auf den Ruhrbergbau und besonders auf „Julia“ bezogen, gewinnt man irgendwie daraus das Empfinden, daß auch in dieser Zeit, die ständig vor neuen Problemen und Aufgaben technischer, organisatorischer und sozialer Art stand, durchaus eine vernünftige, wenn auch manchmal rauhe, aber eben deshalb echte Partnerschaft zwischen den beiden Seiten oder auch „Fronten“ bestand, die unsere Zeit heute die „Sozialpartner“ nennt. Gerade wegen des Ringens um das Begreifen und die sinnvolle Formulierung und tragbare Erfüllung sozialer Forderungen, wegen des oft harten, zähen, aber ehrlichen Kampfes um das der jeweiligen Situation gemäße Verhältnis zwischen dem Bergmann und der Zechenleitung, der

durchaus auch den für beide Seiten risikoreichen Streik nicht scheute, ihn aber auch nicht mißbrauchte, ist das in einer heutigen Rückschau eigentlich bemerkenswert.

Ein anderes sollte noch aus dieser Folge erkennbar werden: Die Bindung an die Zeche, an das eigene sinnvolle berufliche Schaffen und damit an die Kohle als die Energiequelle der eigenen Volkswirtschaft, das Wissen um die schicksalhaften Gefahren des Berufes und auch um seinen damals noch geheimnisvollen Reiz. Vor allem aber wird aus vielen kleinen Einzelheiten die alle Kumpel umfassende Kameradschaft erkennbar. Sie begründete damals noch die einmalige Geschlossenheit aller Gruppen des gesamten Bergmannsstandes ohne Rücksicht auf eine Parteizugehörigkeit. —

Im Ruhrkampf, Jahrzehnte später also, erst kurz nach dem schlimmen Ende des ersten Weltkrieges und der Revolution, wurde vor aller Welt diese einzigartige Kameradschaft aller Kumpel wiederum sichtbar, die vom letzten Mann vor Kohle bis zum (echten) Bergwerksdirektor reichte. — Wem sie erstaunlich erschien oder wem sie von denen, die damals noch nicht unter uns im Ruhrgebiet lebten, rückschauend merkwürdig erscheinen mag, der übersah und der kennt nicht die Entwicklung jener Jahrzehnte vor und noch eben nach der Jahrhundertwende! — Gerade von diesem Geist, der auch den fremden Bajonetten trotzte, in letzten durchaus als Sieger, soll auch in dieser Folge in Detaildarstellungen absichtlich ausführlicher etwas spürbar werden, — nicht zuletzt für jene, die diese Zeit nicht bei uns miterlebten.

Der Streik von Mai 1889

Die Ursache für das Ansteigen der Kohlepreise war die durch den großen Streik von Mai 1889 hervorgerufene Kohlenknappheit. Es streikten damals von den 108 000 im Ruhrgebiet beschäftigten Bergleuten etwa 90 Prozent. Ein Ausstand in solcher Größenordnung war bis dahin auf der Welt noch nicht vorgekommen.

Die Gründe für diesen Streik waren mannigfach und nicht auf allen Anlagen in gleicher Weise gegeben, wie auch der Streik nicht auf allen Zechen gleichzeitig begonnen und beendet wurde. Allen Zechenbelegschaften gemeinsam aber war eine tiefe Verbitterung über die allgemeine Entwicklung der sozialen Verhältnisse.

Durch die Wandlung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat war eine wirtschaftliche Entwicklung eingetreten, die kaum jemand überblicken konnte, da vorher keine entsprechenden Erfahrungen hatten gesammelt werden können. — Die industrielle Entwicklung hatte aber auch eine Gesellschaftsklasse werden lassen, die es bis dahin in dieser



„Julia“ 1897 — Revier I.

Form noch nicht gab und deren hilflose und auch haltlose Stellung im sich wandelnden Wirtschaftsgefüge und im Staatsgefüge von den autoritären Kräften nicht genügend erkannt worden war.

Sicherlich gab es auch in früheren Zeiten mittellose und arme Menschen in Deutschland, doch sie waren nicht in Städten zusammengeedrängt, wo das allen gemeinsame Schicksal die Hoffnungslosigkeit verstärkte. —

Schon durch geringe konjunkturelle Schwankungen oder durch ein Überangebot von Arbeitskräften war der Industriearbeiter jener Zeit von Arbeitslosigkeit bedroht, oder aber das Arbeitsentgelt lag unter dem unbedingt Notwendigen.

Erst verhältnismäßig spät und nach Streiks mit teilweise blutigen Unruhen setzte sich zögernd die Einsicht durch, daß dem Industriearbeiter ein Mindestmaß an materieller Sicherheit gegeben werden müsse. Noch lange Zeit wideretzten sich deutsche Politiker den Forderungen aus dieser Einsicht, ja solcher Erkenntnis selbst. Auch Bismarck, dessen überragende politische Fähigkeiten vor der Geschichte erwiesen sind, hat in der Arbeiterfrage vielfach kurzsichtig gehandelt und namentlich bei dem Bergarbeiterstreik von 1889 für die Bergleute absolut kein Verständnis gezeigt.

Auf der Zeche „Julia“ in Herne wurde vom 8. bis 28. Mai 1889 gestreikt. Die streikenden Arbeiter stellten vier Forderungen auf: 1. höhere Löhne, 2. kürzere Arbeitszeit, 3. Gestellung von Gezähe (Werkzeug) zum Selbstkostenpreis; 4. Abgabe von Deputatkohle zum Selbstkostenpreis.

Der Durchschnitts-schichtlohn des Bergarbeiters an der Ruhr betrug im Jahre 1888 ganze 2,69 Mark. Auch wenn die Lebenshaltungskosten damals sehr niedrig waren, reichte ein Lohn von 2,69 Mark doch kaum, das nackte Leben zu fristen. Die Arbeitgeber im Ruhrrevier argumentierten jedoch, daß dieser Lohn immer noch höher sei, als der in anderen Steinkohlenrevieren gezahlte, womit sie wahrscheinlich recht hatten. In Oberschlesien stand der Durchschnittsschichtlohn im Jahre 1888 auf 1,85 Mark.

Seit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nach den „Gründerjahren“ waren die Löhne der Arbeiter ständig zurückgegangen. Auch die Zehengesellschaften konnten tatsächlich keine hohen Gewinne erwirtschaften, und es mußten häufig sogar Zubeußen geleistet werden. Auch der Verkauf der Zeche „Julia“ und deren Schwesteranlagen, obwohl erst nach dem Streik geschehen, ist mit ein Beweis dafür.

Während nun im Streikjahr 1889 die Arbeitgeber schon seit Jahrzehnten im „Verein für bergbauliche Interessen“ zusammengeschlossen waren, befanden sich die Organisationen der Bergleute erst in ihren Anfängen. Vielfach waren die Bergleute Mitglieder in den verschiedensten Knappenvereinen, die

zwar einen Teil der gewerkschaftlichen Aufgaben übernahmen, die jedoch ihren Forderungen kaum das notwendige Gewicht verleihen konnten. Überdies standen die Knappenvereine nicht in strafbarer Verbindung zueinander, sondern handelten weitgehend selbständig, also einzelgängerisch und ohne große Kraft. Besonders dieses Fehlen einer großen verantwortlichen Berufsorganisation hat sehr zur Verschärfung des Streiks beigetragen.

Im Frühjahr 1889 als eine Festigung der Kohlepreise deutlich erkennbar wurde, mehrten sich unter den Bergleuten die Stimmen, die durch einen Streik endlich eine Lohnerhöhung erzwingen wollten. Allenthalben wurden auf Versammlungen Resolutionen gefaßt und den Zechenverwaltungen zugeleitet. Eine Anzahl besonnener Bergleute, die später als Arbeiterführer bekanntgeworden sind, sprachen sich damals im allgemeinen gegen einen Streik, aber mit allem Nachdruck für einen organisatorischen Zusammenschluß der Bergleute aus. Ludwig Schröder, der in der hiesigen Gegend verhältnismäßig großen Einfluß gewonnen hatte, sagte auf Versammlungen, wenn man einig sei, brauche man nicht zu streiken, man werde dann ohnehin etwas erreichen, und ein andermal erklärte er, es sei davon abzuraten, die Besserstellung des Bergmannsstandes durch gewalttätige Mittel, wie durch einen Streik, erzwingen zu wollen. Wer zu einem Streik rate, sei kein Freund des Bergmanns.

Unzufriedenheit war zu groß . . .

Solchen besonnenen Worten zum Trotz, — ohne jede Vorbereitung, ohne jeden Aufruf und ohne jede zentrale Streikleitung brach dennoch aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit und Verbitterung am 1. Mai 1889 der Streik aus.

Als erste legten die Pferdejugen und Schleppler auf der Zeche „Friedrich-Ernestine“ in Essen die Arbeit nieder. Auf dieser Zeche wurde die Arbeit zwar wenige Tage später wieder aufgenommen. Aber inzwischen hatte sich die Streikbewegung so weit ausgebreitet, daß sie nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Am 4. Mai 1889 kam es auf der Zeche „Hibernia“ in Gelsenkirchen zum ersten Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei und der Gendarmerie. Am 5. Mai rückte preußisches Militär ins Ruhrgebiet ein. Zum Schutze des Zecheneigentums und der Arbeitswilligen griffen am 7. Mai bei der Zeche „Graf Moltke“ Soldaten ein, wobei zum ersten Male Arbeiter getötet und verwundet wurden. Am 9. Mai kam es am Bochumer Bahnhof zu einer Schießerei. Hierbei wurden wiederum mehrere Bergleute von Soldaten, die unter dem Kommando eines jungen Leutnants standen, getötet. Durch das brutale Niederschießen ihrer Kameraden erreichte die Erbitterung der Bergleute ihren Höhepunkt und mehr

als 90 000 Bergarbeiter traten nunmehr in den Ausstand.

Auch von seiten der Streikenden kam es vielfach zu undisziplinierten Übergriffen und Ausschreitungen. Wieder griff dann Militär ein und wieder gab es Tote und Verwundete.

Insgesamt gesehen hatten die Bergleute jedoch die öffentliche Meinung durchaus auf ihrer Seite. Dennoch taten Roheitsausbrüche einer geringen Minderheit unter den Streikenden dem Ansehen der Bergarbeiterschaft gewaltigen Abbruch.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb am 11. Mai: „Wo Militär war, entstanden Reibereien und wo keines war, blieben die Arbeiter ruhig. Tatsächlich kam es im rheinischen Teil des Ruhrgebiets, wo von den Zivilbehörden die Unterstützung durch Militär abgelehnt wurde, nicht zu Exzessen.“

Die Soldaten hätten der „Kölnischen Volkszeitung“ vermutlich antworten können, daß sie erst nach Aufflackern von Unruhen gerufen worden seien und ihr Einschreiten somit nicht Ursache, sondern Folge der Ausschreitungen gewesen sei.

Wie dem auch sei, das Verhalten des Militärs rief im ganzen Reich Empörung hervor, und nicht zuletzt hat das Blutvergießen im Ruhrgebiet dazu beigetragen, zwischen Staatsführung und Arbeiterschaft einen Keil zu treiben.

Die christlichen Kreisen nahestehende „Schlesische Volkszeitung“ schrieb am 12. Mai in sarkastischer Form: „Unsere tapferen Landsoldaten, die gewiß schon mit Neid auf die Lorbeeren blicken, die sich unsere Marine in fernen Ländern pflückt, haben nun ebenfalls ihre sieggewohnten Fahnen entfalten und ihre Gewehre losknallen können. Sie waren auch verschiedentlich so glücklich, beim Hineinfuern in Haufen von Aufständischen neben ein paar Krakelhern eine Anzahl Unbeteiligte, Frauen und Kinder niederzuschießen oder zu verwunden“ . . .

Bergleute beim Kaiser

Auf einer Bergarbeiterversammlung in Dortmund wurden Stimmen laut, die sinngemäß etwa sagten: „Wenn der Kaiser wüßte, wie es zugeht, der würde uns schon helfen.“ — Der Kaiser war zu Beginn des Streiks auf See und die Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet war allerdings ohne seine ausdrückliche Genehmigung geschehen. Die Anregung, dem Kaiser persönlich ihre Anliegen vorzutragen, wurde aus der allgemeinen „kaisertreuen Gesinnung“ spontan aufgenommen und die Versammlung wählte die Bergleute Siegel, Bunte und Schröder als „Kaiserdeputation“. Siegel, Bunte und Schröder waren Knappenvereinsführer und hatten im Ruhrgebiet einen guten Namen. — Es wurde Geld gesammelt, um die Reise der drei Bergleute nach Berlin zu finanzieren und durch die Vermittlung von Reichstagsabgeordneten wurde am 14. Mai die Bergarbei-



Ladestelle im Flöz „Sonnenschein“ auf der 6. Sohle — etwa 855 m unter Tage.

terdeputation auch tatsächlich zur Audienz ins Kaiserschloß „befohlen“.

Um diesen „Kaiserempfang“ haben sich in der Folgezeit Legenden und etwas süße Geschichten gebildet. Die Wirklichkeit war jedoch anders und verhältnismäßig prosaisch. Siegel berichtete später über diese Audienz wörtlich:

„Der Kaiser erschien, als wir im Saale standen, er sah finster aus. Einer der Hofherren hatte uns gesagt, die ganze Sache dürfe nur zehn Minuten dauern, in dieser Zeit müsse der Kaiser auch gesprochen haben. Nur einer von uns dürfe sprechen, aber recht laut, Majestät höre schwer. Als der Kaiser eintrat, verneigten wir uns, unsere Rücken waren zu steif für eine tiefe Verbeugung. Er sprach uns begrüßend an und fragte: ‚Was ist Euer Wunsch?‘ Darauf sprach Schröder. — Nun sprach der Kaiser, scharf und laut. Dann bedankte sich Schröder für die Audienz, — wieder eine kleine Verneigung und die Zeremonie war zu Ende. Ein Stenograph stand nahe beim Kaiser.“

Als wir die Abendzeitungen lasen waren wir erstaunt, über die Rede des Kaisers einen Bericht zu lesen, in dem seine Worte: ‚Und ich werde alles über den Haufen schießen lassen, was sich mir widersetzt‘, fehlten.“

Dieser Bericht von Siegel wurde von Schröder bestätigt.

Am Tage nach der Audienz der Bergarbeiter wurden die Vertreter der Zechenbesitzer unter Führung des Vorsitzenden des Vereins für bergbauliche Interessen und Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher vom Kaiser empfangen. Da Unruhen im Lande jeder Staatsführung Sorge bereiten muß, versuchte der Kaiser die Grubenbesitzer zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen. Pressemitteilungen zufolge sagte er unter anderem:

„. . . Es ist ja menschlich und natürlich, daß jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen die Zeitungen und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinn der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weni-

ger daran teilhaben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte ich bitten, daß die Herren mit dem größten Ernste die Sachlage jedesmal prüfen und womöglich für fernere Zeiten dergleichen Dingen vorzubeugen suchen.“

In Berlin fand sodann ein Gespräch zwischen den drei „Kaiserdeputierten“ und Dr. Hammacher statt, welches eine gewisse Annäherung der Standpunkte brachte. Einen endgültigen Erfolg konnte dieses Gespräch jedoch nicht bringen, da beide Seiten nicht kompetent waren, einen Vertrag zu schließen. — Immerhin gab am 18. Mai der Verein für bergbauliche Interessen im Namen seiner Mitglieder eine Erklärung ab, in der den Bergleuten nach Wiederaufnahme der Arbeit ein höherer Lohn zugesichert wurde und auch ihren übrigen Forderungen teilweise entsprochen wurde.

Standpunkt des Kaisers: Ohne Kohle — Flotte und Heer nicht einsatzfähig

Übrigens hatte sich der Kaiser doch mehr als die Bergleute damals ahnten für ihre Interessen eingesetzt. Dabei war es zu ernststen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Kanzler Bismarck gekommen.

Im 3. Band seiner „Gedanken und Erinnerungen“ schreibt Bismarck: „Schon wegen der Stellung, welche der Kaiser im Mai 1889 zu den Streiks der Bergleute nahm, hatte ich befürchtet, daß ich auf diesem Gebiete nicht mit ihm einig bleiben könne. Zwei Tage bevor er am 14. Mai 1889 die Deputierten der streikenden Bergleute empfing, war er unangemeldet in der Sitzung des Staatsministeriums erschienen und hatte erklärt, daß er meine Ansichten über die Behandlung des Streiks nicht theile.“ — — „Die Unternehmer und Actionäre müßten nachgeben, die Arbeiter seien seine Unterthanen, für die er zu sorgen habe; sollten die industriellen Millionäre ihm nicht zu Willen sein, so würde er seine Truppen zurückziehen; wenn dann die Villen der reichen Besitzer und Directoren in Brand gesteckt, ihre Gärten zertreten würden, so würden sie schon klein werden.“

„— — Meinen Einwand, daß die Besitzenden doch auch Unterthanen seien, die auf den Schutz des Landesherrn Anspruch hätten, überhörte Se. Majestät und sagte in Erregung, wenn keine Kohlen gefördert würden, so sei unsere Marine wehrlos; wir könnten die Armee nicht mobil machen, wenn Kohlenmangel den Aufmarsch per Bahn hindere, wir seien in einer so prekären Lage, daß er jetzt gleich den Krieg erklären würde, wenn er Rußland wäre.“

Das Ende des Streiks

Die Erklärung des Vereins für bergbauliche Interessen hatte zur Folge, daß die Belegschaften in den nächsten Tagen wieder nach und nach an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Nach der Arbeitsaufnahme wurde den Forderungen der Bergleute auch tatsächlich in vielen Punkten entsprochen.

Auf „Julia“, wo der Streik bis zum 28. Mai gedauert hatte, wurden die Löhne teilweise erhöht und die Arbeitszeit verkürzt. Es sollte auch niemand mehr zu Überstunden gezwungen oder gedrängt werden. Das Gezähne wurde von der Zechenleitung zum Selbstkostenpreis an die Bergleute weiterverkauft. Vorher war bei diesen Werkzeugverkäufen ein geringer Überschuß erzielt worden, den allerdings auch nicht der Betrieb für sich in Anspruch nahm, sondern an die Unterstützungskasse abgeführt hatte.

Der Forderung nach Deputatkohle zum Selbstkostenpreis wurde voll entsprochen. Jeder verheiratete Arbeiter konnte monatlich eine halbe Tonne Kohle zum Preise von 2,75 Mark erhalten.

Bis Ende Mai wurde auf allen Anlagen im Ruhrgebiet die Arbeit wieder aufgenommen. Das „Problem Industriearbeiter“ war nun aufgezeigt und die ersten Schritte zu seiner Bewältigung und zur Milderung bedeutsamer Notstände wurden unternommen.

Die Bedeutung dieses großen Streiks liegt aber nicht so sehr in den im Augenblick durchgesetzten Forderungen bzw. in deren Erfüllung, sondern in der nachhaltigen Wirkung auf die Sozialgesetzgebung. Weiter hat der Streik von 1889 in entscheidender Weise auf den Zusammenschluß der Bergleute in Gewerkschaften hingewirkt. Darüber hinaus begannen damals auch die „Bergherren“ zu begreifen, daß ihre unbestrittenen Eigentumsrechte nicht ein Freibrief für rücklichtloses Profitstreben und für die Mißachtung der sozialen und sonstigen persönlichen Rechte ihrer Arbeiter sein dürften.

Nachdem hier der große Streik von 1889 absichtlich ausführlich behandelt wurde, sei auf die weiteren Streiks im Ruhrbergbau nicht mehr eingegangen, zumal auf „Julia“ nach der Übernahme durch die Harpener Bergbau AG. eine gewisse Streikunlust eingekehrt zu sein schien. Bei den Streiks von 1891 und 1893 wurde auf „Julia“ weitergearbeitet

und bei dem Streik von 1899 legte nur 5 % der Belegschaft die Arbeit nieder. Es dürften demnach dort verhältnismäßig erträgliche Verhältnisse geherrscht haben. An dem großen Streik von 1905 beteiligten sich die Kumpels von „Julia“ allerdings fast vollständig.

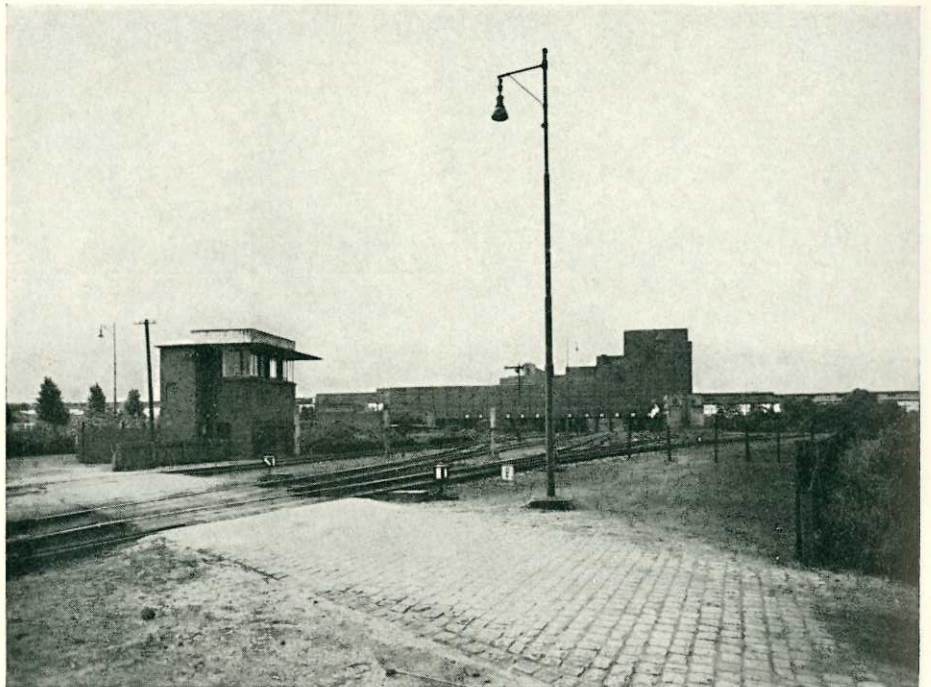
„Die gute alte Zeit“

Insgesamt gesehen ging es in den Jahren von 1890 bis zum 1. Weltkrieg im Ruhrgebiet und in seinem Bergbau fast immer aufwärts. Diese gute und friedliche Zeitspanne hatte etwa in den Jahren von 1908 bis 1912 ihren Höhepunkt erreicht. Wenn früher oder auch heute noch ältere Menschen von der „guten alten Zeit“ sprechen, so ist zu meist dieser Zeitabschnitt vor dem 1. Weltkrieg gemeint. — Die gesamte Industrie war vollbeschäftigt. Handel und Gewerbe blühten. Deutschlands Qualitätserzeugnisse hatten sich den Weltmarkt erobert. Auch die Ruhrkohle hatte sich einen ansehnlichen Auslandsmarkt geschaffen und war eine Konkurrenz für die englische Kohle geworden.

Das Eisenbahnnetz hatte schon fast die heutige Ausdehnung erreicht, war nach den jüngsten Schrumpfungswahrscheinlich sogar umfangreicher als heute. Die großen Schifffahrtskanäle, insbesondere der Dortmund-Ems-Kanal und der Rhein-Herne-Kanal sorgten für eine weitere Senkung der Transportkosten vor allem für die Kohle.

Beim Verkauf der Kohle erzielten die Zechengesellschaften den ansehnlichen Preis von 12,— bis 12,50 Mark je Tonne. Der durchschnittliche Lohn der Hauer und Gedingearbeiter betrug 6,47 Mark. Der Bergmannsstand begann das alte verlorene Ansehen in ständischer wie vor allem in materieller Hinsicht wiederzugewinnen.

Im Jahre 1912 förderte die Zeche „Julia“ mit einer Belegschaft von 1781 Mann 550 000 t Kohle. Eben im Beginn des ersten Weltkrieges wurde der Rhein-Herne-Kanal fertiggestellt, an dem die Zeche „Julia“ gemeinsam mit der Zeche „Recklinghausen I“ einen Hafen anlegte. Zum Transport der Kohle von „Julia“ zum Hafen



Zentralfabrikation „Julia“ und „Recklinghausen II“. — Die Oberkettenbahn kommt von beiden Seiten (links von „Julia“, rechts von „Recklinghausen II“) nördlich Kanal und Emscher.

und zur Kokerei der Zeche „Recklinghausen I“ wurde eine heute fast vergessene Seilbahn gebaut, von der noch jetzt einige Fundamente im Gelände zu sehen sind.

Nachdem in den 30er Jahren nördlich des Kanals für die Schachtanlagen „Julia“ und „Recklinghausen I“ eine Zentralfabrikationsanlage gebaut worden war, die mit den beiden Zechen durch die ebenfalls neu errichtete Oberkettenbahn verbunden war, wurde ein Teil der alten Seilbahn überflüssig. Das restliche Teilstück diente aber noch bis zum Ende des zweiten Weltkrieges zum Transport von Feinkohle von der Zentralfabrikationsanlage zur Kokerei und zum Hafen der Zeche „Recklinghausen I“.

Im ersten Weltkrieg

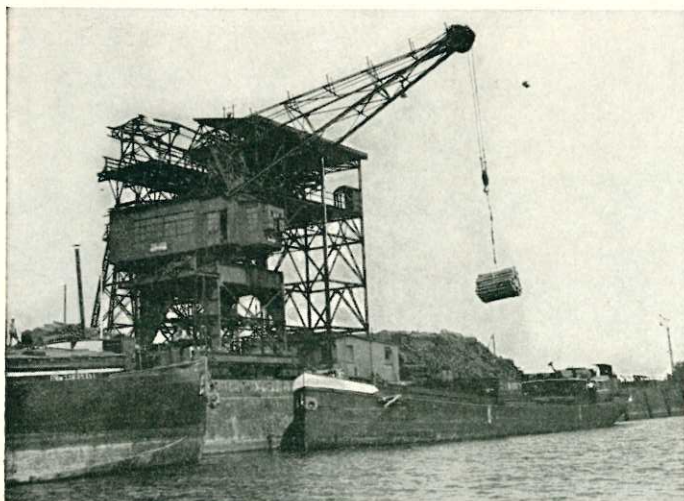
Die Zeit des friedlichen Aufbaues der deutschen Industrie und Wirtschaft wurde im August 1914 durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges für lange

Zeit unterbrochen. Eines der Kriegsziele der gegen Deutschland verbündeten Staaten war es, die deutsche Wirtschaftsmacht für immer zu brechen. — Bei Kriegsbeginn schrieb die Londoner Wirtschaftszeitung „The Financier“:

„Deutschland ist im Begriff, für die nächsten zehn Jahre oder noch länger nicht nur seine großen Märkte in Rußland, Frankreich und Belgien zu verlieren, sondern auch noch seine Absatzgebiete in der ganzen englischsprechenden Welt. Der deutsche Außenhandel hat mit dem heutigen Tage plötzlich aufgehört, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß er nie wieder erwacht. Was Deutschland in jahrelanger, mühevoller Arbeit erreicht hat, ist plötzlich in unsere Hand gegeben. Solange wir die Meere beherrschen, werden wir diese Gelegenheit ausnutzen, wird man niemals mehr eine Klage über den Wettbewerb des deutschen Handels vernehmen.“ —

„Der deutsche Außenhandel hat mit dem heutigen Tage plötzlich aufgehört.“ — Mochte das deutsche Kaiserreich militärisch auf einen Krieg vorbereitet gewesen sein, wirtschaftlich war es in keiner Weise gerüstet. Der Mangel an Nahrungsmitteln nahm besonders im Ruhrgebiet schon im zweiten Kriegsjahr katastrophale Formen an. Doch nicht nur Lebensmittel fehlten. Schon wenige Monate nach Kriegsbeginn trat eine erschreckende Verknappung von Grundstoffen und Chemikalien ein, die vorher aus dem Ausland und aus Übersee bezogen worden waren.

Die führenden Männer an der Ruhr wiesen gleich zu Beginn des Krieges auf die Notwendigkeit hin, die Kohleförderung zu steigern. Sie machten auch auf die Möglichkeiten aufmerksam, durch Veredelung der bei der Koks-



Der alte Hafen der Zechen „Julia“ und „Recklinghausen I“ am Rhein-Herne-Kanal. Heute hat dieser Hafen seine Bedeutung für die Zechen verloren. Er wird von der DEUMU, der Deutschen Erz- und Metall-Union genutzt, die hier Schrottverladung und Schrottlagerplatz unterhält. Die neue Bundesstraße 51 führt mit der großen Emscherthalbrücke heute unmittelbar links vom Raum dieses Bildes über den Kanal.



Ein Querschlag auf der 5. Sohle auf der Zeche „Recklinghausen II“. Da das Gestein sehr fest ist, wurde an dieser Stelle der sogenannte „Ankerabau“ angewandt.

erzeugung anfallenden Nebenprodukte kriegswichtige Grundstoffe zu erzeugen. Zunächst fanden die Männer der Kohle nicht das notwendige Verständnis. — Der Zivilist hatte nie viel gegolten im deutschen Kaiserreich. Nun im Kriege war es ganz besonders schwierig, der militärischen Führung die Gegebenheiten und Erfordernisse der modernen Technik und Wirtschaft so nahezubringen, daß sie diese zunächst einmal verstand und darüber hinaus geneigt war, sie zu nutzen.

Dieser Mangel in der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und dem Militär ließ sich auch bis zum Kriegsende nicht völlig ausräumen. Zunächst glaubten die Generäle, den Krieg vor Erschöpfung des Kriegspotentials siegreich beenden zu können. Viele Bergleute waren einberufen worden. Naturgemäß gehörten die meisten dieser Einberufenen den besonders leistungsstarken Jahrgängen an. — Erst der akute und schon bedrohliche Mangel an kriegswichtigen Gütern ließ die militärische Führung die Bedeutung der Wirtschaft und darin mit ihrer Schlüsselstellung die des Bergbaues, erkennen. Viel zu spät mußten nun mitten im Kriege Tausende der einberufenen Bergleute wieder aus dem Kriegsdienst zurückgezogen werden. Die Kohle- und Koks-erzeugung mußte um jeden Preis gesteigert werden. Auch Kriegsgefangene wurden schließlich in großer Zahl auf den Steinkohlenbergwerken an der Ruhr eingesetzt.

Nun begann die Förderung wieder zu steigen. Aber die Versorgung der Bergleute mit Lebensmitteln wurde zum Problem. Auch hier mußten die Zechengesellschaften sich weitgehend selbst helfen. Die öffentlichen Verwaltungen waren auf Rationierung und auf eine differenzierte Verteilung noch nicht ein-

gerichtet. — Die Zechen schafften daher Kohlen und einen Teil der auf den Kokereien erzeugten Düngemittel auf Land und tauschten sie dort gegen Nahrungsmittel ein. So konnte die Ernährung der Bergleute etwas verbessert und auch eine höhere Leistung erzielt werden.

Völlig im argen lag nun aber das Transportwesen. Die unaufhörlichen Militärtransporte beanspruchten einen überaus großen Teil der Eisenbahnkapazität. Wurden eine Zeitlang viele Überstunden verfahren, um so viel Kohle wie eben möglich zu fördern, so mußten tatsächlich etwas später sogar Feierschichten eingelegt werden, weil keine Kohle abgefahren werden konnte und die Lagermöglichkeiten beschränkt waren. Waren ein andermal Eisenbahnwagen bereitgestellt und voll mit Kohle beladen, so waren keine Lokomotiven frei und die Züge standen tagelang auf den Zechenbahnhöfen und Nebengleisen.

Hunger und Not wurden lange Zeit ertragen, erst im Januar 1918 kam es

zu ersten leichten Unruhen im Ruhrgebiet. Linksradikale Kreise riefen zum Generalstreik auf und forderten neben einer verbesserten Lebensmittelversorgung politische Zugeständnisse von der Regierung.

Da dieser Streikaufruf mit verschiedenen politischen Forderungen verknüpft war, distanzierten sich der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ und der „Hirsch-Dunckersche Gewerkverein“ schroff von diesem Vorhaben, so daß es nur auf wenigen Anlagen zu kürzeren Arbeitsniederlegungen kam.

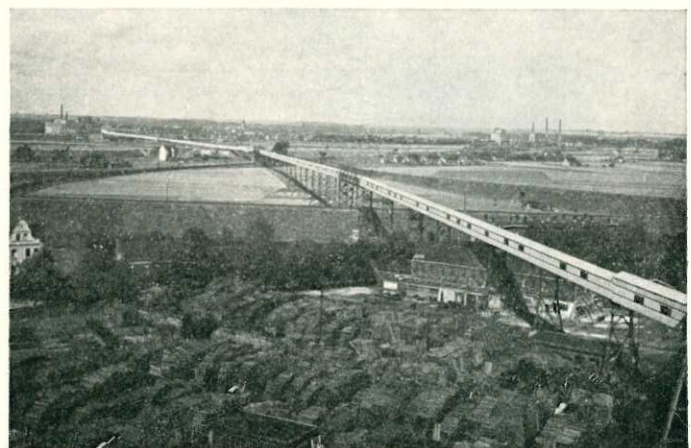
Erst im August 1918 überlief eine größere Streikwelle die Zechen im Revier. Auf 24 Anlagen wurde gestreikt, etwa 60 000 bis 70 000 Mann legten die Arbeit nieder. Zu diesem Zeitpunkt ließ sich die deutsche Niederlage an der Front schon erkennen. Amerika griff aktiv in den Krieg ein. Die Materialüberlegenheit der Ententetruppen ließ den deutschen Streitkräften keine Chance mehr. — Dennoch trugen die Streiks zur späteren „Dolchstoßlegende“ bei.

Auf der Zeche „Julia“ wurde während des ganzen ersten Weltkrieges überhaupt nicht gestreikt. Die Förderung wurde unter großen Anstrengungen von 436 000 t im Jahre 1914 auf 527 000 t im Jahre 1916 gesteigert. Selbst als 1918 die Kräfte zu erlahmen begannen, wurde noch eine Jahresförderung von 480 000 t erreicht. — —

Wirrnisse nach dem ersten Weltkrieg

Die Revolution im November 1918 verlief im Ruhrgebiet vergleichsweise ruhig. Zwar wurden auch bei den Zechen Flugblätter verteilt und Ansprachen gehalten; die Arbeit wurde jedoch nicht wesentlich gestört. Der Ruhrkumpel hoffte viel mehr, nun nach dem Ende des Krieges wieder ruhig und friedlich seiner geregelten Arbeit nachgehen zu können, — eine Hoffnung, die jedoch viele Jahre lang nicht erfüllt werden sollte.

Schon im Dezember 1918 versuchten linksradikale Kreise Unruhe in die Bergarbeiterschaft zu bringen. Sie waren enttäuscht, daß die Revolution nicht in die von ihnen angestrebte Richtung lief. Ihr Wunschtraum und Vorbild war



Die Oberkettenbahn vom Holzplatz der Zeche „Julia“ aus gesehen. — Im Hintergrund links die Zentralaufbereitung.

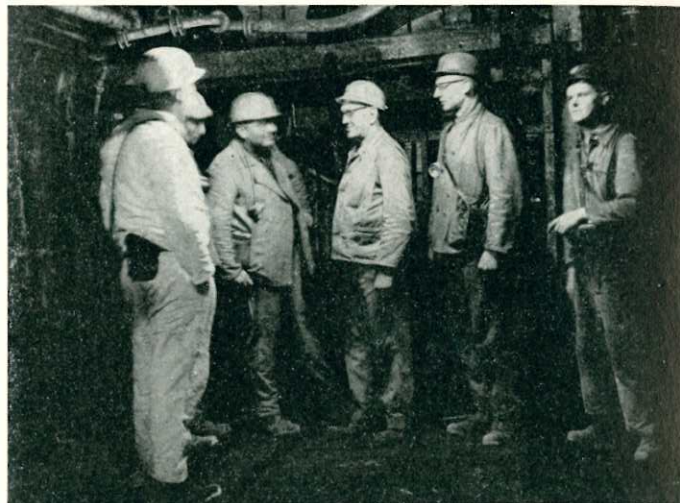
die russische Revolution. Der Ruhrkohlenbergbau war für sie die Schlüsselindustrie, mit der alle anderen Industriezweige lahmgelegt werden konnten. Ohne Kohle „ginge gar nichts mehr“; das war mittlerweile auch dem letzten klar geworden. — Wer aber über die Ruhrkohle verfügen wollte, der mußte über die Menschen verfügen, die mit ihr verbunden waren. Eben deshalb war es immer wieder das Ziel der verschiedenen politischen Richtungen, Macht und Einfluß innerhalb der Zechenbelegschaften zu gewinnen, zu erhalten und zu steigern.

Vergebens beschworen schließlich die alten Arbeiterführer, an der Spitze Otto Hue, die Kumpels, sich nicht von hitzköpfigen Demagogen verführen zu lassen. Vergebens rief auch der Rat der Volksbeauftragten mit Scheidemann, Ebert und Haase zu vermehrter Arbeitsleistung auf. — Auch die Soldatenräte vermochten es nicht, geordnete Verhältnisse aufrecht zu erhalten.

Von Januar bis April 1919 wurde mal hier mal da auf den Zechen des Ruhrgebiets gestreikt. Bewaffnete Banden des Spartakusbundes bildeten sich im Revier und forderten immer wieder zum Streik auf. Wo sie Ablehnung fanden, hinderten sie die Arbeiter manchmal mit Gewalt, anzufahren. Oder sie warfen mehrere Wagen in den Schacht und machten ihn so für eine zeitlang unbrauchbar. Hin und wieder kam es auch zu Schießereien, wobei arbeitswillige Bergleute getötet und verwundet wurden.

In Essen residierte zu der Zeit die sogenannte „Neunerkommission“, welche die Sozialisierung des Bergbaus betreiben sollte. Aufrufe, Anordnungen, Befehle von berufener und unberufener Seite machten es damals dem unpolitischen Menschen schwer, einen klaren Blick zu bewahren.

Eine Gruppe „Julia“-Bergleute am Blindschacht 5 auf der 3. Sohle rund 500 m unter Tage. Da unter Tage nicht „geblitzt“ werden darf, erhielt diese Aufnahme und andere Original-Aufnahmen ihr Licht lediglich von normalen Grubenlampen. Das erforderte eine Belichtungszeit, die kleine Unschärfen unvermeidlich machte.



Auf „Julia“ kam es erst am 1. April 1919 zum Streik, der dann allerdings vier Wochen — bis zum 27. April — dauerte. Gefordert wurde, wie auf den anderen Anlagen, die Sechs-Stunden-Schicht bei vollem Lohnausgleich. Dazu kamen die politischen Forderungen der Essener „Neunerkommission“, z. B. Entwaffnung der Polizei und der Sicherheitswehren.

Die Bergarbeiter begründeten ihre Forderung nach der Sechs-Stunden-Schicht mit der Arbeitszeitverkürzung der übrigen Arbeiter, die früher zehn Stunden gearbeitet hatten, nun aber nur noch acht Stunden. Der Bergmann hingegen kannte immer schon die Acht-Stunden-Schicht und hatte für die Erhaltung dieses Privilegs häufig gestreikt.

Natürlich konnte bei Erfüllung dieser Forderung weder die Kohleförderung gesteigert noch der Kohlepreis gehalten werden. Der Verband der Arbeitgeber des Ruhrbergbaues wandte sich an den

Arbeitsminister und bat um eine Stellungnahme in dem Konflikt.

Der Reichsarbeitsminister Bauer hielt eine Schichtverkürzung auf sechs Stunden für völlig indiskutabel und wies darauf hin, daß jetzt schon zahlreiche Werke aus Mangel an Kohlen Kurzarbeit und Feierschichten einlegen müßten.

Der Reichsarbeitsminister war damals aber weit davon entfernt, eine Autorität zu sein. Die Regierung der jungen von Scheidemann ausgerufenen Republik war in sich noch nicht gefestigt. In Weimar tagte noch die Nationalversammlung, um eine neue Verfassung zu erarbeiten.

Im Ruhrgebiet versuchten die Spartakisten den Bergleuten begreiflich zu machen, wie sehr sie von der Revolution betrogen worden seien. Die Besitzenden hatten ihren Betrieb behalten, und die Besitzlosen waren immer noch besitzlos. Statt das ersehnte Arbeiterparadies, wie es in der Sowjetunion schon „verwirklicht“ war, auch in Deutschland einzuführen, verlangte die neue Regierung sogar noch eine gewisse Mehrarbeit.

Die verschiedensten politischen Richtungen, die Gewerkschaften, Ämter, Behörden und Dienststellen gaben einander widersprechende Anordnungen heraus und stellten Forderungen auf, die teilweise gar nicht realisierbar waren. Am 31. März 1919 verhängte die Regierung auch noch den verschärften Belagerungszustand, wodurch die Bergleute sich sehr brüskiert fühlten.

Der Bergarbeiterführer Otto Hue schrieb in diesen Tagen tief entsetzt über die Entwicklung: „Unverstand will alles zertrümmern, was opferfreudige Genossen und Kameraden mühevoll aufgebaut haben. Mancher von ihnen möchte heute wünschen, eher gestorben zu sein, als diesen entsetzlichen Selbstmord der Arbeiterklasse mitzuerleben.“

Am 27. April 1919 wurde auf „Julia“ die Arbeit wieder aufgenommen. Die Schichtdauer wurde auf sieben Stunden herabgesetzt.

Für kurze Zeit wurde es etwas ruhiger im Ruhrgebiet. Immerhin war an



Neu aufgefahrene Querschläge haben meistens einen großen Querschnitt. — Die Auffahrung wird mit modernen Bohr- und Ladegeräten erleichtert und beschleunigt.

den 140 Arbeitstagen zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. April 1919 nur an 22 Tagen wirklich auf allen Zechen im Ruhrgebiet gearbeitet worden.

Der Ruhraufstand 1920

Das Jahr 1920 brachte dem Ruhrgebiet neue Unruhen, neue Streiks und sogar einen Krieg — einen Bürgerkrieg.

Am 12. Januar 1920 versuchten Spartakisten in Berlin das Reichstagsgebäude zu stürmen. Der Aufstand wurde von der Reichswehr blutig niedergeschlagen. Daraufhin bereitete sich der Spartakusbund im Ruhrgebiet zum Aufstand vor. Waffen und Munition wurden heimlich an die Mitglieder verteilt und Organi-

Der Spartakusbund versuchte in dieser Situation die gegen Kapp aufgebrauchten Arbeitermassen unter seinen Einfluß zu bringen. Das für die Mitläufer erst nach und nach erkennbare Ziel war dabei, nicht nur die Kapp-Putschisten, sondern auch die Weimarer Republik zu beseitigen. Zeitweise hatte die „Rote Armee“ etwa 100 000 Arbeiter unter Waffen. Grauensvolle Metzereien trugen sich im Ruhrgebiet zu. Mehrere Tausend Tote und Verwundete kostete der Aufstand, bis er schließlich von der Reichswehr niedergeschlagen wurde.

Bis zum 7. April 1920 dauerten die Kämpfe zwischen der Reichswehr und der „Roten Armee“ an. An eine gezielte Arbeit war während dieser Zeit

wiederum vergleichsweise friedlich zugegangen. Schon damals nannte man „Julia“ den „Familienpütt“. Man wollte damit sagen, daß auf „Julia“ ein gutes Betriebsklima herrschte und daß man allen widrigen Verhältnissen zum Trotz immer irgendwie miteinander auskam.

Der Segen der „Rednertribüne“

Obwohl auf dem Zechenplatz häufig Belegschaftsversammlungen abgehalten wurden, auf denen alle aufgedrehten Ventile und wüstes Geschimpfe ein zartes Gemüt zu Tode hätte erschrecken können, ist es bezeichnenderweise auf „Julia“ doch niemals zu wirklichen Ausschreitungen gekommen.

In diesen Monaten wurden die Mauern der Betriebsgebäude auf dem Zechenplatz von außen instandgesetzt. Zu diesem Zweck waren Baugerüste aufgestellt. Wer nun auf den zahlreichen Belegschaftsversammlungen glaubte, etwas zum Besten geben zu müssen, hatte auf das Baugerüst zu klettern und dort seine Rede zu halten. Aus nicht mehr feststellbarer Ursache hatte man dem „Baugerüstpodium“ den eigenartigen Namen „Synagogegebühne“ gegeben. Sobald nun einer der Kumpels durch seine Zwischenrufe oder durch aufreizende Äußerungen auffiel, erklang es im Chor: „Auf die Synagogegebühne, rauf auf die Synagogegebühne!“ Entweder entschloß sich darauf der Zwischenrufer zum Stillschweigen, oder er kletterte wirklich auf das Gerüst. Dabei mußte er dann zumeist feststellen, daß es leichter ist, in der Masse bissige Bemerkungen und unqualifizierte Schimpfkanonaden von sich zu geben, als vor der Massenversammlung, hoch auf einem schwankenden Brett, der laut schenkenden Menge in einigermaßen wohlgesetzten Worten ein durchführbares Vorhaben zu unterbreiten.

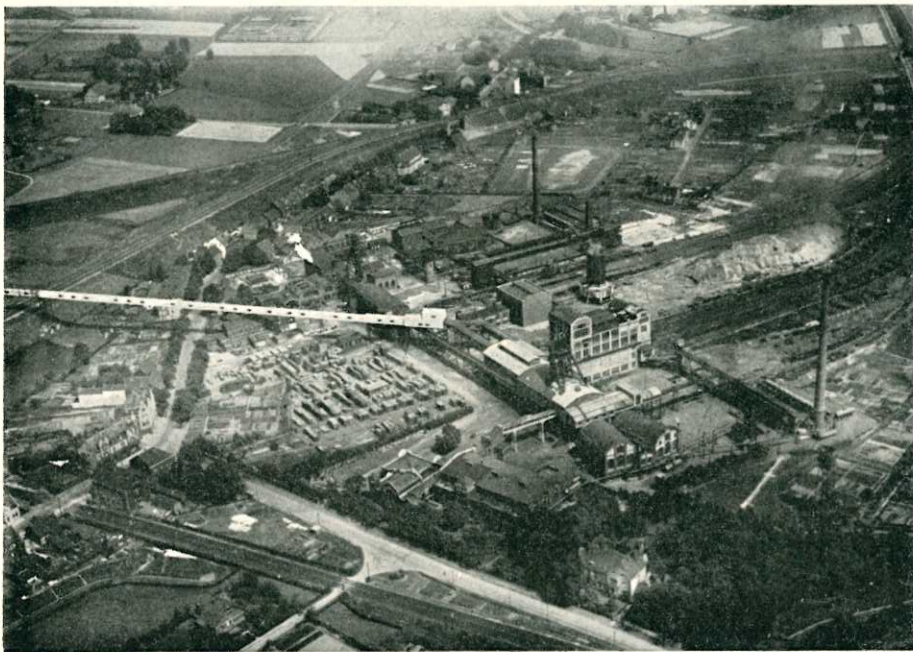
Vielleicht hat diese eigenartige Rednertribüne manchen aus Haß und Unvernunft geborenen Gedanken vor der Ausbreitung bewahrt und so wohl manches häßliche Ereignis verhindert.

„Die sanften Augen“ der Kuh . . .

Das einzige „Blutopfer“, das die ergrimmtten und hungrigen Julia-Kumpels beinahe gefordert hätten, war . . . die Kuh des Betriebsführers!

Eigentlich war der Betriebsführer und spätere Grubeninspektor Hugo Schütz auf „Julia“ sehr geschätzt. Aber in jenen wirren Zeiten, wo niemand mehr wußte, wen man denn nun „für das ganze Elend verantwortlich“ machen sollte, „mußte“ jeder, der eine gewisse Autorität darstellte, angegriffen werden.

Auf einer der Belegschaftsversammlungen hatte ein Kumpel den plötzlichen Einfall: „Wir müssen dem Betriebsführer mal gründlich unseren Standpunkt klar machen. Ausgesprochen zweckmäßig ist es, wenn wir ihm deshalb seine Kuh auffressen, dann kommt der schon ganz von selbst dahinter, daß es so nicht weitergehen kann.“



Blick auf das Gelände und die Anlagen der Zeche „Julia“. Die Aufnahme stammt aus dem Anfang der dreißiger Jahre. Die heute wieder verschwundene Oberkettenbahn, die hier als heller Streifen durch die Bildmitte geht, wurde 1932 in Betrieb genommen. Am oberen rechten Bildrand ist in einem kurzen Abschnitt die Köln-Mindener Strecke sichtbar. Die an dieser Stelle, an der auch der kleine Tunnel durch den Damm sichtbar ist, über die Köln-Mindener Strecke geführte Güterverkehrsstrecke nach Riemke umfaßt das heutige Industrie- und Großmarktgelände.

sationspläne erstellt. — Dann wartete man auf einen günstigen Anlaß zum Losschlagen.

Dieser Anlaß kam schneller als erwartet in einem Putschversuch von Rechts. Am Samstag, dem 13. März 1920, rückten die Offiziere Kapp und Lütwitz mit starken Militärverbänden in Berlin ein und besetzten die Regierungsstellen. Sie erklärten die nach Stuttgart geflüchtete Regierung für abgesetzt.

Die geflüchtete Regierung forderte nun von Stuttgart aus alle Arbeitnehmer zum Generalstreik auf. Dieser Aufruf wurde fast überall befolgt. Auf „Julia“ wurde vom 13. bis zum 16. März 1920 gestreikt. — Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ruhrbergbau bildeten dann eine gemeinsame Front gegen die Regierung Kapp und beschlossen, keine Anweisungen von dieser Seite zu befolgen.

im Ruhrgebiet nicht zu denken. Nur auf wenigen Zechen konnte der Förderausfall in Grenzen gehalten werden. „Julia“ gehörte zu diesen wenigen.

Auf den Schwesteranlagen „Recklinghausen I“ und „Recklinghausen II“ konnte die Arbeitsniederlegung nicht verhindert werden. Am 30. März 1920 erschienen Führer der „Roten Armee“ auf dem Zechengelände und erzwangen den Streik. Erst am 3. April, als die Verbände der „Roten Armee“ bei Haltern aufgerieben waren und die endgültige Niederlage der Aufständischen sich abzeichnete, konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Auch nach dem Ruhraufstand blieben die Zeiten unruhig. Allenthalben kam es auf Belegschaftsversammlungen zu heftigen Agitationen und zu Ausschreitungen. Kurzstreiks waren an der Tagesordnung. Es ist bemerkenswert, daß es auf „Julia“ in diesen wirren Zeiten

Zumindest bei einer größeren Gruppe fand dieser seltsame Vorschlag lauten Anklang, und da sich die besonneneren Kräfte zunächst nicht rührten, wurde die Kuh am Strick auf den Zechenplatz geführt. Die „Hinrichtung“ sollte inmitten der Versammlung stattfinden. Tatsächlich sollen dann schon einige radikale Gesellen, ihr Taschenmesser in der Hand, die Kuh in freudiger Erwartung seltener „fleischlicher“ Genüsse, umringt haben. — Ehe es aber zum entscheidenden „Meuchelstoß“ kam, konnten dann doch die vielen einsichtigeren Bergleute den „Kuhmord“ verhindern. — Einer der „Beinahe-Mordbuben“, später gefragt: „Ja, nu, warum hast du ihr denn nu nich abgemurkst?“ gab zur Antwort: „Ja, weisse, die hatte sone sanfte Augen.“ — —

Die „Franzosenzeit“ — Ruhrkampf und Inflation

Nach dem ersten Weltkrieg hatte der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich harte Auflagen gebracht. Für das Ruhrgebiet besonders ins Gewicht fallend waren die Reparationsleistungen an Kohle und die Kohlensteuer, die an die Siegermächte, insbesondere an Frankreich, abgeführt werden mußten.

Diese Forderungen der Siegermächte waren so hoch geschraubt, daß sie unter günstigsten Verhältnissen, unter schwerster Belastung der eigenen Interessen, gerade soeben erfüllt werden konnten. Günstige Verhältnisse waren jedoch wahrhaftig nicht gegeben. Es war also nicht zu vermeiden, daß das Deutsche Reich mit seinen Reparationsleistungen in dem einen oder anderen Punkt etwas in Rückstand geriet. Dennoch war das Reich bei einer Gesamtreparationsleistung von 1 480 000 Mill. Goldmark im Jahre 1922 nur mit 24 000 000 Mill. Goldmark in Verzug geraten.

Am 9. Januar 1923 stellte die „Reparationskommission“ gegen die Stimmen Englands die deutschen „Verfehlungen“ fest.

Diese am 9. Januar 1923 festgestellten Verfehlungen nahm Frankreich zum Anlaß, am 11. Januar fünf kriegsmäßig ausgerüstete Divisionen in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen.

Die englischen Politiker distanzieren sich energisch von diesem Schritt. Die Vereinigten Staaten zogen nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet ostentativ ihre linksrheinisch stationierten Besatzungstruppen zurück. Das war eine deutliche Absage an die französische Politik. Es ist in Deutschland damals nicht allgemein bekanntgeworden, daß auch weite Kreise des französischen Volkes und viele namhafte französische Politiker die Besetzung des Ruhrgebietes mißbilligten. Besonders die französischen Sozialisten haben heftige Kritik geübt. Diese Stimmen der Vernunft konnten sich allerdings damals noch nicht gegen den anscheinend blinden Haß der führenden Politiker und Militärs durchsetzen. Das kluge Wort: „Erst der versöhnte Feind ist wirklich besiegt“ war nach dem

Bergleute beim „Buttern“ vor dem Blindschacht 32, Mittelort, Flöz „Karl“, in ca. 730 m Tiefe.



ersten Weltkrieg durchaus noch nicht Grundlage der europäischen Politik. — Allerdings hatte gerade Frankreich im ersten Weltkrieg mehr als jedes andere Land gelitten.

In den frühen Morgenstunden des 11. Januar 1923 gab General Degoutte seinen fünf Divisionen den Befehl, über den Rhein ins Ruhrgebiet einzumarschieren. Schon in der Mittagszeit war Essen besetzt. Eine französische Kommission von Fachleuten besetzte sofort das Kohlensyndikat, die fein organisierte Nervenzentrale des Ruhrbergbaus. Die leitenden Angestellten des Syndikats hatten Essen jedoch verlassen und waren mit den zurzeit wichtigen Unterlagen nach Hamburg übergesiedelt.

Der Reichskohlenkommissar verbot allen Ruhrzechen im Namen der Berliner Reichsregierung jegliche Lieferung von Kohle an Frankreich und Belgien.

Der Ruhrindustrielle Fritz Thyssen, von der französischen Kommission vorgeladen, gab folgende Erklärung ab: „Nach Äußerungen, die Herr Ministerpräsident Poincaré gemacht hat,

handelt es sich hier um keine politische Aktion. Wir sind daher als deutsche Untertanen verpflichtet, nach wie vor die deutschen Gesetze zu respektieren . . . Ich erkläre hiermit, daß keinerlei Zwangsmaßnahmen mich hindern können, meine Pflichten als deutscher Staatsbürger zu erfüllen. Wenn ich etwas anderes tun würde, würde ich mich verächtlich machen.“

Nun versuchten die Franzosen mit den Arbeitnehmergeorganisationen über Kohlenlieferungen zu verhandeln. Sie stießen aber auch hier auf eine Mauer der Ablehnung. Namentlich der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Husemann, lehnte jede Verhandlung mit der französischen Kommission rundweg ab.

Auf einer Direktorenkonferenz erteilte die französische Kontrollkommission den „Befehl“, nun unverzüglich mit der Lieferung von Kohle zu beginnen, andernfalls Zwangsmaßnahmen eingeleitet würden. Im Namen aller erklärte Fritz Thyssen darauf, keine anderen Anweisungen als die der Deutschen Reichsregierung befolgen zu wollen.

Füllort auf der 6. Sohle vom Schacht „Konrad Ende“ aus gesehen.





Schaltwarte im Zechenkraftwerk (über Tage). — Neben dem gewaltigen Eigenbedarf liefert das Zechenkraftwerk auch Energie in das öffentliche Netz.

Am 20. Januar 1923 begannen die Franzosen, die vorbereiteten Zwangsmaßnahmen zu vollstrecken: Kohlen wurden beschlagnahmt, Transport von Kohle in das unbesetzte Deutschland wurde unmöglich gemacht. Am gleichen Tage wurde eine Reihe der führenden Ruhrbergleute verhaftet, so Fritz Thyssen, Generaldirektor Kästen, Bergassessor Olfe, Generaldirektor Wüsterhöfer, Generaldirektor Spindler, Generaldirektor Tengelmann und andere.

Mit dem Bekanntwerden dieser Verhaftungen, denen laufend weitere Eingriffe in die persönliche Freiheit folgten, brach an Rhein und Ruhr, aber auch in ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung los. Eine geschlossene nationale Haltung, zum Teil abgebogen in einen Nationalismus, wie er seit den ersten Tagen des ersten Weltkrieges nicht mehr erkennbar gewesen war, kam auf immer neuen Sympathiekundgebungen für den Bergbau und in einem harten und auch jeder Gefahr trotzensen Widerstandsgeist und unaufhörlichen Abwehrhandlungen zum Ausdruck, die kein französisches Verbot und auch keine Waffengewalt verhindern konnte. Unter schärfster Bewachung wurden deshalb die verhafteten Direktoren aus dem gärenden Ruhrgebiet nach Mainz überstellt und dort vor ein französisches Kriegsgericht gebracht. Sie wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Während der Verhandlung versammelten sich viele Tausend Mainzer Bürger vor dem Gerichtsgebäude, gaben mit aller Deutlichkeit der Meinung der Menschen von Rhein und Ruhr wie des Volkes überhaupt Ausdruck und sangen patriotische Lieder.

Die Rückfahrt der Direktoren ins Ruhrgebiet glich einem Triumphzug für den Widerstand an der Ruhr und einer durchaus ängstlich gewerteten öffentlichen Empörung gegen die Eindringlinge. — Auf allen Bahnhöfen an der Rheinstraße hatte sich die Bevölkerung eingefunden, um durch die Ehrung der standhaften Männer von der Ruhr den einmütigen Widerstand zu dokumentieren. Vielfach waren die Leute mit ihren Pfarrern und mit Kirchenfahnen gekommen, da ja alle anderen Flaggen im besetzten Gebiet verboten waren.

In Koblenz wurden die Männer von der Ruhr von amerikanischen Offizieren, die sich bewußt und öffentlich von ihren französischen Kameraden distanzieren wollten, freundschaftlich empfangen.

In Bonn durchbrachen Studenten und die Bevölkerung jede Absperrung, um den Verurteilten zuzujubeln. Der Rektor der Bonner Universität hielt auf dem Bahnsteig eine Ansprache. Die größte Menschenmenge erwartete den Zug jedoch in Köln, wo man den Zug kaum wieder abfahren lassen wollte.

Der Kernsatz von Fritz Thyssens Verteidigungsrede vor dem Kriegsgericht war bekanntgeworden: „Zu ehrlosen Handlungen gegen mein Vaterland lasse ich mich nicht zwingen.“ Diesen Satz versuchte sich jeder Deutsche im Ruhrgebiet während dieses „Ruhrkampfes“ zu eigen zu machen und für seinen Bereich zu verwirklichen. Durchaus mit an erster Stelle standen dabei unsere Bergarbeiter und weite Kreise der Arbeiterschaft überhaupt, aber auch die gesamten Bediensteten aller Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen.



„Julia“-Bergleute warten vor dem Blindschacht auf den Korb. — Ehe der Kumpel unter Tage an seinem Arbeitsplatz ist, muß er gewöhnlich noch eine nicht unerhebliche Strecke zurücklegen und unter Umständen über einen Blindschacht eine andere Sohle erreichen.

Das Ruhrgebiet war mittlerweile zum passiven Widerstand übergegangen, der in seiner Auswirkung jedoch sehr aktiv war. Jegliche Art von Dienstleistung wurde den Eindringlingen versagt. Insbesondere wurde der Abtransport von Ruhrkohle mit allen „gewaltlosen Mitteln“ zu verhindern gesucht.

Auf „Julia“ fuhren die Kumpels zwar an, sie förderten jedoch keine Kohle. Musikinstrumente und Spielkarten wurden mit in die Grube genommen, und man vertrieb sich damit irgendwie die Zeit. Neben der unter Tage ungestörten Beratung von Plänen und Möglichkeiten des Widerstandes fand der typische Humor des Ruhrbergmannes reichen Nährboden. Unter der Fülle von Spottversen auf die Eindringlinge wurde auch der bezeichnende Vers erfunden: „Wo du eine Kiste siehst, Kumpel, lass' dich nieder! Der passive Widerstand kehret niemals wieder.“

Unbeschwert in seiner inneren Sicherheit glaubte der Bergmann in den ersten Tagen eben noch, mit dieser Art von Streik allein und schon bald die Ziele der Franzosen durchkreuzen zu können. Die Reichsregierung hatte die pünktliche Überweisung von Lohnsicherungsgeldern zugesagt. — Man wollte so auch ohne Arbeitsleistung die Sicherheit des Lebensunterhalts gewährleisten, und wenn man keine Kohlen förderte, konnten die Franzosen schließlich auch keine Kohlen erhalten.

Frankreich hatte sich aber zu sehr vor aller Welt an der Ruhr engagiert. Schon aus Prestige Gründen konnte es daher seine Truppen nicht mehr zurückziehen.

Schon bald kehrte daher naturgemäß die Not ein im Ruhrgebiet und auch im übrigen Deutschland. Zwar gab es Geld, aber das Geld, oder besser sein Wert, war nicht mehr genügend durch Arbeitsleistung gedeckt. Die deutschen Industrien bekamen nicht mehr ausreichend Kohle und mußten ihre Produktion drosseln. Arbeitslosigkeit war die Folge. In das besetzte Ruhrgebiet kamen kaum noch Lebensmittel hinein. Die hier vorhandenen Waren wurden zum großen Teil von den Franzosen aufgekauft oder beschlagnahmt oder geraubt. Die französischen Soldaten konnten, wenn sie wollten, mit harter Währung bezahlen, mit Francs. Die deutschen Kumpels bezahlten mit deutschem Geld, das viele Kaufleute schließlich nur mehr widerwillig annahmen, weil es von Tag zu Tag mehr verfiel.

Alle Beamten, die sich den Anordnungen der Franzosen widersetzen, wurden ausgewiesen. Fast alle Eisenbahner weigerten sich, Kohlenzüge nach Frankreich abzufertigen und wurden daraufhin aus dem Ruhrgebiet „ausgewiesen“. Aber auch viele andere Beamte mußten über Nacht ihren Dienst, Haus und Familie verlassen, weil sie ihren auf die Verfassung geleisteten Eid nicht brechen wollten. Um ihr hinterlassenes Eigentum war es oft schlecht bestellt. — Insgesamt wurden etwa

200 000 Männer, Frauen und Kinder aus dem Ruhrgebiet „ausgewiesen“. Viele mußten zeitweilig oder für dauernd flüchten.

Mehr als 100 000 französische und belgische Soldaten versuchten mit jedweder Härte, ja Brutalität, bis September 1923 vergebens, das Ruhrgebiet Frankreichs Befehlen gefügig zu machen.

Der Widerstand war mittlerweile auch in aller Öffentlichkeit nicht mehr ganz „passiv“. Hin und wieder wurde auch von ganzen Gruppen aus der Bevölkerung und von Einzelpersonen Gewalt gegen die Besatzung und ihre Maßnahmen angewendet. Man versuchte nun, mit allen Mitteln den Abtransport der Kohle nach Frankreich zu verhindern oder zumindest weitgehend zu behindern. — Eisenbahngleise wurden aufgerissen und Kohlenzüge zum Entgleisen gebracht. Eisenbahnbrücken wurden gesprengt. Viele andere Maßnahmen des aktiven Widerstandes machten den Eindringlingen das Leben sauer. Der Abtransport der Kohle auf dem Rhein-Herne-Kanal wurde durch die Sprengung des Emscher-Dükers, wenige Kilometer nordöstlich von Herne, unterbunden. Die Emscher führt an dieser Stelle unter dem Kanal hindurch. Durch die Sprengung dieses Dükers lief das Wasser des Kanals in die Emscher ab, so daß der Rhein-Herne-Kanal in seiner ganzen Länge für die Schifffahrt ausfiel.

Die Schikanen der französischen Soldaten, die nun jede Brücke und jede kleinste Kohlenhalde bewachen mußten, nahmen ständig zu. Die für die Bewachung von „Julia“ zuständigen Franzosen waren an der Cranger Straße untergebracht. Mit ihnen kam es glücklicherweise nicht zu gefährlichen Streitereien. Allerdings machten sich damals (wie überall im Ruhrgebiet) die jungen Leute — heute längst würdige und „gesetzte“ Herren — einen Spaß daraus, die französischen Soldaten, wo es nur möglich war, zum Narren zu halten und zu beunruhigen. Sie sangen ihnen Spottverse oder zeigten sich ihnen kurz nach der abendlichen Sperrstunde, wenn die Bevölkerung ihre Häuser nicht verlassen durfte und zeitweilig sogar im Sommer die Fenster geschlossen lassen mußte. Kamen dann die Soldaten angelaufen, um gegen die jungen Burschen vorzugehen, waren diese, die jeden Schlupfwinkel kannten, schon wieder verschwunden. In solcher Situation war es den „Besatzern“ besonders nachts nicht geheuer und sie waren ständig äußerst mißtrauisch und nervös.

Die Julia-Kumpels, die während der Sperrstunde zur Schicht mußten oder von der Zeche kamen, durften zwar passieren. Sie mußten aber — gleichsam als Ausweis — ihre brennende Grubenlampe mitführen.

Zu Anfang des Herbstes 1923 wurde auf Weisung der Berliner Reichsregierung der passive Widerstand ohne allzugroße Rücksicht auf das Ruhrgebiet aufgegeben. Deutschland war allerdings wirtschaftlich völlig am Ende. Die Inflation stand kurz vor ihrem Höhe-



Auch das gibt es 850 m unter Tage: Ladestation für batteriegetriebene Grubenlokomotiven auf der 6. Sohle in der Nähe des Schachtes „Konrad Ende“.

punkt. Die Geldscheine lauteten auf astronomische Zahlen, zu kaufen gab es aber kaum etwas dafür. Bei Lohnzahlungen wurde das Geld in großen Waschkörben zur Zeche gebracht. — Bezeichnend ist die oft erzählte Geschichte von den Dieben, die es damals einmal auf die Lohngehälter abgesehen hatten, dann aber doch das Geld ausschütteten und lieber nur die im allgemeinen Materialmangel wertvollen Wäschekörbe mitnahmen, um einen wirklichen Wert zu erhalten.

Der Ruhrkampf ging zu Ende. — Es gab allerdings keinen Sieger. Der Winter stand vor der Tür und ohne Kohle drohte Deutschland ins Chaos abzugleiten. Durch die Besatzungstruppen hatten 121 Deutsche ihr Leben verloren. Mehr als 200 000 Menschen waren aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet ausgewiesen worden. Viele Millionen Arbeitsschichten waren verlorengegangen. Hunger und Not waren wieder größer geworden — nicht nur bei den Bergmannsfamilien an der Ruhr, sondern fast in ganz Deutschland. Die Inflation, die ja zu einem Teil ihre Ursache im Ruhrkampf hatte, machte viele Familien bettelarm. Viele kleine Vermögen, die einen Lebensabend sichern sollten,

waren der Geldentwertung zum Opfer gefallen. — —

Kampf um Kohle — schicksalhafte Weichenstellung für europäische Geschichte

Die vielleicht nachhaltigsten Auswirkungen des Ruhrkampfes aber lassen sich nicht in Zahlen darstellen, nämlich die auffallende Zunahme zu kraß nationaler oder gar nationalistischer Tendenzen in Deutschland. Der großen Verständigungsidee zwischen Deutschland und Frankreich, geistig und politisch, vertreten durch Aristide Briand und Gustav Stresemann, wäre vielleicht Jahrzehnte früher und rechtzeitig vor einem zweiten Weltkrieg und vor allem vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus ein durchschlagender Erfolg zuteil geworden, wenn nicht durch den Ruhrkampf nationale und nationalistische Empfindungen bei beiden kontinentalen Nachbarn in den Vordergrund getreten und hochgekocht worden wären. — Die europäische Geschichte der letzten Jahrzehnte hätte dann möglicherweise einen weniger tragischen Verlauf genommen.

3. Fortsetzung folgt)

Immer nur **Verwaltung?** — oder gar **Bürokratie?** — nein: **Dienst am Bürger!**

Ein Beispiel aus und für Herne

Vor einiger Zeit hatte ein Geschäftsmann aus Herne den Tod seiner noch verhältnismäßig jungen Frau zu beklagen. An ihrem Sarg standen mit der Trauerfamilie auch drei Kleinkinder, die sie ihrem Mann geboren hatte. —

Große Überlegungen im Familienkreis, was mit den Kleinkindern geschehen solle.

Mutter und Schwiegermutter des Geschäftsmannes waren bereit, sich zunächst in die Sorge und die Erziehung

der drei Kleinen zu teilen. Aber dabei wurde es rasch klar, daß das kein Dauerzustand sein könne, ganz davon abgesehen, daß die beiden Ersatz-Mütter nicht mehr in den jüngsten Jahren waren . . .

Ein ähnlicher Fall mit jedoch ganz anderen Umständen, der ebenfalls in unserer Stadt vor einiger Zeit eintrat: Ein Angestellter mit einem kleinen bis mittleren Einkommen verlor seine Ehegefährtin, als seine einzige Tochter sich noch im Medizin-Studium befand. Infolge der langen Krankheit der Verstorbenen und der Unkosten, die dadurch und auch durch das Studium entstanden, war der Haushalt sowieso schon auf „Sparflamme“ gelaufen. Das Angebot seiner Tochter, das Studium abzubrechen und ihrem Vater den Haushalt zu führen, lehnte der Vater ab. Wie aber weiterkommen . . . ?

In beiden Fällen und in noch vielen anderen konnte dennoch geholt werden. — Es stellte sich heraus, daß beide Verstorbenen vor ihrer Heirat berufstätig gewesen waren und daher „geklebt“ hatten: Marken für die Angestellten- oder Invalidenversicherung. Und das für eine Zeit, die über die Mindestversicherungszeit von 60 Monaten hinausging. — So konnte aus der Angestellten- oder Invalidenversicherung der verstorbenen Mutter ein Anspruch auf Waisenrente für deren Kinder geltend gemacht werden!

Ein solcher Anspruch wird aus der im Grundgesetz (Artikel 13) garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau hergeleitet. — Nach dem Tod der versichert gewesenen Mutter erstreckt sich dieser Anspruch für ihre Kinder bis zu deren vollendetem 18. Lebensjahr. Er kann sogar bis auf längstens 25 Jahre bei Berufs- oder Schul-ausbildung oder bei körperlichen und

geistigen Gebrechen ausgedehnt werden. —

Der Rentenanspruch beginnt mit dem Ersten des Todesmonats der Kindesmutter. Die Berufstätigkeit und das Erwerbseinkommen des Kindesvaters haben weder auf die Rentengewährung noch auf die Höhe der Rente irgendeinen Einfluß. —

Nun zurück zu den beiden Fällen, die wir oben zitierten. Der Geschäftsmann konnte aus der ihm für seine Kleinkinder zufließenden Rente einen beträchtlichen Zuschuß zu dem Gehalt einer Hausdame leisten, die seinen Haushalt führte und seine Kinder betreute. — Der Angestellte war über die größten Sorgen der Finanzierung des Studiums seiner Tochter hinweg.

Das Versicherungsamt Herne (im Hause Markgrafenstraße 8) hatte durch Zufall die geschilderten und noch einige andere Fälle erfahren, in denen der Anspruch auf Waisenrente durch den Tod der versichert gewesenen Kindesmutter bestand, aber aus Unkenntnis nicht geltend gemacht worden war. Da das Versicherungsamt gehalten ist, in allen Fragen der Sozialversicherung volle und zuverlässige Auskunft zu erteilen, leitete es aus seiner Aufgabe den Auftrag her, auch ungefragt alle Möglichkeiten zugunsten der Versicherten auszuschöpfen.

Merkblatt im Standesamt

Es verfaßte daher ein entsprechendes Merkblatt, das seit einiger Zeit durch das Herne Standesamt in allen den Fällen ausgegeben wird, in denen für die Kinder einer versichert gewesenen Mutter ein Waisenrentenanspruch gegeben sein könnte. Außerdem wies das Versicherungsamt in den „Mitteilungen der

Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“ (Jahrgang 1967, Seite 32) auf dieses Merkblatt hin.

Erstaunlicher Erfolg

Der Erfolg dieser Veröffentlichung war erstaunlich: Nicht weniger als rund hundert Gemeindeverwaltungen (Großstädte, Mittelstädte, Kreisverwaltungen usw.) haben bisher an das Versicherungsamt der Stadt Herne geschrieben und um Überlassung eines dieser Merkblätter gebeten. Sie alle wirken jetzt auf dem gleichen Weg über das jeweilige Standesamt aufklärend und — wie sich aus inzwischen eingegangenen weiteren Mitteilungen ergibt — mit einem immer größer werdenden Erfolg.

Hier liegt der erfreuliche Fall vor, daß Verwaltung und Organisation nicht Selbstzweck sind, daß eine Verwaltungsbehörde zugunsten ihrer „Kunden“ eine Initiative entwickelt hat, die weit über das übliche Maß hinausgeht. Hier hat sich einmal eine Behörde, ein Amt nicht damit begnügt, entsprechende Urteile des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts zur Kenntnis und in eine Aktensammlung zu nehmen, um dann damit schöne Aktenschränke zu füllen, sondern sie bemüht sich auch, das, was längst „rechtens“ geworden ist, „lebendig zu machen“, das, was kaum aber den Versicherten selbst bekannt ist oder bekannt werden kann, für diese Versicherten in die Wirklichkeit umzusetzen. Daß diese Wirksamkeit gleich zweifach ist, einmal für den eigenen Arbeits- und Pflichtbereich und zum anderen für den Bereich des ganzen Bundesgebietes, verdient, besonders erwähnt und — man darf das als nichtbefaßter „Laie“ und Bürger dieser Stadt ruhig einmal so ausdrücken — gelobt zu werden.

Jan Kondring

Alte Siegel und Stempel — Zeugnisse Herner Stadtgeschichte

von Stadtarchivar Dietrich Hildebrand

(bis 1928)

Die Siegel und Dienststempel, von denen hier berichtet werden soll, finden sich in den Aktenbeständen des Herner Stadtarchivs. Der Art nach handelt es sich bei diesen Stempeln genau genommen um Abdrücke von Dienstsiegeln, verstreut in den verschiedensten Akten des 19. und 20. Jahrhunderts. Die nachstehende Zusammenstellung ist das Ergebnis der Überlegung, daß es für manchen Bürger wie auch die Herner Verwaltungen interessant wäre, diejenigen Stempel kennenzulernen, die maßgebliche öffentliche Einrichtungen nicht nur ihren Akten, sondern damit auch ihrer Zeit aufgedrückt haben. Das aber kann wohl nur durch photographische Aufnahmen der in den Archivbeständen verstreuten Dienststempel und ihre

Wiedergabe in dieser konzentrierten Abhandlung geschehen. Bei den hier mitgeteilten Stempeln handelt es sich naturgemäß um „Zufallsfunde“, d. h., es konnten nur Dienstsiegel erfaßt werden, soweit und wann sie in den Akten vorkamen.

Um nun der selbst gestellten Forderung nach einer sinnvollen inneren und geschichtlichen Ordnung zu entsprechen, soll hier jede Behörde bzw. öffentliche Einrichtung nicht nach ihrem ältesten Stempel, sondern nach dem Jahr ihres Auftretens oder ihrer Entstehung in Herne rangieren. So stellt der Aufsatz gleichzeitig eine „Mini“-Behördengeschichte dar insoweit, als ihr jeweiliges Entstehungsjahr ein wesentliches, wenn auch zumeist mini-

males historisches Faktum ist. — Um zu einer guten Übersicht für den Leser zu kommen, sind die gleichartigen oder nach dem Arbeitsbereich zusammengehörenden Behörden nach dem Kriterium geordnet, ob sie kommunaler, staatlicher oder kirchlicher Natur sind bzw. ihre diesbezügliche Zugehörigkeit gewechselt hat.

1. Gemeindeverwaltung — Grundzelle öffentlicher Gemeinschaft

Zunächst zu der kommunalen Gemeinde Herne selbst. Ihre organisatorische Entstehung kann man auf das Jahr 1813 festsetzen, wenn man von dem Begriff „Gemeinde“ im engen Sinne ausgeht. Als „haranni“ wird Herne bekanntlich bereits vor 900 zuerst urkund-

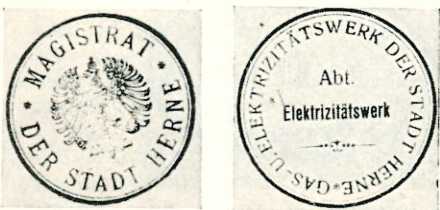
lich genannt. Noch bis 1809 figurierte Herne weitgehend als sogenannte Bauernschaft, der Begriff „Gemeinde“ kam, wie gesagt, erst ab 1813 auf. Das älteste bekannte Siegel der „Gemeinde“ Herne rührt aus dem Jahre 1855. Es ist sehr einfach gestaltet und enthält nichts



als die Behördenbezeichnung selbst. Als Schrift werden, wie auch bei den meisten noch folgenden Siegeln, große lateinische Buchstaben benutzt.

Mit dem Erheben Herne's zur Stadt im Jahre 1897 wurde auch hier ein Magistrat tätig, dem die Verwaltung der städtischen Gemeinde oblag. Das Siegel vom gleichen Jahre enthält noch außer der Umschrift das alte Herner Wappen mit der Mauerkrone und das genaue Datum der Erhebung zur Stadt. Eine Zeitlang führte der Magistrat noch ein anders gestaltetes Siegel, in dem der preußische Adler mit Krone, Schwert und Zepter enthalten ist (vor 1918).

Es können schon aus Raumgründen hier nicht sämtliche Siegel der Stadtämter bzw. städtischen Einrichtungen gebracht werden. Als Beispiel einer derartigen Stelle mit eigenem Dienststempel sei nur das Gas- und Elektrizitäts-



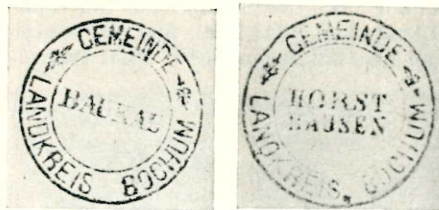
werk aufgeführt. 1903 wird es — zunächst als Gaswerk — tätig. Vorher, ab 1869, sorgte die Zeche Shamrock mittels Steinkohlengas für die Beleuchtung von Herne. — Seit dem Jahre 1906 wird Herne übrigens durch das Elektrizitätswerk Westfalen, Bochum, versorgt. Der hier abgebildete Dienststempel weist keine Besonderheiten auf, er wurde vom Elektrizitätswerk geführt und geht auf das Jahr 1909 zurück.

Wir kommen nunmehr zu der unruhigen Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die sich auch in den Siegeln abgezeichnet hat. So kam es 1918 auch in Herne zur Bildung eines „Arbeiter- und Soldatenrates“, der damals die politische Gewalt ausübte. Der primitive Stempel



ist hier abgebildet. Noch im Jahre 1919 hat der genannte Rat fortbestanden. Wenige Jahre später trat 1923 eine neue Obrigkeit auf den Herner Plan: „Le Commandant d'Armes délégué Place de Herne“ (= Der delegierte Militärkommandant — Standort Herne). Das Siegel hat eine ziemlich seltene, senkrecht stehende Ovalform und enthält in seiner Mitte die Großbuchstaben R. F. (République Française). Damit werden wir an die Franzosen erinnert, die im Zuge der Ruhrbesetzung in Herne sich die Gemeindeverwaltung angemaßt hatten.

Zum Abschluß dieses Abschnitts über die Gemeindeverwaltung mögen die kleineren Gemeindeverwaltungen stehen, aus denen die jetzige Gesamtstadt Herne entstanden ist. Baukau (der Begriff „Gemeinde“ taucht auch für diese und die im folgenden genannten Gemeinden etwa gegen 1813 auf)



wird z. B. 1486 als Landsteuer zahlend erwähnt. Das hier abgebildete Siegel stammt von 1881. Die Eingemeindung Baukau's nach Herne geschah im Jahre 1908. Ähnlich verhält es sich mit Horsthausen, das 1486 als zu Sodingen gehörig aufgeführt wird. Der Stempel, in dem der Ortsnamen getrennt ist, datiert von 1884. Auch Horsthausen wurde 1908 nach Herne eingemeindet. Während die beiden zuletzt erwähnten Dienstsiegel das Wort „Gemeinde“ als Bezeichnung der Kommune enthalten, unterscheiden sich die Siegel der Orte des ehemaligen nach Herne eingegliederten Amtes Sodingen insoweit von dem Baukauer und dem Horsthauser. „Gemeindevorstand“ heißt es im Dienstsiegel von Holthausen, der Zusatz „Amt Sodingen“, das von 1902 bis 1928 bestand, läßt erkennen, daß auch das Siegel aus dieser Zeit herrührt, als Holthausen weder, wie vorher, zum Amt Castrop, noch, wie nachher, zu Herne gehörte (1928).



Aus dem Jahre 1888 ist der Dienststempel von Sodingen, das als „Gemeindevorsteheramt“ firmiert.

Börnig, das mit Holthausen und Sodingen das Amt Sodingen bildete und dann Herne eingegliedert wurde, ist mit einem Siegel von 1924 vertreten, in dem es sich des Ausdrucks „Gemeindevorstand“ bedient.



2. Gemeindeverbände oder Gebietskörperschaften

Kleinere Gemeinden sind vielfach zu Gemeindeverbänden bzw. Gebietskörperschaften zusammengeschlossen. Der Name für diese Organisationen wechselte. Die älteste Herner Verwaltungsbehörde, von der auch Akten im Stadtarchiv beruhen, war die Steuerrezeptur. Von dieser sind Siegel offenbar nicht vorhanden und wohl auch nicht gebraucht worden. Dies tat erst ihre Nachfolgerin. Das war die zur Zeit der napoleonischen Machtentfaltung in Herne amtierende „Mairie Herne“, die nach Ausweis der überlieferten Archivalien von 1809—1813 fungierte. Das untenstehende Dienstsiegel (1811) zeigt wieder die vom Militärkommandanten in Herne bekannte hochovale Form. Aus der Umschrift ist die territoriale Zugehörigkeit von Herne zu der damaligen Zeit ersichtlich, nämlich Großherzogtum Berg, Departement Ruhr. Mairie Herne bedeutet soviel wie Bürgermeisterei. Diese Mairie umfaßte seinerzeit 11 Gemeinden, und zwar Herne, Baukau, Horsthausen, Pöppinghausen, Bladenhorst, Hiltrop, Bickern, Eickel, Röhlingshausen, Holsterhausen und Crange.

Damit kommen wir auch zur Nachfolgebehörde der Mairie, der Bürgermeisterei Herne. Sie ist die erste preußische Verwaltungsbehörde, von der im Herner Stadtarchiv Akten aus den Jahren 1813 bis 1844 vorhanden sind. Das



Dienstsiegel der Behörde (1817) zeigt folgerichtig auch den preußischen Adler mit den königlichen Insignien. Die Bürgermeisterei Herne hatte, nebenbei bemerkt, bis 1817 ihren Sitz in Eickel, bis 1835 in Bochum, erst danach in Herne selbst.

Ab 1844 wurde aus der Bürgermeisterei, den städtischen Archivakten folgend, das Amt Herne, das bis 1897 bestand. Ein früherer Stempel enthält, von der Behördenumschrift umgeben, den schon von der Vorgängerbehörde bekannten königlich-preußischen Adler (1847). In dieser Periode verlor das Amt Herne übrigens 5 seiner Gemeinden.

Diesen Adler enthält auch der Dienststempel des Amtes Baukau, das 1897 aus dem gleichnamigen Ort sowie Horsthausen und Bladenhorst geschaf-

fen wurde und bis 1908 bestand. Dann ging es in Herne auf. Im Jahre 1899 z. B. wurde ein Siegel, wie abgebildet, benutzt.

Schließlich zum auch kurzlebigen Amt Sodingen (1902—1928), das ebenfalls in Herne aufgegangen ist. Das Siegel, das aus der Zeit vor der Ein-



gemeindung datiert, genau gesagt von 1919, zeigt einen anderen als die bisher erwähnten Ämter, nämlich den der Republik Preußen, es fehlen also Krone, Schwert und Zepter.

3. Polizei und Ordnungsverwaltung

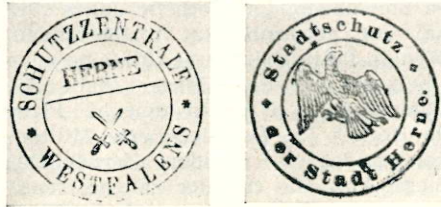
Handelte es sich bisher um rein kommunale Behörden, soll nunmehr von den Behörden die Rede sein, die teils in staatliche Zuständigkeit übergangen und teils im Auftrage des Staates kommunale Angelegenheiten wahrnehmen.

Zu den ersteren rechnet die Polizei. — Polizeiliche Aufgaben gab es schließlich seit altersher. Will man den Beginn der Herner Polizeiverwaltung festlegen, kann man vielleicht das preußische Gesetz aus dem Jahre 1841 über die Verwaltung der Polizei in den Amtsbezirken der Provinz Westfalen zugrunde legen, in dem der Begriff „Polizeiverwaltung“ enthalten ist. Kurz darauf, im Jahre 1849, wird im Protokollbuch der Herner Gemeinde auch ein



Polizeidiener erwähnt. Ein Siegel der „Polizeiverwaltung Herne“ ist aus dem Jahre 1887 bekannt. Es zeigt den üblichen königlich-preußischen Adler mit der kleinen Abweichung, daß das Tier auf der Brust die Initialen des damaligen preußischen Königs trägt, F. R. (Fridericus Rex = König Friedrich). Im Jahre 1909 wurde die königliche — also staatliche — Polizei eingeführt. Städtisch blieben aber noch Bau-, Armen-, Schul-, Gesundheits-, Markt- und Feuerpolizei.

Während der französischen Besatzungszeit (1924/25) leitete der Oberbürgermeister die Polizeiverwaltung. Im Jahre 1925 wurde der Polizeibezirk Herne aufgelöst und im nächsten Jahre die Polizeiverwaltung Wanne-Eickel dem nunmehrigen Polizeiamt Herne angegliedert. Von der städtischen Polizeiverwaltung Herne liegt der oben abgebildete Dienststempel aus dem Jahre 1929 vor.



Nach der Novemberrevolution entstand im Jahre 1919 eine polizeiähnliche Einrichtung, die „Schutzzentrale Westfalens“, die auch in Herne vertreten war. Der entsprechende Dienststempel zeigt in der Mitte u. a. zwei gekreuzte Schwerter, die Schutzzentrale selbst bestand bis etwa 1923 und erhielt Zuschüsse vom Staat und von Zechen. Eine ähnliche Einrichtung oder unter Umständen der Nachfolger der Schutzzentrale war der Stadtschutz der Stadt Herne. Das Siegel weist in der Mitte einen Adler auf, selbstverständlich ohne die königlichen Insignien, stammt doch der Stempel aus der republikanischen Zeit (1924). Aus den Jahren 1902 bis 1928 liegen Akten einer Polizei-



verwaltung Sodingen vor. Aus diesen hier ein Siegel von 1904. Auch von der Polizeiverwaltung Baukau ist ein Stempel aus dem Jahre 1906 vorhanden. Beide Dienstsiegel zeigen den bekannten königlich-preußischen Adler.

Von den Polizeibehörden im engen Sinne gehen wir nun zu weiteren Ordnungsbehörden über. Eine solche ist das Eichamt Herne, das im Jahre 1878 ein Amtlokal errichtete. Auch ein kleines Siegel dieses Amtes können wir hier zeigen, und zwar aus dem Jahre 1891. Kurz vor dem ersten Weltkriege, 1912, übernahm der Staat das Eichamt. Seitdem ist das Eichamt Bochum für Herne zuständig.



Ein Stadtamt, das staatliche Aufgaben auftragsgemäß durchführt, ist das Standesamt. Das Herner Standesamt besteht schon seit dem Jahre 1874, das Sodinger arbeitete von 1902 bis 1934.



Im Jahre 1897 wurde das Standesamt Baukau eingerichtet. Analog der Tatsache, daß die Standesämter staatliche Aufgaben weisungsgemäß durchführen, führten sie vor 1945 den preußischen Adler in ihrem Dienststempel.

Um noch einmal auf die Polizei zurückzukommen. — Das Wort Polizei stammt aus dem Griechischen und ist über das lateinische „politia“ ins Deutsche gelangt. Noch bis ins Mittelalter hinein hatte das Wort die Bedeutung „Staatsverwaltung“. Die moderne Auffassung von der Ausrichtung der Polizeigewalt auf die Gefahrenabwehr setzte sich endgültig erst 1882 nach dem sog. „Kreuzberg-Urteil“ durch. Diese Verengung des Polizeibegriffes wurde dann im § 14 des Preuß. Polizeiverwaltungsgesetzes verankert. Zur Zeit ist die Entwicklung auf eine Trennung von Polizei und Ordnungsverwaltung hinausgelaufen.

4. Bautechnische Ämter — Träger sachlicher Ordnung

Nahe verwandt den Polizeiverwaltungen, die die Ordnung menschlicher Beziehungen zum Ziele haben, sind die bautechnischen Ämter, deren Anliegen die Ordnung materieller Angelegenheiten ist. Auch auf diesem Sektor stehen kommunale und staatliche Ämter nebeneinander. Das städtische Bauamt Herne war nach den Akten bereits kurz nach dem Stadtwerden, nämlich 1898, in voller Aktion. Das Siegel



von 1912 ist vor allem wegen seiner verhältnismäßig selten vorkommenden waagrecht-ovalen Form hier im Bilde gezeigt. Offenbar war das die ältere Form von Dienststempeln, der wir gleich noch einmal begegnen werden und ja auch als fremden Formen schon früher (französische Siegel) begegnet sind.

Staatlich dagegen ist das Katasteramt. Das Herner Amt wurde 1899 eingerichtet. Im wesentlichen führte es ein Grundstücksverzeichnis aus steuerlichen Gründen. Seinen staatlichen Charakter trug und trägt das Amt insofern, als ein Mitspracherecht der Regierung gegeben ist. — Zunächst kam das Herner Amt im Neubau Kreppel, in der Vinckestraße, unter. Noch kurz vor dem zweiten Weltkriege, im Jahre 1938, konnten die vereinigten Katasterämter Castrop, Wanne und Herne in das Obergeschoß des alten Herner Amtsgerichts einziehen. In neuerer Zeit, 1948, sind die nordrhein-westfälischen Katasterämter kommunalisiert worden. Sie sind aber Sonderbehörden, die dem Ministerium unterstehen. Der unten abgebildete Dienststempel stammt aus dem Jahre 1921. Trotzdem zeigt der

preußische Adler darauf noch die königlichen Attribute, als Zugeständnis an die damals ja bereits bestehende Republik Preußen hat man lediglich die Abkürzung für das Wort königlich aus dem Stempel entfernt.

Nicht immer ist der Tätigkeitsbeginn eines Amtes exakt zu bestimmen. Das ist in Herne beispielsweise bei der Städtischen Friedhofs- und



Gartenverwaltung der Fall. Vielleicht kommt man den Tatsachen am nächsten, wenn man den Beginn dieses Amtes mit der Anlage des kommunalen Friedhofes an der Wiescherstraße gleichsetzt. Das war das Jahr 1904. Ein älteres Siegel der Städt. Friedhofs- und Gartenverwaltung von 1914 hat aufrechtstehende, ovale Form und zeigt das alte Herner Stadtwappen. Ein neuerer Dienststempel vom Jahre 1925 zeigt ebenfalls das Wappen, allerdings ist er rund. Bemerkenswert ist außerdem, daß das Stadtamt in diesem Jahre sich unter Ausschaltung der Gartenverwaltung ausschließlich mit der Friedhofsverwaltung zu befassen scheint.

5. Die technischen Verkehrs-Behörden: Bahnen und Post

Auch in diesem Bereich finden wir wieder das Nebeneinander von staatlichen und kommunalen bzw. kommunal beeinflussten Behörden oder Einrichtungen. Will man auf das Gründungsjahr der Herner Post als einer öffentlichen Institution kommen, so bietet sich dafür das Jahr 1840 an, in dem Herne eine Postexpedition zweiter Klasse erhielt (siehe mein Aufsatz — Herner



Postgeschichte in fünf Perioden in „Herne — unsere Stadt“ 1965, Nr. 5). Ein in den Akten vorhandenes Dienstsiegel der Post ist oval und aufrechtstehend und zeigt neben dem königlichen preußischen Adler das bekannte Posthorn. 1860.



Nicht viel später wurde die Herne berührende Köln-Mindener Eisenbahn dem Verkehr übergeben, und zwar im Jahre 1847. Das ovale liegende Siegel zeigt das Abbild einer zeitgemäßen Lokomotive und ist damit für die Technikgeschichte aufschlußreich. Ein Siegel von der Eisenbahnstation Herne selbst ist wesentlich späteren Datums (1893) und zeigt den üblichen königlichen Adler.

In diesem Zusammenhang sollen auch die Straßenbahnen nicht unerwähnt bleiben. Als Beispiel für die verschiedenen Herner Straßenbahnen greife ich die Strecke Herne—Recklinghausen heraus, von der ein Siegel vorliegt. Diese Bahn wurde 1898 eröffnet, 1920 wurde sie bis Bochum durchgeführt, 1924 wurde der Abschnitt Herne—Recklinghausen zweigleisig ausgebaut. Über das Siegel von 1901 ist nichts besonderes zu sagen, es enthält lediglich den genauen Benennungstext der Straßenbahndirektion.



6. Behörden des Geldverkehrs: Banken, Kassen, Finanz- und „Steueramt“

Der Bereich dieser Behörden zeichnet sich je nach ihren besonderen Merkmalen durch eine beachtliche Vielfalt aus. Staatliche Behörden stehen neben solchen mit kommunaler Beteiligung; eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist darunter sowie ein spezieller Ausschuß, — Ich beginne mit der Sparkassenverwaltung des Amtes Herne, die nach der vor einiger Zeit herausgekommenen Festschrift 1867 zu arbeiten begann. Das unauffällige Siegel stammt aus dem Jahre 1884.

Volle 30 Jahre vergingen, bevor in Herne 1897 die erste Reichsbank-nebenstelle errichtet wurde. Ihr Dienstsiegel ist vom Jahre 1910. Heute heißt die ehemalige Reichsbank „Landeszentralbank“. — In der Jahrhundertwende, im Jahre 1900, entstand das königliche Steueramt Herne. Das un-



tenstehende Siegel ist vom Jahre 1902. Im Jahre 1912 erhielt diese Behörde die ihren Aufgaben nunmehr entsprechende Bezeichnung „Zollamt“. Ein zum Abdruck geeignetes Siegel ist leider nicht in den Akten vorhanden.

Nach diesen beiden staatlichen Behörden tritt im Jahre 1914 die „Allgemeine Ortskrankenkasse“



für den Bezirk des Versicherungsamtes der Stadt Herne auf den Plan. Die Kasse unterliegt staatlicher Aufsicht, ist aber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit einer Selbstverwaltung durch die beteiligten Arbeitgeber sowie die Versicherten. Im Jahre 1916 erwarb die Ortskrankenkasse das Grundstück Schulstraße 24. Es wurde 1921 umgebaut. Im Jahre 1925 kam die Badeanstalt in der Hermann-Löns-Straße 3 hinzu. Das am Schluß dieses Abschnittes gezeigte Siegel ist von 1929.

Bald nach dem ersten Weltkriege tritt 1920 das Herner Finanzamt in Erscheinung. Vorher war für seine Aufgaben die „Preuß. Einkommenssteuer-veranlagungskommission, Bochum“ zuständig, die der Regierung unterstellt war. Wir haben es also eindeutig mit einer staatlichen Einrichtung zu tun (Regierung — eine Staatsbehörde). — „Herne — unsere Stadt“ berichtete im Januar-Heft 1965, daß das Finanzamt für den damaligen Stadtkreis Herne auch für das Amt Bladenhorst (Landkreis Bochum) und für das Amt Sodingen (Landkreis Dortmund) zuständig war. Nach diesem Bericht war das Amt zunächst in einem Hause der damaligen Königstraße, der heutigen Freiligrathstraße, und zwar in dem jetzigen Eckwohnhaus zur Kirchstraße, untergebracht. — Später, wohl in den Jahren 1923 und 1924, fand das Finanzamt Unterkunft in einem inzwischen abgebrochenen Anbau des Eckhauses am ehemaligen Schulgrundstück Mont-Cenis-Straße 10a, Ecke Schulstraße. Im Jahre 1926 wurde ein Neubau auf dem von der Stadt am 15. Mai 1924 geschenkten Grundstück Markgrafenstraße 12 bezogen. Er mußte in den Jahren 1958/59 durch einen Seitenflügel an der Bebelstraße erweitert werden. — Aus dem Jahre 1926 datiert das unten abgebildete Dienstsiegel.

In den Jahren 1920/21 erfahren wir vom Bestehen eines „Ausschusses zur Feststellung von Entschädigungen für Aufrührerschäden für . . . Herne“.

Im Jahre 1920 waren bei den sogenannten Märzunruhen und im folgenden Jahre durch den Polenaufstand Schäden entstanden. Der genannte Ausschuß dürfte zu deren Regelung eingesetzt gewesen sein. Das Siegel des Ausschusses mit dem vollen Text ist hier wiedergegeben.



7. Die richterliche Gewalt — Alternative zur vollziehenden Gewalt

Von den nach der Gewaltenteilung bestehenden 3 Gewalten als Behörden der gesetzgebenden, der ausführenden und der richterlichen, kommen auf Orts-ebene nur die beiden letzteren in Betracht. Im Gegensatz zu den bisher behandelten Verwaltungseinrichtungen ist nun die Verkörperung der richterlichen Gewalt an der Reihe. Der ehrenamtliche Beauftragte der Justizverwaltung zur gütlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeit bz. zur Durchführung eines Sühneversuches in Privatklassensachen, ist der Schiedsmann. Im Amt Herne wurden 1873 acht Bezirke für Schiedsmänner eingerichtet. Ein Siegel des „Amt des Schiedsmanns“ aus dem Jahre 1902 ist hier gezeigt. Die Besonderheit der in den Akten vorgefundenen Siegel dieses Amtes ist, daß jeglicher Ortszusatz fehlt.

Die unterste Stufe der deutschen Gerichtsbarkeit aber ist das damals noch königlich-preußische Amtsgericht. Das Herner Amtsgericht wurde erstmals 1892 für den Bereich des Amtes Herne tätig. Das königlich-preußische Dienstsiegel wurde noch lange nach der Revolution, auf jeden Fall noch 1921, verwendet. Man hat bloß die Abkürzung „Kgl.“ aus der Umschrift des Stempels entfernt und ließ sogar dem Adler einen Teil der Krone.



Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat ein weiteres Gericht ins Leben, und zwar im Jahre 1902 das Gewerbegericht, mit dem das Innungs-Schiedsgericht vereint worden war. Nach dem Adler zu urteilen, mit dem der Dienststempel aus dem Jahre 1909 versehen ist, handelt es sich, wie beim Amtsgericht, ebenfalls um eine staatliche Institution.

Eine Einrichtung der Gemeinde dagegen ist der Stadtausschuß des Kreises Herne, der im Zeitpunkt, als Herne Stadtkreis wurde, also 1906, zu arbeiten begann. Der Ausschuss war gewissermaßen eine Kommission des öffentlichen Interesses für zu erteilende Genehmigungen nach dem Gaststättengesetz und



der Reichsgewerbeordnung. Ein späteres Siegel von 1931 mit einem „republikanischen“ Adler fand sich in den Akten. Der Nachfolger dieses Ausschusses ist offenbar das Stadtverwaltungs-

gericht, das 1934, als der Stadtausschuß seine Tätigkeit einstellte, die Arbeit aufnahm. Das hier abgebildete Siegel zeigt einen wehrhaften Adler mit dem Hakenkreuz und darüber ein „Gott mit uns!“ — O quae mutatio rerum! — (Wie sich doch die Dinge ändern!) Der fromme Wunsch hat sich offensichtlich nicht erfüllt.

8. Im Dienst des höchsten Richters: Die Kirchen

Mit den Glaubensgemeinden kommen wir nach Behandlung der kommunalen und staatlichen Einrichtungen zur dritten Gruppe siegelführender öffentlicher Einrichtungen. Siegel der vorreformatorischen katholischen Pfarrgemeinde St. Dionysius in Herne können wegen des Fehlens abdruckfähiger Stempel leider nicht gezeigt werden. Die ältesten der in dieser Arbeit wiedergegebenen späteren Siegel dürften aber weitgehend Nachbildungen des alten Dionysius-Pfarr-Siegels sein.

Die lutherische Gemeinde in Herne kann man als um 1561 entstanden annehmen. In diesem Jahr begann nämlich der Prediger Messing sein Wirken im Sinne der Reformation im uralten St.-Dionysius-Kirchspiel Herne. Seine Gemeinde nahm die alte romanische Kirche in Besitz, deren Grundriß auf dem alten Friedhof und nachmaligen Haranni-Platz, dem heutigen Kraft-Messing-Platz, im Boden durch Steinplatten nachgezeichnet ist. Ihr Siegel ist nicht direkt bekannt oder überliefert, aber die Gestaltung des unten beschriebenen und abgebildeten Siegels, das im Jahre 1820 im Gebrauch war, rechtfertigt wohl die Annahme, daß das Pfarrsiegel aus der Zeit kurz vor und nach der Zeit des Predigers Messing weitgehend ähnlich ausgesehen hat.

Die Schloßkapelle von Strünkede, die durch das Auffinden der zwölf Weihkreuze an den Wänden als von einem Bischof feierlich konsekriertes katholisches Gotteshaus (im Gegensatz zu einer einfachen „Hauskapelle“) nachgewiesen ist, wurde um das Jahr 1252 von Bernd von Strünkede erbaut. Sie wird, lange bevor die Strünkeder im



Jahre 1668 endgültig das reformierte Bekenntnis einführt, als reformierte Kirche gedient haben. Ihr auffallend einfaches ovales Siegel, das leider nur in einem unzulänglichen Abdruck gezeigt werden kann, dürfte aber einen Hinweis auf die alte Gestalt der Kapelle geben. Der schwer zu erkennende Text lautet: „Ref(ormierte) Kirche zu Strünkede“.

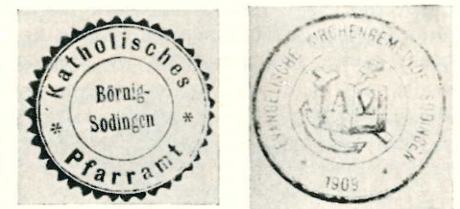
Auch von der späteren evangelisch-lutherischen Gemeinde Herne sei hier ein Siegel wiedergegeben, das noch im

Jahre 1820 verwendet wurde. Der lateinische Text der Umschrift lautet: „Sigill(um) Eccles(iae) Evang(elic)e Luther. Hernensis.“ Die Siegelmitte enthält, offenbar noch aus den ältesten Siegeln übernommen, die Abbildung des heiligen Dionysius als Kirchenpatron. Das Bildnis ist von einer kleineren Umschrift eingefaßt, die lautet: „Dionysius Patron. Eccles. Hern.“ (Dionysius, Patron der Herner Kirche). Ein Aktenstück aus dem Jahre 1884 hat ein einfacheres Siegel bewahrt, das ohne Differenzierung nach der lutherischen oder reformierten Richtung, aber immer noch mit dem alten Siegelbildnis des heutigen Dionysius als Pfarrpatron, in lateinischer Sprache die Umschrift trägt: „Siegel der Herner Evangelischen Kirche“. (Sigill. Eccles. Evangel. Hernensis)



Das Anfangsjahr der Synagogengemeinde Herne dürfte mit dem Zeitpunkt der Verleihung der Korporationsrechte durch die Regierung im Jahre 1889 gleichzusetzen sein. Das 1892 benutzte Siegel mit dem Text: „Synagogen-Gemeinde zu Herne“ wird hier wiedergegeben. Die in der sogenannten Kristallnacht von den Nationalsozialisten abgebrannte Synagoge war übrigens 1911 eingeweiht worden.

Drei Jahre nach der Synagogengemeinde wurde 1892 die katholische Pfarrgemeinde Börnig-Sodingen errichtet. Vor dieser Zeit war Börnig eine Filialgemeinde von Castrop. Diese Gemeinde möge hier in der Erwähnung und Abbildung des Sie-



gels für eine katholische Pfarrgemeinde der Neuzeit und ihr Pfarramt stehen. Der hier abgebildete Stempel von 1900 weist bis auf den gezackten Rand keine Besonderheiten auf.

Neben der lutherischen und reformierten Kirchengemeinde sei weiter eine evangelische Kirchengemeinde zitiert, die 1909 entstandene evangelische Kirchengemeinde Sodingen. Ihr Stempel vom Jahre 1918 verzeichnet das Gründungsjahr der Gemeinde in der Umschrift, im Siegelinnern sind drei kirchliche Symbole, nämlich Bibel, Kreuz, Anker (die Symbole für Glauben, Liebe, Hoffnung) enthalten. Die beiden Buchstaben auf der aufgeschlagenen Bibel sind die griechischen Buchstaben Alpha und Omega („Ich bin der Anfang und das Ende“).

9. Konfessionelle Krankenhäuser

Von kirchlicher Seite begründet und geführt sind auch die Herner Krankenhäuser. Das älteste ist das kath. Krankenhaus „Marienhospital“, dessen späterer Mitteltrakt 1883 eröffnet wurde. Im Jahre 1888 kam der Anbau an der Südseite, 1892 der an der Nordseite hinzu. Ein wichtiges Datum ist das Jahr 1894, damals erhielt das Hospital die Rechte einer juristischen Person und wird seither durch ein Kuratorium verwaltet.



Der große Flügel an der Marienstraße wurde 1904 erbaut, bis schließlich 1966 der moderne Neubau am Hölkeskampung bezogen und 1967 das alte Haus abgebrochen wurde. Vom Marienhospital steht allerdings nur ein ganz neues, nüchtern-modernes Siegel von 1967 zur Verfügung, das keine Besonderheiten zeigt. Es sei, abweichend von der zeitlichen Eingrenzung im Titel dieser Arbeit, „stellvertretend“ für seine Vorgänger hier auch dargestellt.

Vier Jahre nach dem katholischen wurde im Jahre 1887 das evangelische Krankenhaus dem Betrieb übergeben.



Der erste Seitenflügel wurde von 1894 bis 1895 angebaut, 1901 wurde das zunächst einstöckige Haus dreistöckig hochgezogen und 1908/09 der zweite Seitenflügel angebaut. Im laufenden Jahr 1967 wird anlässlich des 80jährigen Jubiläums des alten Hauses ebenfalls ein Neubau vollendet. Das Siegel (Verwendungsjahr 1895) offenbart die kirchliche Zugehörigkeit des Krankenhauses und stellt gewiß in der Reihe der hier dargestellten Siegel eine Besonderheit dar. In der Mitte des spitz-ovalen Stempels wird auf das Evangelium Matthäi, 25. Kap. Vers 36 hingewiesen, das da lautet: „Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich bekleidet. Ich bin krank gewesen, und ihr habt mich besucht. Ich bin gefangen gewesen, und ihr seid zu mir gekommen.“

Eine Einrichtung des Militärs in Kriegszeiten sind Reservelazarette in der Heimat. Ein solches bestand während des 1. Weltkrieges auch in Herne. Das geht aus einschlägigen Akten über Mietzahlungen hervor. Das Siegel dieses Lazaretts zeigt in der Mitte den staatlichen Adler.



10. Schulen — unter Staatsaufsicht

Unter Staatsaufsicht stehen seit langem die Schulen. Die hier berührten Herner Volksschulen gehörten früher zum Hoheitsbereich der Kirchen, damals lange Zeit zu dem der Gemeinden, heute weitgehend zu dem des Staates. Insofern stellen sie in unserer Betrachtung über Behörden und ihre Dienstsiegel ein Bindeglied zwischen der letzten Gruppe der kirchlichen Einrichtungen und der ersten der kommunalen dar. Hiermit hat sich auch der Ring der behandelten Behörden und öffentlichen Einrichtungen geschlossen.

Die noch erreichbaren Abdrucke der Siegel sämtlicher Schulen zu veröffentlichen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Ich schreibe daher über je eine Vertreterin der Gruppe der katholischen, der evangelischen, der weltlichen und der Sonderschulen. — Da ist der Dienststempel des Schulvorstandes der katholischen Schule zu Gysenberg-Sodingen. Diese Schule wurde 1886 eingerichtet, aus dem gleichen Jahr stammt eines der Siegel. Nach der späteren Aufhebung der paritätischen Schule bekam die in der Händelstraße gelegene Schule die Bezeichnung „Marienschule“.

Die evangelische Schule Börsinghausen, damit kommt das nächste Beispiel, besteht seit dem Jahre 1902. Nach der Kommunalisierung der Volksschulen im Amt Sodingen heißt die Schule „Lutherschule Sodingen-Holthausen“. In ihr besteht übrigens seit langem eine Badegelegenheit für Schulkinder und Bevölkerung. Das Siegel ist oval, liegt waagrecht und stammt aus dem Jahre 1927.



In Herne wurde 1920 auch eine „Sammel-schule“ errichtet. Das Dienstsiegel umreißt den Charakter der Schule deutlich: „Bekenntnisfreie (weltliche) Schule Herne“. Sie war seinerzeit im Gebäude des alten Herner Rathauses untergebracht, das 1865 als evangelische Schule in der Mont-Cenis-Straße erbaut worden war. Das Siegel stammt aus dem Jahre 1929.



Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Herner Tageszeitungen, daß Rektor Hausmann die Einrichtung der 1. Sonderschulklasse zu verdanken wäre. Ihr genauer Name lautet nach dem 1927 benutzten Dienststempel „Hilfsschule des Amtes Sodingen“.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, daß bei der laufenden Erschließung der Akten im Stadtarchiv Herne ein reicher Schatz sowohl auswärtiger wie auch noch weiterer Siegel aus dem Bereich von Herne ermittelt wurde. Besonders die letzteren wären einer weiteren Auswertung wert. — Vor allem denke ich dabei an die zahlreichen Stempel besonderer Persönlichkeiten, privater Organisationen und Herner Vereine. In einem weiten Umfang haben diese Vereine das gesellige Leben Hernes beeinflusst, das heißt also, ihm — ich muß es eigens betonen — wirklich „ihren Stempel aufgedrückt“. Man könnte nach meiner Auffassung von Herne mit Rücksicht auf sein besonders stark ausgeprägtes Vereinsleben als der „Stadt der Hobbies“ sprechen.

Es wurde auf den Abdruck der für diese Arbeit besonders umfangreichen Liste der Quellenangaben und Fundstellen verzichtet, da sie nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Fachleuten interessieren. Diese Unterlagen bleiben im Stadtarchiv für Interessenten zugänglich.

Ostarchivalien

Die Gattin unseres Stadtarchivars, Dr. phil. Sigrid Hildebrand, die als Historikerin und bekannte Spezialistin für die Geschichte des Deutschtums im Osten eine umfassende und in ihren Forschungen ständig erweiterte Übersicht über ostdeutsches Archivgut besitzt, teilte uns unter dem 7. Juli 1967 nachstehende Ostarchivalien mit.



Sgraffito von Jauer in der Patenstadt Herne.

Als Ergänzung zu den im Heft „Herne — unsere Stadt“ Nr. 3 vom März 1965 mitgeteilten Ostarchivalien, die Patenstädte Jauer und Strehlen betreffend, konnten beim weiteren Aufbau der um-

fangreichen Ostkartei in Marburg/L. noch andere Stücke über diese Städte festgestellt werden. Zum allgemeinen Verständnis sei hier bemerkt, daß diese Nachweisungen bei der systematischen Durchforschung der westdeutschen Archivalien und Bibliotheken nach Ostarchivalien und Gelegenheitsdrucken erfaßt wurden. Sie stellen mithin keine geschlossene „Ostsammlung“ dar, sondern sind vielfach nur Einzelfunde.

1) Im Staatlichen Archivlager Göttingen, welches u. a. das sehr wertvolle Ordensbriefarchiv aus Königsberg/Pr. beherbergt, wurden unter den Nummern 9281, 9282 folgende Eintragungen festgestellt: Opitz von Czirna, Hauptmann zu Strehlen auf dem Romsberge, schreibt an den Hochmeister bzw. an die Stadt Thorn: Er fordert Entschädigung und Genugtuung für die Überfallung Hans Mosche's bei Frankfurt durch die Gebrüder Michel und Conrad und die Dorfschaft Justewenzen, Claws vom Borne, die Sydows und Marnar von Czellynen, Gebrüder, in der Neumark auf dem Romsberge, 1447, Febr. 16. u. 17.

Die weitere Nr. 9521 hat folgenden Inhalt: „Opitz v. Czirna, Hauptmann zu Strehlen, gesessen auf dem Romsberge, entsagt aller Feindschaft gegen den Hochmeister und Orden von wegen des Henrich Scolheyen“ Auf dem Romsberge (Rummelsberg bei Strehlen) 1448, Mai 14. —

2) Die Landesbibliothek Oldenburg

a) besitzt eine große Anzahl gedruckter Schulprogramme der Gymnasien, so auch von Jauer: Kgl. Gymnasien 1902, 1905 und von Strehlen: Kgl. Kaiser-Wilh.-Gymnasium 1901—1903, 1909, 1911 bis 1912. (Mehrere Exempl.)

b) In der Landesbibliothek Hannover wurden Schulprogramme von Strehlen festgestellt; (aus der 2. Hälfte des 19. Jh.). Aus dem vielseitigen Inhalt dieser sog. Austauschprogramme erhält man ein lebendiges Bild des damaligen Schullebens mit Angaben von Namen der Lehrpersonen und Schüler und nicht zuletzt des Lehrstoffes.

3) Aus einem in der Universitätsbibliothek Köln vorhandenen Katalog: „100 Jahre deutscher Wirtschaft in Fest- und Denkschriften von Hermann Corsten“; Kurt Schroeder Verlag Köln 1937 (Kölner bibliogr. Arbeiten, Bd. 2) wurden für Strehlen folgende interessante Nachweisungen ermittelt: Nr. 3414: „Geschichte der Strehlener Nagelschmiede und ihrer Innung von J(osef) A(lfred) Hoffmann. Breslau: Asser in Komm. 1932, 11 S. 8°. Aus „Ostdeutsch. Schmiedemeister“, Jg. 21. — Nr. 3415: „Geschichte der Strehlener Schlosser und Metallarbeiter und ihrer Innung“. Von J(osef) A(lfred) Hoffmann. — Strehlen, Asser in Komm. 1934; 28 S. 8°. Nr. 3416, „Aus der Geschichte der Strehlener Schneiderinnung“. Vortrag, gehalten J(osef) A(lfred) Hoffmann. Strehlen: Asser in Komm. 1932. 42 S. 8°. — Nr. 3417 „Aus der Geschichte der

Strehlener Schuhmacherinnung“. Vortrag, gehalten bei der Feier des 500jährigen Bestehens der Strehlener Schuhmacherinnung am 8. 11. 1931, von J(osef) A(lfred) Hoffmann. Hannover: Asser in Komm. 1932. 14 S. 8°. Aus „Der deutsche Schuhmachermeister“. Jg. 5, 6. — Der Katalog erwähnt als Lagerungsorte die Preußische Staatsbibliothek und die Breslauer Universitäts- und Staatsbibliothek. Die Vorträge wurden jedoch veröffentlicht, daher dürfte es möglich sein, sie noch auf anderem Wege zu beschaffen. —

4) Das Stadtarchiv Braunschweig verzeichnet unter der Signatur: A II 90 (Arch. Bibl.) Nr. 267 a (A) S. 54 ff. „Kürschner“ Personalurkunden 1741—1840 und zwar in der Unternummer 27: Kundschaft für Meywald, Carl Friedrich aus Gauer-Jauer in Schlesien, 20 Jahre alt. — 1768 Juni 6. Helmstedt. — Unternummer 75: Kundschaft für

Otto, Carl Gottfried aus Jauer, 22 Jahre alt. — 1795, Juli 20. Hamburg. —

5) Als Einzelfund wurde im Staatsarchiv Nürnberg aus dem Bestand: Geburts- und Lehrbriefe, Rep. 78 a folgende Eintragung aufgenommen in Nr. 360: „Gebr. Schiekardt, Joh. Heinrich, jüngster Bruder des Christian Schiekardt, Inwohner und Schneider in Jauer, der bei der Kanzlei ihrer Herrschaft Graf Hochberg den Antrag auf Ausstellung eines Geburtsbriefes vorbringt. — Ausgestellt: Reichsgräfliche Kanzlei des Grafen Hans Heinr. v. Hochberg auf Schloß Rohstock/Schlesien mit Siegel d. Grafen. 1722 Juli 2.

6) Abschließend sei noch auf „Auswanderungen“ nach Wäldchen, im Strehlener Kreis, 1847 hingewiesen, zu denen die Archivalien im Stadtarchiv Nürnberg in Rep. C 16 gefunden wurden.

Sigrid Hildebrand

Wat de Pohlbürger meent!

„Hallo, et liäwet noch!“ sagg en witziger Pohlbürger to mi, as ek em dat niggige Heft van „Herne unsere Stadt“ öwerreiken. Wie he mi widder sagg, hädde he nich geglowt, dat dat Heft sinen drüdden Geburtsdag im Juni beläwen. Olle Wiewer hädde fräuer immer behauptet: „Klauke un schüne Kinner liäwet nicht lange.“ Binohe hädde he in bezug op „Herne unsere Stadt“ doran geglowt. De schüne Opmaakung un de interessanten Bieträge könn man as schünet Kind beteikne. Ek hew em gesagt: „Willm, kiek mol op Siete sesstian noh, dann weest Du bescheed.“ Miene Meenung es: Regelmäßig alle twee Monat eene Oplage, et kömmt wegen de Sparerigge op datselwe rut. De Frogerigge no dem Heft hööt dann op. Wenn ek för jede Froge no dem Heft in de lesste Tied ne Mark gekregen hädde, dann könn ek Urlaub in Italien maaken. Doför dat et een paar Monat geduurt het, es de Inhalt rieklich interessant.

För allen Dingen maut man sik öwer den lessten Opsatz wünnern „Fahrt lieber mit der Bundesbahn“. Wat de Direktion in Essen sik do leistet in bezug op de Köln-Mindener Strecke, es direkt hahnebüchen. Wie kömmt dat blaus, dat solke Lühe wie Ministerialrot Weckmann in de Hauptverwollung sitt un den Ton angiewt? Solke Stümper oder Bäuswillige möt weg vam Fenster! Hett de Mensch schon sowat beläwt, wat do vam Geisterzug steiht? Sauwat es doch

Sabotage. Sallt de Unkosten hauchgedriewen weren? Dat es doch keene Dummheet van de Föhrplangestoller, dat es ersichtlik Zweck. Dat sett allem de Krone op. Dat schmeckt dem Bundesbürger! Eest Landesmiddel um de Bahn to elektrifizieren, un dann veröden looten! Sauwat maut de Landesregierung klorgemaakt weren. Use Landtagsawgeordnete Schönewolf es im Verkehrsutschuß van de Landesregierung. De hett sik minet Wiettens schon do ächter gemaakt. Huopentlik het he vuellen Erfolg. We em kennt, wet wietten, dat he nich nohlött, büs de Erfolg do ess. Villichte maakt de Landesregierung Stuow un kiekte de Verantwortliken op de Finger, eh dat Landes- oder Bundesmiddel för de Bahn gewährt wet. — Siecker es dat wuoll auk nich dat van buom her ingeppinnen wet, denn dodrin gliekt sik de Behördenspitzen. Entweder springt de Amtschimmel hen un hiär, oder se wellt nich op de Stemme vant Volk hören. In use Stadt es dat doch nich sau. ODER?

Op alle Fälle sind vüell Anregungen nohgehoht un öwernommen weren. Dat maut man anerkennen. Trotzdem bliewt jo immer Wünsche uopen. Et geiht jo nich immer sau, schon wegen de Finanzen. Drüm well ek düetmol de Wünsche van Bürger un Pohlbürger büs tom nächsten Mol trüggestellen. Villichte regelt sik dat in de Tiet ohne dat noch besunners drop hingewiesen wet. Fritz ut Biörnck

Plattdütsch för Hus un Schaule

Sind in unserer Stadt noch Schulkinder, die noch die plattdeutsche Sprache perfekt sprechen können? — Diese Frage beschäftigt mich schon lange. Ich bin zur Überzeugung gekommen,

daß es keine mehr gibt. — Dagegen kann noch eine große Anzahl Plattdeutsch lesen und verstehen.

Es ist damit noch eine winzige Hoffnung vorhanden, daß die Sprache noch

serer Vorfahren erhalten bleibt. Eine Merkwürdigkeit besteht darin, daß in Amerika und in den Südstaaten ganze Siedlungen plattdeutsch schreiben und sprechen. In New York beteiligen sich große Plattdeutsche Vereine an der „Steubenparade“, wovon die amerikanische Presse große Notiz nimmt. In Brasilien oder Mexiko sprechen auch viele Eingeborene, sogar Neger, plattdeutsch. Das liegt daran, daß viele Pommer, Mecklenburger und Westfalen um 1826 hier eingewandert sind. Es kam vielfach vor, daß diese Familien elternlose Negerkinder in ihr Heim aufnahmen. Natürlich lernten dieselben die Sprache der Familie. Kleine spaßhafte Erzählungen bestätigten das oben Gesagte:

Et was anno 1917. Brasilien hadde Dütschland den Krieg erklärt, Unruhen un Anpöbelungen moggen sik de Dütschen gefallen loten. Eenige Landslühe

stonnen binein un unnerholt sik erregt öwer de Lage. Een piäckschwatter Neger, de taugelustert hadde, sagg op eenmol tau de Gruppe: „Män tau, wi dütsche Jungs möt nu grad bineinstohn!“

Een ähnligen Fall was in eene dütschspokige Tiedung to liäsen. Dat Vertellken hanneln auk van so'n plattdütsch kürenden Neger. Een biederet Pommernehepaar, Inwanderer, de Brasilien as nigge Heeme gewählt hadden, kämen met eenen dütschen Dampfer an. Bim Utstiegen beien sik een Schwatter im pommerschen Dialekt an, dat Gepäck to driägen. „Büs Du auk ut Dütschland?“ frogden de Pommer. „Kloar wie dicke Dinte“ grinsen de Neger. „Ower, woins büs du sau swatt wor'n?“ „Dat makt de heite Sün'n hier!“ „Du Moder, wifoahrt glieks weder torüg!“ sagg de Pommer. Met denselben Schiepp verleiten se Brasilien. Fritz Aring

Bier aus dem „Bürgerlichen Brauhaus Herne“ kostete einen Groschen. Im Tingleangel-Theater wurde fünf Pfennig Aufschlag erhoben. Derartige Kleinkunstbühnen waren genügend vorhanden: Bei Heinrich Leuschacke, gleich vorn in der „Von-der-Heydt-Straße“, im Germania-Saal bei Jean Vogel (heute Stadtschenke), im Reichshallen-Varieté bei Adolf Steffen, bei Trompeten-Sofie (Haus Köster) und andere mehr.

Tanzlokale gab es in Hülle und Fülle. Bei Rosenkranz war immer Reihentanz (Stemberg, neben der Kirche). Ebenso konnte das Tanzbein geschwungen werden bei Anlauf (früher Kray), an der Neustraße bei Nitka, im „Franziskaner“, im Lokal Gründahl usw.

Das Vereinsleben war besonders rege. Die Duwenvadders setzten ihre Tauben — so wie heute noch — vom Lokal Nordsiek aus auf die Reise. 1904 wurde der Sportverein Westfalia gegründet, sein Spielplatz befand sich auf dem Gelände hinter der Beckstraße und war begrenzt von dem damals noch offenen Westbach. Der heutige Männerchor 1869 entstand aus dem Gesangverein „Gemütlichkeit“ in der Gaststätte Fritz Hülshoff (dem Haus Meinhardt gegenüber). Neben den Turnvereinen, welche der Deutschen Turnerschaft angeschlossen waren, gab es noch die „freien Turner“, welche unberechtigterweise als die „Wilden“ bezeichnet wurden. — Ihre Veranstaltungen wurden meist auf einer Wiese am Ende der Grabenstraße abgehalten. Die meisten Turnerfeste gab es bei Berkemeyer (späterer Eigentümer des großen Festsaaes war Kampmeyer bzw. Strickmann). Gegenüber diesem Lokal war die eigentliche Festwiese, auf der gleichzeitig jeder Kirchemsrummel stattfand.

Viele Vereine hatten sich den großen Saal des Gesellenhauses an der Neustraße für ihre Veranstaltungen auserlesen (heute Kolpinghaus). Der Hohenzollern-Saal (heute Schauburg) an der Bahnhofstraße war ebenfalls Schaustätte für viele größeren Veranstaltungen. Hier gab es alljährlich den Preis-Maskenball des Rheinländer-Vereins. Als nach dem Grubenunglück in Courrières vor rund 60 Jahren die Rettungsmannschaften der Zeche Shamrock erfolgreich eingesetzt waren, gab es nachher ein großes Ereignis für die Stadt Herne, von der noch lange die Rede war: Eine Abordnung der geretteten französischen Bergleute besuchte die Stadt Herne, um den Shamrockern persönlichen Dank abzustatten für den aufopfernden Einsatz. Im Hohenzollern-Saal ging diese Kundgebung vonstatten unter Beteiligung eines großen Teils der Herner Bevölkerung.

An Auslandsreisen, wie sie heute gang und gäbe sind, war früher nicht gedacht. Man zog mit Kind und Kegel hinaus in die Natur, die direkt vor der Tür lag. Viel besuchte Erholungsstätten waren der Gysenberg, die „Waldeslust“ am Ende der Wiescherstraße (Wehling, Tünnessen), das Zillertal in Riemke, ferner Grullbad, das Kanalschlößchen

Erinnerungen eines alten Herners aus der Zeit vor 50 bis 60 Jahren

„Herne — unsere Stadt“ hat sich in den Jahren seines Bestehens auch auswärts unserer Stadt viele Freunde erworben. — Bei den Zusammenkünften der Heimatvereine auf Landesebene verteilte ich unser Heft. Seitdem besteht jeweils eine große Nachfrage. Zum Kreis der Interessenten zählt auch Aloys Uhlendahl aus Wanne-Eickel, der seine Jugend hier in Herne verlebte. Seit 1913 wohnt er im benachbarten Crange und hat sich dort durch seine heimatkundlichen Veröffentlichungen, meist in plattdeutschen Erzählungen, einen Namen gemacht. Über 12 Jahre gehörte er auch dem Stadtparlament von Wanne-Eickel an. Beim Ausscheiden wegen hohen Alters wurde ihm der Ehrenring der Stadt verliehen. Sein Hobby ist heute noch die Heimatpflege und Pflege der plattdeutschen Sprache. Er ist z. Z. Schriftführer im Plattdeutschen Verband Ruhrgebiet. Da er oft und gerne von seinen Jugendjahren in unserer Stadt erzählt, habe ich ihn gebeten, etwas aus seinen Erinnerungen schriftlich niederzulegen, um unseren älteren Mitbürgern die eigene, zelterlebte Vergangenheit wieder lebendig zu machen. — Er kam meinen Wünschen nach, so daß hier seine Ausführungen folgen können. Fritz Aring

Die Erinnerung — so heißt es im Volksmund — ist das einzige Paradies, aus dem uns niemand vertreiben kann! Bei älteren Leuten scheint das oft der Fall zu sein, daß all das, was sie in ihrer Kinder- und Jugendzeit einst erlebt haben, wieder vor ihnen erscheint, als sei es erst gestern oder vorgestern gewesen. Vor einem Jahr habe ich in dieser Monatsschrift davon erzählt, daß die alten Erinnerungen an meine Vaterstadt Herne mir unvergeßlich geblieben sind.

Herne war zu jener Zeit, aus der ich nun berichten möchte, eine Stadt mit 28 000 Einwohnern. Die Gemeinden Baukau und Horsthausen waren noch selbstständig. Baukau wurde von dem Amtmann La-Roche verwaltet, dem als Dezernent für das Bauwesen der Baumeister H o s e beigeordnet war. Dieser heiratete später in eine bekannte Bauernfamilie ein. Das Amt Sodingen lag damals noch außerhalb des Herner Bereichs. Es bestand nur eine Verbindung durch die alte Postkutsche, die zwischen dem alten Bahnhof und der Gemeinde Sodingen verkehrte. Das Amt Sodingen gehörte zum (damals noch Königlich-Preußischen) Katasteramt Castrop, während die Gemeinden Herne, Baukau, Horsthausen und Hiltrop dem Katasteramt Herne zugeteilt waren. Diese Kenntnisse meinerseits stammen daher, weil ich auf dem Katasteramt

Herne meine Lehrzeit (von 1904 bis 1907) hinter mich gebracht habe.

Die Bahnhofstraße hat sich im wesentlichen, abgesehen von einigen Umbauten, gegen die Zeit um die Jahrhundertwende nicht viel verändert. An der Ecke der „Von-der-Heydt-Straße“ befand sich das Warenhaus Leo Leibholz (später Gebr. Kaufmann, heute Kaufhaus Karstadt).

Was in Düsseldorf die „KÖ“ bedeutete, das galt im gleichen Maße auch für die Herner Bahnhofstraße. Sie galt schlichtweg als Promenade — und sie ist es ja heute im Grunde auch noch. Eigentümlich war es, wenn z. B. die Leute aus den Nebenstraßen sich aufmachten, um ihre Einkäufe auf der Bahnhofstraße zu tätigen, dann sagten sie: „Ich gehe mal eben nach Herne!“ Und unter „Herne“ verstand man nichts weiter als diese Bahnhofstraße.

Die Stadt Herne war eine ausgesprochene Bergarbeiter-Stadt. Das ohnehin Herne nur streifende und schon wieder verblässende „Wirtschaftswunder“ unserer Tage war damals noch nicht erfunden. Das Einkommen der Bevölkerung reichte durchschnittlich so von einem Lohntag auf den anderen. Trotzdem brauchten die Herner nicht auf eine angenehme Feierabendgestaltung zu verzichten. Jeder konnte nach seinem Geschmack fröhlich werden. Das Glas

in Bladenhorst und Schloß Strünkede mit dem Gondelteich, wo es zur Winterszeit sogar Konzerte zum Eislauf gab. Dann war da noch die Vielzahl der Gartenlokale innerhalb der Stadt: Kaisergarten Grünendahl, Nordsiek, der Herner Stadtgarten und andere. Die Vereine machten ihre Kremserfahrten nach Blankenstein oder der Hohenlyburg — und wer schon mal mit der Eisenbahn reisen wollte, der erkor sich als Reiseziel Essen-Werden oder Haltern an der Stever und die Gegend inmitten der Ruhrberge.

Die Leute lebten damals in rechter Zufriedenheit. Es gab kein sogenanntes Wochenend, sondern die Freizeiten be-

schränkten sich nur auf den Sonn- oder Feiertag.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß ein großer Teil der Herner alljährlich der Cranger Kirmes einen Besuch abstattete. Kirmes gab es in Herne selbst damals zwar nicht, doch an der Neustraße (dem Gesellenhaus gegenüber) fanden in ähnlicher Form immer wieder irgendwelche Volksbelustigungen statt. Die Leute mußten damals mit ihren Groschen gut haushalten — und sie konnten es auch. —

Und damit möchte ich für dieses Mal „mine Verkörung afschluten“. Ich grüße die Heimatstadt.

Aloys Uhlendahl



Die „Mostertmühle“ vom erhöhten STEAG-Gelände gesehen. Hintere Ansicht mit Anbauten. — Im linken Anbau war der Betrieb untergebracht.

Marmeladenfabrik und Senfmühle

Zwei Familienbetriebe im früheren Baukau

An der Schnittstraße 34 steht heute noch in Baukau ein stattliches Wohnhaus. Es wurde im Anfang des 19. Jahrhunderts von dem Bauern Knop errichtet, den die Nachbarn einfach den „Knop Jönn“ nannten. Der ursprüngliche Fachwerksbau wurde zu verschiedenen Zeiten erweitert und umgebaut. In einer Giebelseite sind noch Teile des schönen Fachwerks erkennbar. Der Rest besteht wohl aus verputzten Ziegeln.

Zwar ist der Name Knop in der Liste der Bauernhöfe und Kotten, die sich im Jahre 1787 von den Strünkedern losgekauft haben, nicht enthalten. Vielleicht zählte er damals sogar schon zu den weitgehend freien Bauern, denn in einer Gebeliste der Familie Arndt vom Jahre 1828 kommen schon die Namen

Aus Runkelrüben, Zuckerrüben und Obst quetschte er das geschätzte „Rübenkraut“. Das Waschen der Rüben und des Obstes geschah auf einfache Weise in großen Kesseln, die zum Teil auf dem Hofe aufgestellt waren und zur Erntezeit ganze Rüben- und Obstberge zu bewältigen hatten.

Um die Jahre 1924—1925 gab der unternehmungslustige Gustav Trösken seine Marmeladenerzeugung wieder auf. Er zog ins Sauerland und heiratete dort „eine Gräfin“, wie es die Baukauer noch heute erzählen. In Plettenberg betrieb er einen lebhaften Holzhandel und belieferte unter anderem auch Herner und Bochumer Zechen mit Grubenholz. Er starb 70jährig in Plettenburg, wurde jedoch nach Baukau übergeführt und in der Familiengruft im Nordfriedhof an der Kaiserstraße beigesetzt.

*

Im vergangenen Jahr wurden an der Rottstraße 51a die Gebäude der ehemaligen Mostert- oder Senfmühle abgetragen. Sie stand etwas abseits von der Landstraße in einem sumpfigen Haselstrauchwäldchen, und man bezeichnete das Gebiet daher auch als „Haselort“. Das eigentliche Haus war aus roten Ziegeln gebaut und besaß eine breite Dehleneinfahrt. Über dieser Einfahrt konnte man auf einer verwitterten Steintafel das Baujahr 1865 und den Bauherrn, A. Bußmann, ablesen.



Die Senfmühle an der Rottstraße. Hausansicht von vorn. — Rechts der niedrige Anbau diente als Betriebsstätte.

Die Dehleneinfahrt wurde später zugemauert, und nur die verrosteten Torangeln ragten aus der Mauer. Das Gebäude wurde im Laufe der Zeit durch verschiedene Stallungen und Zubauten erweitert. Im rechten Anbau befand sich die eigentliche Mostert- oder Senfmühle. Sie wurde vermutlich nach 1889 von der Familie Bolte begründet, deren Nachfahren heute noch in Herne, an der Mont-Cenis-Straße, eine Senffabrik führen. Später übernahm der Italiener Ferrero die Senfmühle im „Haselort“. Vom Bauern Hülshof erbat er sich die Tochter Alwine zur Frau. Als der erste Weltkrieg ausbrach, wurde er Flieger, und die Senfmühle mußte geschlossen werden. Nach dem Kriege zog er nach Recklinghausen und führte dort eine Gaststätte. Das Haus und die Anbauten der ehemaligen Mostertmühle dienen weiterhin bis zum Abbruch im Sommer 1966 Bergleuten als Wohnung.

Robert Grabski

Was ist mit dem „Festungsgitter“ an der Hertener Straße?

Seit vielen Jahren begrenzt ein recht abwehrbereites und lang sich hinziehendes Gitter den Hafen und das Gelände der Zentralaufbereitungsanlage der Zechen „Julia“ und „Recklinghausen“ entlang der Hertener Straße. Früher hörte man von Spaziergängern an dieser Stelle manche Vermutung über den Sinn und vor allem über die Herkunft eines solchen Eisenzaunes. Heute, da dieser Zaun nach Anhebung der Straße etwas tiefer liegt und weithin auch durch verwilderte Sträucher und einen Unkrautstreifen dem direkten Blick entzogen ist, wendet sich die Aufmerksamkeit des Spaziergängers eher den bedrohlich hohen Kohlehalden zu, die im Hintergrund liegen. Und doch sollte man, so wie es früher dicht an der Straße immer wieder geschah, ein-

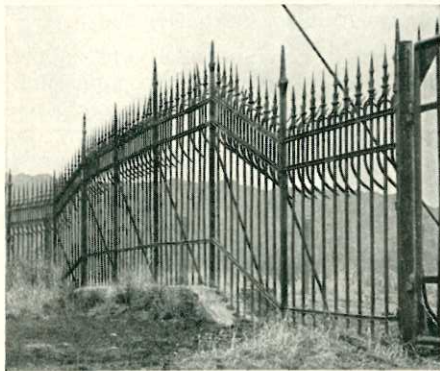


Knops Hof in Baukau und später Marmeladen- und Rübenkrautfabrik.

Hermann und H. Wilhelm Knop aus Baukau vor. Auch in der Cranger Heide wohnte damals schon ein gewisser Knop. In einem Lageplan der Zeche Julia, etwa um das Jahr 1860 erstellt, ist Knops Hof schon eingezeichnet. Später wurde das Anwesen von der Märkischen Steinkohlegewerkschaft erworben. Der Kaufpreis soll 30 000 Mark betragen haben. Es wurde Bergmannsfamilien als Wohnung zur Verfügung gestellt.

In der schweren Nachkriegszeit nach 1918 richtete der Bauernsohn Gustav Trösken im Hinterbau dieses Hauses eine Kraut- und Marmeladenfabrik ein.

mal genauer hinsehen, denn dieses lange Eisengitter besteht aus einem sehr bedacht und sorgsam gearbeiteten System aus spitzen Lanzen und bedroh-



Der große Eisenzaun an der Hertener Straße.

lichen Widerhaken und Flammenzungen selbst an der Innenseite, so daß kein ungebetener Gast diese Einfriedigung übersteigen könnte, ohne Schaden zu nehmen.

Wie kam nun dieses stattliche Gitter nach hier an die Zechenanlage? Über seine Herkunft kursierten die verschiedensten Meinungen auch unter der eingewohnten Baukauer Bevölkerung. Einige erzählen, es stamme aus der „Franzosenzeit“ und andere meinen, man hätte es erst zu Anfang des zweiten Weltkrieges aufgestellt. Andere wollen wissen, es handele sich um ein Gitter aus einer 1870/71 oder zu Beginn des ersten Weltkrieges eroberten französischen Festung. Es ist dann in diesem Zusammenhang die Rede von Metz und von Verdun.

Bei Nachforschungen in den Archiven der Harpener Bergwerks AG konnten schließlich ein paar handfeste Hinweise gefunden werden, die wohl den zutreffenden Aufschluß bieten. Wie dort aus einem Angebot der Zeche „Preußen“ an den damaligen Bergwerksdirektor Kette hervorgeht, stammt das kunstvolle Gitter von der geschleiften Festung Mainz. Um damals die neuerbaute Kohlewaschanlage zwischen dem Rhein-Herne-Kanal und der Emscher vor Diebstählen zu sichern, wurde der Zaun 1931 über die Zeche „Preußen“ erworben und längs der Hertener Straße errichtet. Das gesamte Gitterwerk ist 280 m lang. Alle Eisenteile zusammen wiegen 20 000 Tonnen.

Robert Grabski

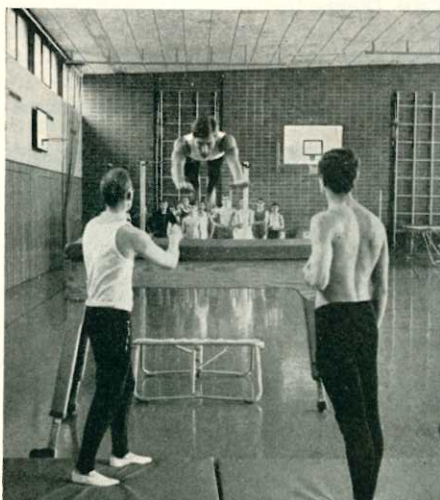
Wieder eine beispielhafte Leistung:

Herner Schul-Sportzentrum

Einzigartig in der Bundesrepublik

Von der großen Öffentlichkeit über die Grenzen unserer Stadt hinaus unbemerkt — auch die „Sportöffentlichkeit“ nahm kaum Notiz, desgleichen Rundfunk und Fernsehen nur ganz nebenbei — wurde am 30. Mai das Sportzentrum des Junggymnasiums im Ostbachtal seiner Bestimmung übergeben, das als bisher einzigartig in der Bundesrepublik bezeichnet werden kann.

Eine schuleigene und sportgerechte Schwimmhalle mit einem 10 x 25-m-Becken und einer Wassertiefe von 1,05 m bis 3,00 m, dazu eine Turnhalle in den Ausmaßen von 14 x 28 m und ein im Herbst dieses Jahres fertiggestellter Sportplatz mit allen Möglichkeiten für Lauf, Wurf und Sprung, mit Basketball- und Volleyball-Spielfeldern auf einem Nebenplatz, das würde man allenfalls bei einem College in den Vereinigten Staaten oder in der Sowjetunion vermuten. — Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß in bester Gebäude-Raumausnutzung Schwimmhalle und



„Tischspringen“ verlangt Mut, Schwung und gute Hilfestellung.

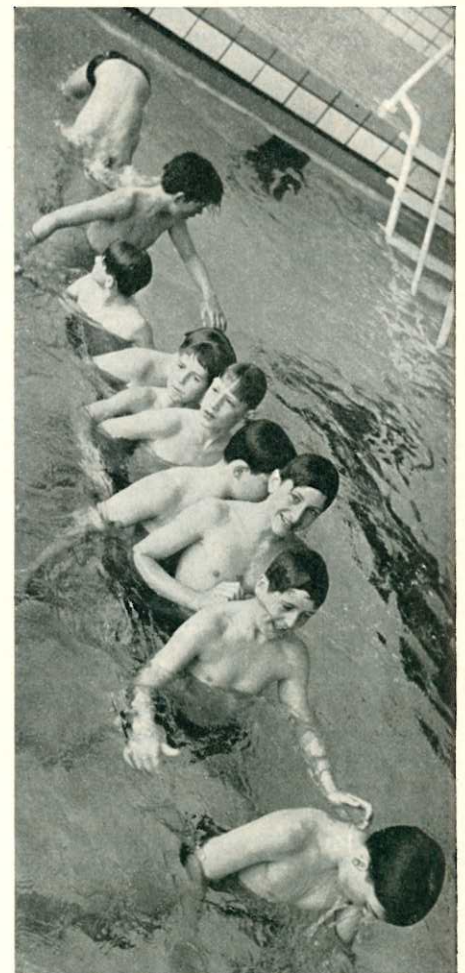


„Aller Anfang ist schwer“, auch beim Trampolinspringen.

Turnhalle ein Baukörper sind, indem die Turnhalle über der Schwimmhalle errichtet wurde.

Rat und Verwaltung unserer sportliebenden, leider aber finanzschwachen

Emscherstadt haben der Leibeserziehung ihrer Schuljugend seit dem Kriegsende zielstrebig und opferbereit viele Möglichkeiten geschaffen, die weit über dem üblichen Maß liegen. Zehn neue Turnhallen, vier Lehrschwimmbecken an Volksschulen und fünf Gymnastikhallen sind eine stolze Bilanz für eine Stadt mit 107 000 Ein-



Gut getaucht, ist halb geschwommen. (Fotos: Klaus Meyer)

wohnern. Hinzu kommen Sportplätze für die Vereine, ein sehr modernes Hallenbad und ein großes Freibad für die Gesamtbevölkerung, das weithin Anziehungskraft auch auf Nachbarstädte ausübt. Im nächsten Jahr fügt sich im Freizeitpark am Gysenberg ein weiteres Schwimmbad an, das mit Wärmehallen ausgestattet sein wird und dessen Wasser für die Monate von April bis Oktober ständig auf einer Temperatur von 23 Grad Celsius gehalten werden soll.

„Die Leibeserziehung ist ein wichtiger Teil der Gesamterziehung!“ Diese offizielle, meistens leider nur theoretisch gültige Forderung ist in Herne nun wiederum bei diesem Sportzentrum überzeugend in die Praxis umgesetzt.

Schüler und Lehrer nutzen die vorhandenen Möglichkeiten. Neben dem obligatorischen Unterricht im Klassen-

verband, der auf allen Klassenstufen das Schwimmen, Geräteturnen, die Leichtathletik und Spiele umfaßt, sind freiwillige Neigungsgruppen auf allen Teilgebieten eifrig tätig. Die Skala reicht vom Trampolinspringen bis zur Arbeitsgemeinschaft für Ausgleichssport der Lehrer.

Es ist selbstverständlich, daß dieses vorbildliche Sportzentrum auch anderen Schulen zur Verfügung stehen muß, um möglichst weitgehend ausgenutzt zu werden. Doch auch für die Vereine ergeben sich neue Chancen. Schwimmtrainingszeiten stehen in öffentlichen Hallenbädern fast überall in der Bundesrepublik erst ab 19 Uhr, häufig erst ab 20 Uhr zur Verfügung. In Herne kann jetzt in der neuen Schul-Schwimmhalle das Training der Kinder und Jugendlichen an fünf Wochentagen schon um 18 Uhr beginnen. So rundet sich das

Bild einer sportbegeisterten Stadt ab, die aus den Möglichkeiten des „Goldenen Plans“ und aller anderen theoretisch-wissenschaftlichen Überlegungen für ihre Jugend vorbildliche und muster-gültige Anlagen geschaffen hat.

Das seit geraumer Zeit viel zitierte und diskutierte „Sportgymnasium“ wurde in Herne, soweit es um Sachprobleme geht, nach Auffassung gut unterrichteter und interessierter Erzieher eigentlich schon in die Tat umgesetzt. — Schade, jammerschade, daß die verantwortlichen Sprecher und Planer eines „Sportgymnasiums“ in der Bundesrepublik und im Lande sich nicht am praktischen Beispiel informierten und instruierten, „obwohl“ und gerade weil das Herne Sportzentrum für ein mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium entwickelt und verwirklicht wurde! jk

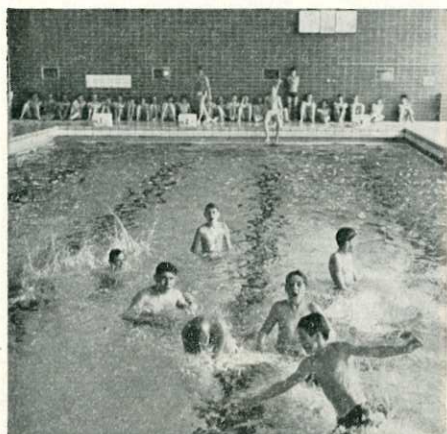
„Schulsport im Aufbruch“ — Vorbildliche Förderung in Herne

Die Geschichte der Kunst ist in einem gewissen Bereich auch die Geschichte der vorhandenen „Kunstmittel“. —

Diese Feststellung trifft sicherlich auch für die „Erziehungskunst“, die Pädagogik, zu.

Schulfreudige Stadt . . .

Rat und Verwaltung der Stadt Herne haben seit Kriegsende mit großen finanziellen Aufwendungen und Opfern, dabei aber auch mit wohldurchdachten planvollen Überlegungen eine Gesamtkonzeption sachlicher Voraussetzungen für ein modernes Schulwesen entwickelt und verwirklicht, die in mancher Hinsicht vorbildlich ist



So fröhlich, unbeschwert kann man im Wasser toben.

und Modellcharakter auch in überregionalen Maßstäben hat. Die Skala vorbildlicher Sachlösungen war bereits recht weit angelegt: Schulkindergärten, Erziehungsberatungsstelle und Sprachlabor sind einige markante Punkte eines vielgestaltigen zeitgerechten Programms.

. . . Sportfreudige Stadt

Die große Bedeutung der Leibeserziehung als integrierender Bestandteil einer Gesamterziehung ist in Herne seit

Jahren in erstaunlichem Umfang anerkannt worden: 10 neue Turnhallen, 4 Lehrschwimmbekken an Volksschulen und 5 Gymnastikhallen sind vor allem durch die sinnvolle Zuordnung zu den verschiedenen Schulsystemen und zu den verschiedenen Sportarten, die außerhalb der Schulen vereinsmäßig betrieben werden, eine vorbildliche Leistung unserer Stadt.

Das neue Sportzentrum am „Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium“ im Ostbachtal ist sowohl vom Umfang der Sachleistungen wie auch von den pädagogischen Möglichkeiten her eine Krönung der bisherigen Maßnahmen. Eine sportgerechte Schwimmhalle mit den erforderlichen Ausmaßen und vollendeten technischen Einrichtungen, eine Turnhalle von 28 x 14 m und Außenanlagen, die alle leichtathletischen Übungsmöglichkeiten, aber auch die schulisch interessanten Mannschaftsspiele (Volleyball, Basketball, Faustball und Handball) im „eigenen Haus“ bieten, schaffen ideale Voraussetzungen für eine umfassende Erziehung auch vom Leibe her.

Hoher Wert für Charakter und Persönlichkeit

Die Richtlinien unseres Landes messen der Leibeserziehung neben dem un-

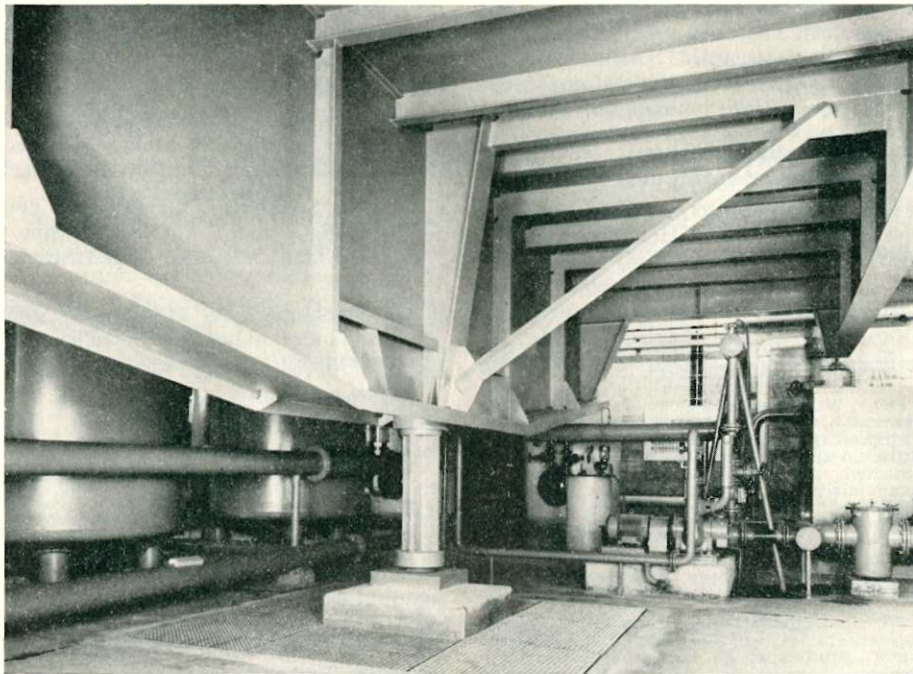
bestrittenen Wert für die Gesunderhaltung auch echten Bildungswert für die Persönlichkeitsbildung bei. Neben der Selbstdarstellung und Selbstbestätigung, die sich im Leitbild der „persönlichen Höchstleistung“ widerspiegeln, werden soziale Verhaltensweisen, aber auch ästhetische und formalbildende Werte angestrebt. — Körperbildung, Bewegungsbildung, Leistungssteigerung und Bewegungsgestaltung sind als „Bildungsziel“ im Geräteturnen, Schwimmen, in der Leichtathletik und bei den Mannschaftsspielen nur zu verwirklichen, wenn optimale sachliche Voraussetzungen und moderne pädagogische Lehrverfahren zusammentreffen. — Gruppenunterricht innerhalb des Klassenverbandes, freiwillige Neigungsgruppen für interessierte Schüler und Leistungstraining für die Hochbegabten, gehören in Herne nunmehr bereits zur Schulwirklichkeit.

Schon jetzt einzigartige Erfolge

Die „Arbeit im Gewande der Freude“ — zweifellos ist diese Formulierung Carl Diems für die Arbeitshaltung von Lehrern und Schülern durchaus zutreffend und hat in relativ kurzer Zeit bereits recht erfreuliche Ergebnisse für die Leibeserziehung am Mathematisch-



„Temperamente“ am Start.



Ein Blick unter das Schwimmbecken und in einen Teil seiner Technik, der nicht jedermann möglich ist. — Links und im Hintergrund rechts zwei der drei Auflagerpunkte der riesigen Stahlwanne des Schwimmbeckens. Die sogenannte Dreipunkt-Lagerung macht es möglich, jede durch Bodenbewegungen verursachte Abweichung des Beckens aus der Waagerechten auszugleichen.

naturwissenschaftlichen Gymnasium gebracht: Mehr als 400 Teilnehmer bei den Gerätewettkämpfen der Bundesjugendspiele; 72 Freischwimmer-, 46 Fahrtenschwimmer- und 26 Jugendschwimmscheine wurden ausgegeben.

Die Ausbildung von Rettungsschwimmern, die für den neuen Schulalltag als Helfer der Lehrer von entscheidender Bedeutung sind, ist in engster Zusammenarbeit mit der DLRG zu einem großen Erfolg geworden. 63 Grundscheine und 16 Leistungsscheine sind eine wirklich stolze Bilanz für einen Zeitraum von 2 Monaten.

Die weitreichenden theoretisch-wissenschaftlichen Diskussionen in der Bundesrepublik um das sog. „Sportgymnasium“ werden sicherlich, wenn das Stadium der „Sachfragen und der praktischen pädagogischen Erfahrungen“ erreicht sein wird, am schon jetzt gegebenen „Herner Modell“ nicht vorbeigehen können, gerade weil hier bei uns durch die enge Zusammenarbeit von Schule und Schulträger eine Lösung gefunden wurde, die der Leibeserziehung in optimaler Weise gerecht wird, ohne den Charakter des Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums mit sozialwissenschaftlichem

Zweig oder den wissenschaftlichen Charakter einer anderen Schule anzutasten. — So kann und soll den Leibesübungen vielmehr ihre große klassische Aufgabe wiedergegeben sein, über alle Vielfalt hinweg, einigend, stärkend und nicht zuletzt Freude spendend das für alle gültige Ziel anzustreben: Der gesunde Geist im gesunden Körper.
P. S.

Aus der Ansprache des Oberstadtdirektors bei der Einweihung

Nach dem Kriege sind seit 1948 mit Schweregewicht ab 1954 10 Turnhallen gebaut worden, davon 8 für Volksschulen, zwei für höhere Schulen. Ferner 5 Gymnastikhallen. Unter den Turnhallen befinden sich bei den Volksschulen 4 mit Lehrschwimmbecken und bei dieser Turnhalle das Kleinschwimmbad. Die gesamten Baukosten betragen rund 10,5 Millionen DM. Diese Turnhallen und ihre Kosten seien im einzelnen noch einmal aufgeführt:

	DM
Turnhalle mit Lehrschwimmbecken der Ev. Volksschule an der Sodinger Straße	353 000
Turnhalle an der Gemeinschaftsschule Georgstraße	305 000
Turnhalle der Ev. Volksschule an der Schulstraße	246 000
Turnhalle und Lehrschwimmbecken Pantringshof	728 000
Turnhalle und Lehrschwimmbecken der Kath. Volksschule Börsinghauser Straße	897 000
Turnhalle der Kath. Volksschule an der Ludwigstraße	383 000
Turnhalle und Gymnastikhalle Mädchengymnasium	1 140 000
Turnhalle und Gymnastikhalle der Gemeinschaftsschule Jürgens Hof	1 328 000
Turnhalle und Lehrschwimmbecken Volksschulzentrum Herne-Süd	1 861 000
Turnhalle und Kleinschwimmbad math.-nat. Junggymnasium	2 600 000
Gymnastikhalle Bergstraße	40 000
Gymnastikhalle Manteuffelstraße	90 000
Gymnastikhalle Hallenbad — II. Bauabschnitt —	450 000
Summe: 10 421 000	

Es stellt sich vor:

Das kaufmännische Schulwesen

Ein Bericht für Eltern, Lehrherren und Schüler

von Oberstudiendirektor Diplom-Handelslehrer Manfred Albrecht

Dieser Bericht möchte mit den Gegebenheiten und Problemen des kaufmännischen Schulwesens bekanntmachen.

Es sind die kaufmännischen Berufsschulen, die in ihren verschiedenen Fachklassen mit der Kaufmannsgehilfenprüfung abschließen und somit in Verbindung mit den Unternehmen der Industrie, des Handels und der Verwaltung den kaufmännischen Nachwuchs für seine zukünftige Aufgaben bilden und erziehen.

Es sind die Handelsschulen und Höheren Handelsschulen, die ihre Schüler für eine gehobene Position im kaufmännischen Beruf vorbereiten wollen.

Es sind schließlich die kaufmännischen Berufsaufbauschulen, die dem jungen Menschen noch einmal eine Chance geben wollen, der aus vielerlei Gründen erst im späteren Lebensalter den Wunsch zur weiteren allgemeinen und beruflichen Fortbildung hat.

Für außergewöhnlich begabte jungen Menschen bietet sich schließlich in der gymnasialen Form der Höheren Handelsschule ein Weg zur Hochschulreife an.

Ein begabter Volksschüler kann also auch im Bereich des kaufmännischen Schulwesens noch die Reifeprüfung ablegen.

Seit einem Jahr ist das kaufmännische Schulwesen in unserer Stadt eigenständig. Damit wird es auch in Herne möglich, Anschluß an andere Ruhrgebietsstädte zu finden, die vielfach ein sehr gut ausgebautes kaufmännisches Schulwesen besitzen. Die Städte Gladbeck und Wattenscheid sind dafür Beispiele.

Wenn man die Eigenständigkeit des kaufmännischen Schulwesens betont, dann geschieht das im Hinblick auf bestimmte Besonderheiten, die diesem Bildungszweig im Rahmen der berufsbildenden Schulen eigen sind.

Die Bildungsarbeit der kaufmännischen Schulen bemüht sich um gründliche Vermittlung allgemeinbildender Fächer in sinnvoller Verbindung mit Lehrstoffen, die sich mit den wirtschaft-

lichen, rechtlichen und sozialen Beziehungen der heutigen Gesellschaft befassen. Von dieser Aufgabe her sind die kaufmännischen Unterrichtsfächer bestimmt, und aus ihr ergibt sich eine spezielle Bildungsidee, die in ihrem Inhalt von der Bildungsidee anderer berufsbildender Schulen deutlich abgehoben ist.

Es ist bekannt, daß die kaufmännischen Berufe und die der Verwaltung weite Stoffbereiche aufweisen, die nicht oder nicht ausreichend in der praktischen Berufsarbeit (Lehre oder Praktikum) erfaßt werden können, sondern nur durch unterrichtliche Veranstaltungen zu vermitteln sind. Diese Tatsache führt zu der Erkenntnis, daß alle kaufmännische Berufsausbildung unbedingt auf Unterricht angewiesen ist, wenn sie zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen will. Das gilt sowohl für die kaufmännische Grundbildung als auch für die weiterführende kaufmännische Bildung.

Kaufmännische Praxis und kaufmännische Schule sind zwingend aufeinander angewiesen.

Da die Tätigkeit in kaufmännischen Berufen ein gehöriges Maß an sozialer Kontaktfähigkeit der Partner voraussetzt, sehen sich die kaufmännischen Schulen vor die Aufgabe gestellt, neben der fachlichen Berufsvorbereitung die allgemeine Bildung ihrer Schüler weiterzuführen. So kommt es, daß die Lehrpläne der kaufmännischen Schulen in beträchtlichem Umfang auch sprachlich-kulturkundliche Stoffgebiete berücksichtigen.

Drei Gesichtspunkte haben bei der Gestaltung des kaufmännischen Schulwesens eine besondere Rolle gespielt.

1. Die geschichtliche Entwicklung.

Das kaufmännische Schulwesen hat in Deutschland eine lange Tradition, denn die Bestrebungen der Kaufmannschaft, ihren Nachwuchs für die Anforderungen im Berufsleben heranzubilden und zu ertüchtigen, gehen bis in die Tage der Hanse zurück.

2. Die arteigenen und wesensbestimmenden Merkmale kaufmännischer Bildung.

3. Die Wechselwirkung zwischen der kaufmännischen Bildung und anderen Bereichen der Menschenbildung.

Das kaufmännische Schulwesen umfaßt folgende Schulformen:

1. Schulen mit berufsbegleitendem Unterricht:
 - Kaufmännische Berufsschulen —
 - Kaufmännische Berufsaufbau-schulen —
2. Schulen mit einem die kaufmännische Grundbildung erweiternden Unterricht:
 - Kaufmännische Fachschulen —
 - Höhere Wirtschaftsfachschulen —
3. Schulen mit berufsvorbildendem Unterricht:
 - Handelsschulen —
 - Höhere Handelsschulen —
4. Schulen als Vorstufe zur Hochschulreife:
 - Wirtschaftsoberschulen —
 - Wirtschaftsgymnasien —
 - Höhere Handelsschule mit gymnasialem Zweig —

Von diesen Schulformen sind in Herne vorhanden:

1. Die Kaufmännische Berufsschule mit 45 Klassen — davon 3 Bergbau-

bezirksfachklassen — und rd. 1200 Schülern.

2. Die Handelsschule mit 3 Klassen und 90 Schülern.
3. Das Wirtschaftsgymnasium.

Der Diplom-Handelslehrer an kaufmännischen Schulen

Das kaufmännische Bildungswesen von der Berufs- und Handelsschule bis zur Höheren Wirtschaftsfachschule bildet mit seinen Lehrern trotz seiner Differenzierung eine Einheit:

Es besitzt im Ökonomischen ein zentrierendes Bildungsmoment.

Der Wirtschaftspädagoge erwirbt nach einer einjährigen kaufmännisch-praktischen Tätigkeit und einem mindestens semesterigen Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Wirtschaftspädagogik den akademischen Grad des Diplom-Handelslehrers. Es schließt sich ein Referendariat von 2 Jahren an einem Studien-seminar mit der abschließenden 2. Staatsprüfung an, bevor die junge Lehrkraft als Assessor seinen Dienst an einer kaufmännischen Schule aufnimmt.

Der Ausbildungsgang eines Diplom-Handelslehrers — in amtlicher Dienstbezeichnung „Studienrat an einer berufsbildenden Schule“ —, entspricht dem Ausbildungsgang des Studienrats an einer höheren Schule.

Bei den Abiturienten hat es sich noch nicht sehr herumgesprochen, daß der Beruf des Wirtschaftspädagogen wegen seiner Lebensnähe und Orientierung am sozialen und wirtschaftlichen Bereich unseres Lebens sehr attraktiv ist, attraktiv schon deshalb, weil man sich bei Aufnahme des Studiums nicht unbedingt auf den Lehrerberuf festlegen muß. Bis zu 20 v. H. der Diplom-Handelslehrer nehmen irgendwann doch eine Tätigkeit in der freien Wirtschaft auf. Darin ist auch zu einem Teil der noch drückende Lehrermangel begründet.

Die berufsbegleitenden kaufmännischen Berufsschulen

1. Worin unterscheiden sich berufliches und allgemeinbildendes Schulwesen?

Der Unterschied zwischen dem Bildungsweg der als allgemeinbildend bezeichneten Schulen und dem der Berufsschulen liegt nicht in dem Ziel, sondern nur in der Ausgangssituation. Der Schüler der allgemeinbildenden Schulen steht noch in einer vorläufigen, wenn man will, „allgemeinen“ Lebenssituation. Er ist noch nicht in den arbeitsteiligen gesellschaftlichen Prozeß eingeordnet.

Der Berufsschüler dagegen nimmt schon eine ganz bestimmte Position im gesellschaftlichen Leistungsgefüge ein.

Aber auch er soll und muß am kulturellen Leben unseres Volkes teilhaben.

Die Aufgabe, sich zu bilden, verlangt von ihm nicht, daß er seine reale Lebenssituation geringschätzen soll, sie verlangt vielmehr von ihm, daß er den geistigen Horizont, der seine Lebenssituation umschließt, erweitert.

Während in dem Bildungs- und Erziehungsauftrag ein menschliches Motiv steckt — es geht um den wertvollen und guten Menschen — steckt in dem Ausbildungsauftrag ein sachliches Motiv — es geht um den gründlich und vielseitig geschulten Fachmann.

2. Die Bedeutung der Berufsschule für die Erziehung junger Menschen im Reifealter.

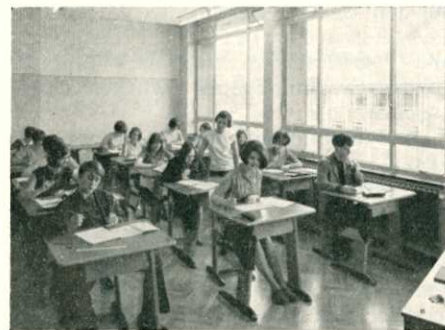
Die Schwierigkeit der Berufsschularbeit liegt besonders darin, daß die berufliche Tätigkeit die Schüler zeitlich erheblich bindet und ihre Interessen weitgehend auf sich lenken muß. Dadurch werden ihre körperlichen und geistigen Kräfte oft bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht.

Trotzdem müssen sie für ein ihr Arbeitsleben umgreifendes und darüber hinausgehendes reiches menschliches Leben aufgeschlossen werden.

Trotz mancher Einwände und Bedenken kann man für die Mehrarbeit der Berufsschüler folgendes Bild zeichnen:

- a) In den Schülern vollzieht sich der Übergang vom konkret-anschaulichem zum abstrakt begrifflichem Denken.
- b) Die Strebungen des Miteinander und Füreinander haben sich gesteigert.
- c) Die Interessen der Schüler haben sich geändert.
- d) In den Schülern haben sich das Selbstgefühl und eine bestimmte Lebensgrundstimmung entwickelt.
- e) Der Leistungs- und Gestaltungsdrang hat sich erhöht.

Die besondere Bedeutung der Berufsschule liegt auch wohl darin, daß es auch von ihr abhängt, ob in Zukunft die Mehrzahl der in unserer Gesellschaft lebenden Menschen ihre Arbeit als Sklaverei mißverstehen, oder ob sie ihre Arbeit und ihren Beruf als zwar manchmal leidvolles, aber trotzdem sinnvolles Werk zum eigenen und sozialen Wohl auffassen und ihre Freizeit als wirkliche Muße verstehen.



Eine Handelsschulklasse beim Unterricht.

Die Bedeutung der Berufsschule wird noch dadurch erhöht, daß der Berufsschulbesuch die letzte Möglichkeit systematischer unterrichtlicher Einwirkung auf die Heranwachsenden bietet — das gilt für ca. 90% aller Jugendlichen in der Bundesrepublik —.

Die Zeit des Berufsschulbesuches ist eine Phase seelischer Auflockerung und Bewegung, die letzte Phase der für die Erziehung und Bildung so wichtigen Übergangsperiode vor der endgültigen seelischen Verfestigung des Erwachsenenlebens.

Einige Daten aus dem Bereich der Kaufmännischen Berufsschule in der Bundesrepublik

Zahl der kaufmännischen Lehrlinge:

1920	150 000
1938	300 000
1960	600 000
1970 voraussichtlich	1 000 000

Damit besuchen schon heute mehr als 50% der gesamten berufsschulpflichtigen Jugendlichen eine kaufmännische Berufsschule. Die Vorbildung der Schüler in kaufmännischen Berufsschulen ist außerordentlich differenziert und geht vom Volks- und Realschulabschluß, Abgängen der höheren Schulen bis zum Abitur.

Das Durchschnittsalter der Schüler an kaufmännischen Berufsschulen:

Unterstufe	16,6 Jahre
Mittelstufe	17,9 Jahre
Oberstufe	18,6 Jahre

3. Argumente zum Bildungsauftrag und Erziehungsauftrag der kaufmännischen Berufsschule.

Zur Erläuterung des besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrages dieser Schulen möchte ich mich auf 4 Argumente beschränken.

a) Wirtschaftsbildung als Forderung unserer Zeit

Unsere am Prinzip des Wettbewerbs orientierte Wirtschaft verlangt Menschen mit anderen geistigen und charakterlichen Qualitäten als eine zentral gelenkte Planwirtschaft. Wenn sich Kommando-Wirtschaften bemühen, den ihnen entsprechenden Menschen heranzubilden, der ihre Ordnung ideologisch bejaht, so müssen wir unsererseits versuchen, einen Menschen zu erziehen, der in seiner Allgemeinbildung und seiner Wirtschaftsbildung den Anforderungen einer Marktwirtschaft gerecht wird.

Die Forderung unserer Zeit nach mehr Wirtschaftsbildung soll keineswegs heißen, daß die aus dem humanistischen und christlichen Gedankengut stammenden Bildungsideale und die daraus abgeleiteten Leitbilder gesellschaftlichen Zusammenlebens durch einen neuen Götzen „Wirtschaft“ oder „Technik“ ersetzt werden sollen.

Es muß aber erreicht werden, daß bei der Bedeutung der wirtschaftlichen Probleme innerhalb unseres gesamten kulturellen Lebens die Wirtschaftsbildung neben den anderen Bildungsgütern einen angemessenen Platz erhält.

Das Ziel, die Sicherung des stetigen Wirtschaftswachstums bei Preisstabilität und voller Beschäftigung aller Arbeitskräfte zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes ist wichtig genug, um mit aller Zähigkeit an einer besseren Wirtschaftsbildung zu arbeiten.

Diese Aufgabe fällt in starkem Maße den kaufmännischen Schulen aller Art zu, in denen sachverständige Pädagogen bestrebt sind, dem Nachwuchs für Wirtschaft und Verwaltung eine fundierte Wirtschaftsbildung zu vermitteln.

b) die Kaufmännische Berufsschule, eine Mädchenschule!

Die kaufmännische Berufsschule ist in besonderem Maße eine Mädchenschule. Der Anteil der Mädchen an diesem Schultyp schwankt zwischen 60 und 70%.

Wenn heute die Frage nach der besonderen Erziehung und Bildung der Mädchen in unseren Schulen gestellt wird, dann deshalb, weil die Frau nach den zwei Weltkriegen in fast allen Berufen Fuß gefaßt und sich unentbehrlich gemacht hat.

Es handelt sich dabei nicht um wenige Einzelschicksale, vielmehr um eine unaufhaltsam zunehmende Erscheinung.

Die Frau ist den allgemeinen Lebensgewohnheiten entsprechend die eigentliche Konsumentin. 60—70% des Volksvermögens geht durch ihre Hände, das Verbrauchen wird als eine weibliche Tätigkeit empfunden. Die Frauen sind also direkt als Arbeitskräfte und indirekt als Verbraucher für die Volkswirtschaft von Bedeutung geworden.

Die Berufstätigkeit gilt nicht als eine vorübergehende Erscheinung, die durch die Gründung einer Familie aufgehoben wird.

Der Berufsschule erwächst deshalb mehr und mehr die Aufgabe, die Mädchen für ihre Doppelrolle in Familie und Beruf vorzubereiten.

Es gilt gerade hier als erwiesen, daß jede gründliche Berufsausbildung nicht nur dem beruflichen Fortkommen dient, daß vielmehr ihre persönlichkeitsformende und allgemein menschlich bildende Bedeutung den Mädchen später als Ehefrauen und Müttern zugute kommt.

Oft wird das Leitbild einer Familie durch die im beruflichen Leben erworbene und erprobte Tüchtigkeit der Mädchen bestimmt.

Noch immer sind es die Frauen, die den nach Ansicht der Soziologen einzig überdauernden Intimraum des Menschen, die Familie formen und ebenso sind sie es, denen aufgegeben ist, inmitten der wachsenden Technisierung das Gefühl für die persönlichen Werte und für das Irrationale zu bewahren.

Fehler und Versäumnisse, die hier geschehen, können nie wieder gutgemacht werden.

c) Die staatsbürgerliche Erziehung

Und wie steht es um die Bedeutung dieses wichtigen Teils einer modernen ganzheitlichen Erziehung?

Die Berufsschüler, Junge oder Mädchen, sind den Realitäten des politischen und sozialen Lebens schon im jugendlichen Alter ausgesetzt.

Sie bedürfen deshalb dringend der Anleitung, um diese Realitäten richtig zu sehen und sie dann selbst bewältigen zu können.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, daß 90 v.H. aller Jugendlichen von 15—20 Jahren ihren letzten Kontakt mit einer Schule in der Berufsschule haben.

Es sind Jugendliche, die im Begriff stehen, sich eine eigene politische Meinung zu bilden, denn in einigen Jahren sollen sie ja bereits in politischen Fragen mitwirken und durch ihre Stimme Entscheidungen mittreffen, die für uns alle von größter Bedeutung sein könnten.

d) Der soziale Geltungsbereich

Wir brauchen nicht nur Führungskräfte! Wir können es uns einfach nicht erlauben, daß das Bildungsgefälle innerhalb unseres Volkes vergrößert wird.

Wissen hat Folgen, Unwissenheit ebenfalls!

Hier liegt der besonders pädagogische Auftrag unserer Schulen, die sich erschreckend ausbreitende Unwissenheit aufzuheben, indem der Bildungswille im einzelnen geweckt wird. Er ist viel wichtiger als der soziale Aufstiegswille.

Nur wenn wir heute unsere Schüler von dem unschätzbaren Wert eines fundierten Wissens überzeugen und dieses Wissen auch im Rahmen des Möglichen vermitteln, besitzen wir morgen aufgeschlossene Eltern, die ihren Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten gewähren wollen.

Es darf nicht möglich sein, daß Kinder von den Bildungsmöglichkeiten nur deshalb ausgeschlossen werden, weil der Besuch einer weiterführenden Schule den Eltern als ein Sprung ins Ungewisse erscheinen mag, dem sie sich einfach nicht gewachsen fühlen.

4. Wie sieht die Umwelt die Berufsschule?

Der Staat sieht die große Bedeutung und die in diesen Schulen gegebenen Möglichkeiten der Bildung und Erziehung nur zögernd.

Ihre Anerkennung und Wertung entsprechend ihrer Bedeutung wird in dem Maße wachsen, in dem der Technisierungsprozeß fortschreitet und zur Entstehung immer größerer Verwaltungsapparate führt.

Mit neuen Schulbauten allein ist nicht alles getan!

Die Schule muß mit Leben erfüllt werden. Der Schüler einer kaufmännischen Berufsschule in Nordrhein-Westfalen hat Anspruch auf einen wöchentlichen Unterricht von 9 Stunden, der auf 2 Tage in der Woche verteilt werden soll.

In Wirklichkeit wird aber im Durchschnitt nur die Hälfte dieser geforderten Unterrichtszeit geboten, weil die Lehrkräfte fehlen oder gelegentlich andere Schwierigkeiten im Wege stehen. In Herne kann augenblicklich zwischen 70 bis 80 v.H. der geforderten Unterrichtsleistung geboten werden.

Wenn ein solcher Ausfall, wie ihn die Berufsschule hinnehmen muß, im Bereich der Höheren Schulen auftreten würde, hätte man „Katastrophenalarm“ auf dem Schulsektor.

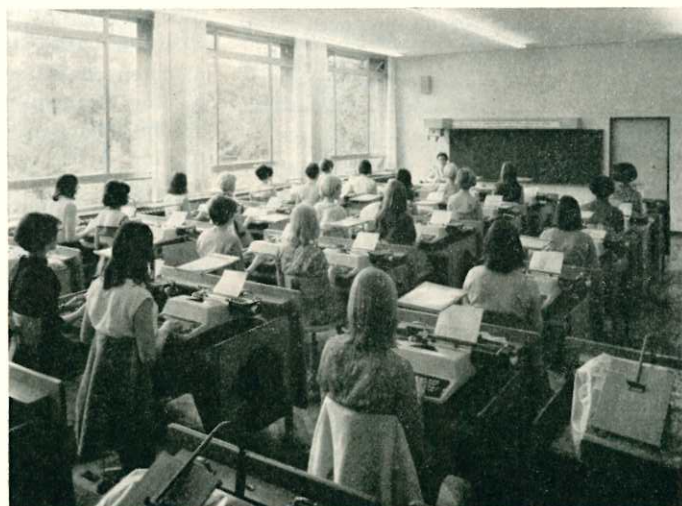
Die nachlassende Erziehungsbereitschaft der älteren Generation ist ein weiteres Negativum für die Anerkennung und die Arbeit der Berufsschule.

Das passive Verhalten der Eltern der Berufsschule gegenüber gehört zu den trübsten Kapiteln des Erziehungslebens der Gegenwart. Es gibt dafür eine Reihe sehr verschiedener Ursachen.

Eine Schule aber lebt von der Anerkennung in der Öffentlichkeit. Wenn daher die Berufsschule nicht mehr aus der falschen Sicht einer Zweitrangigkeit bewertet wird, ist vieles erreicht.

5. Die Fachklassen und ihre Studentafeln.

Die nachstehend aufgeführten Fachklassen werden in den kaufmännischen



Klasse der Bürogehilfen beim Unterricht an elektrischen Schreibmaschinen.

Berufsschulen gebildet. Sie verdeutlichen die Fülle des Lehrstoffes ebenso wie die ganze Breite der Lebens- und Praxis-Nähe der Arbeit der kaufmännischen Berufsschulen.

Fachklassen für die	Apothekenhelferin
"	die Arzthelferin
"	den Groß- und Außenhandelskaufmann *
"	den Bankkaufmann
"	den Buchhändler
"	die Bürohilfin *
"	den Drogeisten
"	den Einzelhandelskaufmann *
"	den Eisenbahner
"	den Fotolaboranten
"	den Grundstückskaufmann
"	den Hotelgehilfen
"	den Industriekaufmann *
"	den Luftverkehrskaufmann
"	den Postjungboten
"	den Rechtsanwaltsgehilfen
"	den Reisebürogehilfen
"	den Speditionskaufmann
"	den Steuerberatungsgelhilfen
"	den Verlagskaufmann
"	den Versicherungskaufmann
"	den Verwaltungsangestellten
"	den Werbekaufmann
"	die Zahnarzthelferin
"	den Bürokaufmann *
"	den Bergbau-Industriekaufmann *

Die mit einem Sternchen (*) bezeichneten Fachklassen bestehen zur Zeit in Herne. Weitere werden angestrebt, soweit geeignete Lehrkräfte vorhanden sind und die Zahl der Schüler die Einrichtung rechtfertigt. — Für eine Anzahl von Berufen sind eigene örtliche Fachklassen nicht lohnend. In diesen Fällen sind für jeweils einige Städte zentrale Bezirksfachklassen eingerichtet, so in Bochum und Dortmund.

Zwei Beispiele der Studententafel für kaufmännische Lehrlinge

(3jährige Ausbildungs- und Schulzeit)

Studententafel Bürogehilfinnen

sowohl Volksschulabschluss als auch Mittlere Reife

	1. Jahr Unter-	2. Jahr Mittel-	3. Jahr Ober-
	stufe	stufe	stufe
Bürgerkunde	1	1	1
Deutsch	1	—	—
Bürokunde mit schriftl. Arbeiten und Buchhaltungsübungen	2	2	—
Kaufm. Rechnen	1	1	—
Kurzschrift	3	2	—
Maschinenschreiben	4	2	—
Hauswirtschaftskunde	—	—	3
Religionslehre	1	1	1
Wochenstunden insgesamt:	13	9	5

Studententafel für Industrieklassen

sowohl Volksschulabschluss als auch Realschulabschluss und Handelsschulabschluss

	1. Jahr Unter-	2. Jahr Mittel-	3. Jahr Ober-
	stufe	stufe	stufe
Bürgerkunde	1	1	1
Deutsch	1	1	—
Wirtschaftslehre mit Schriftverkehr	2	2	2
Kaufm. Rechnen	2	1	2
Wirtschaftserdkunde	—	1	—
Buchführung	—	1	2
Kurzschrift	2	1	1
Religionslehre	1	1	1
Nur für Mädchen: Gesundheitspflege	2	—	—
Hauswirtschaft	—	4	—
Wochenstunden insgesamt:	9 (11)	9 (13)	9

(die Stundenziffern in Klammern = Stunden der weiblichen Klassen)

Die Kaufmännische Berufsaufbauschule (in Herne noch nicht vorhanden)

1. Bildungsziel und Aufbau

Die Kaufmännische Berufsaufbauschule ist eine Schulform, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat. Sie hat die Aufgabe, strebsamen und befähigten kaufmännischen Lehrlingen und Kaufmannsgehilfen eine gehobene Allgemeinbildung und eine vertiefte fachtheoretische Ausbildung ohne Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit zu vermitteln. Sie ist eine Einrichtung des zweiten Bildungsweges mit dem Ziel, ehemalige Volksschüler(innen), die sich in einer kaufmännischen Lehre befinden oder diese bereits abgeschlossen haben, nach 7semestrigem Besuch zur Fachschulreife zu führen. Die Kaufmännische Berufsaufbauschule wird als Teilzeitschule geführt. Der Besuch geschieht auf freiwilliger Basis.

Der Unterricht findet jeweils an drei Abenden mit je 4 Stunden in der Woche statt.

Die Bildungsstoffe sind aus nachfolgender Studententafel ersichtlich:

	Semester							Stunden
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII. u. z.	
Gehobene Allgemeinbildung								
Deutsch	3	3	2	2	2	2	2	320
Geschichte	—	—	1	1	1	1	2	120
Erdkunde	—	—	2	2	1	1	—	120
Englisch	3	3	3	3	2	2	2	360
Mathematik	2	2	2	2	2	2	—	240
Physik	—	2	2	—	—	—	—	80
Chemie	2	2	—	—	—	—	—	80
Fachtheoretische Vertiefung								
Volkswirtschaft	—	—	—	2	1	1	2	120
Betriebswirtschaft	—	—	—	—	3	3	4	200
Wochenstunden	10	12	12	12	12	12	12	1640

Aufnahmebedingungen

Alle im kaufmännischen Beruf stehenden Lehrlinge mit guter abgeschlossener Volksschulbildung und mit mindestens einem Jahr kaufmännischer Lehre können in die Kaufmännische Berufsaufbauschule aufgenommen werden.

Abschluss und Berechtigungen

Der Besuch der Kaufmännischen Berufsaufbauschule schließt mit der Fachschulreifeprüfung ab. Sie ist eine staatliche Abschlussprüfung, die von allen Ländern der Bundesrepublik anerkannt wird. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf

- einen deutschen Aufsatz,
- eine Mathematikarbeit,
- eine fremdsprachliche Arbeit,
- eine Arbeit aus einem Ergänzungsfach,
- zwei Arbeiten aus dem Fachgebiet.

Jeder Prüfling wird mindestens in einem Fach mündlich geprüft.

Das Zeugnis der Fachschulreife wird ausgehändigt, wenn vier Voraussetzungen erfüllt sind:

- Bestandene Lehrabschlussprüfung.
- Erweiterte fachpraktische Tätigkeit durch mindestens ein Jahr Tätigkeit als Kaufmannsgehilfe.
- Gehobene Allgemeinbildung.

4. Vertiefte fachtheoretische Ausbildung.

Durch die Abschlussprüfung der Berufsaufbauschule wird die gehobene Allgemeinbildung und die vertiefte fachtheoretische Ausbildung zur Erlangung der Fachschulreife erfüllt.

Der gute Volksschüler hat somit die Möglichkeit

- als kaufmännischer Angestellter in Stellungen mit gehobenen Aufgaben aufzusteigen,
- in die gehobene nichttechnische Beamtenlaufbahn einzutreten,
- Höhere Fachschulen (z. B. Höhere Wirtschaftsfachschule) oder andere weiterführende Bildungseinrichtungen (z. B. Kollegs zur Erlangung der Hochschulreife) zu besuchen.

Die berufsvorbereitenden kaufmännischen Berufsfachschulen

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Handels- und Höheren Handelsschulen leiten ihre Anziehungskraft und ihren Erfolg daraus her,

- daß allgemeine und berufliche Elemente der Bildung zu einer glücklichen Kombination vereinigt sind,
- daß sie einen Bildungsstand vermitteln, den andere Schulen nicht bieten können,
- daß sie den Jugendlichen, die eine Vorwahl für einen bestimmten Bereich bereits getroffen haben, in besonderer Weise entgegenkommen und
- daß ihre Lehrer der Berufswelt viel näherstehen als die Lehrer allgebildender Schulen.

Die Wirtschaft hat die Handels- und Höhere Handelsschulen zum Teil selbst aufgebaut, zum Teil selbst mitgestaltet. Das überzeugt von ihrer Notwendigkeit!

2. Die Handelsschule

Sie ist eine weiterführende Schule!

Die Handelsschule ist eine Unterrichtseinrichtung der kaufmännischen Grundbildung. Sie baut auf die erfolgreich abgeschlossene Volksschule auf und führt begabte Mädchen und Jungen in zwei Jahren zur Mittleren Reife

Sie ist eine Aufbauschule!

Hervorragend begabte Absolventen der zweijährigen Handelsschule können den gymnasialen Zweig der Höheren Handelsschule besuchen und mit der vollen Hochschulreife abschließen.

Sie ist eine berufsbezogene Mittelschule!

Die Schule führt, wie schon berichtet, die allgemeine Grundbildung der Mädchen und Jungen fort und erweitert sie nach der fachlichen Seite zur kaufmännischen Grundbildung.

Was will die Handelsschule?

Die Handelsschule hat den Bildungsauftrag, für kaufmännische Berufe und für die Verwaltungsarbeit bereite und geeignete junge Menschen zwischen 15 und 17 Jahren in einen in sich geschlossenen und den Neigungen und Eignungen gemäßen Bildungsgang allgemein, beruflich, politisch und charakterlich zu formen.

Die Handelsschule ist im traditionellen wie im modernen Sinne in ihrer pädagogischen Substanz eine wirkliche Bildungsschule. Sie formt die jungen Menschen wie andere Schulen vor allem durch den Unterricht, in der Arbeit mit den Bildungsstoffen und im allgemeinen Schulleben.

Das wohlüberlegte Gleichgewicht der Unterrichtsfächer und der Zusammenhang der Bildungsziele zeigt sich deutlich in der Stundentafel.

Stundentafel der Handelsschule

	Unter- stufe 1. Jahr	Ober- stufe 2. Jahr
Kultur- und gemeinschaftsliche Unterrichtsfächer		
Deutsch	5	4
Gemeinschaftskunde — Geschichte u. Staatsbürgerkunde	2	2
Wirtschaftsgeographie	2	2
Religionslehre	2	2
Wirtschaftkundliche Unterrichtsfächer		
Wirtschaftslehre mit Schriftverkehr	3	3
Wirtschaftsmathematik	5	4
Buchführung	3	2
Kontorübungen — Bürowirtschaft —	—	3
Fremdsprachen		
Englisch	5	4
Schreibtechnische Fächer		
Kurzschrift	3	3
Maschinenschreiben	3	3
Hauswirtschaftslehre — nur für Mädchen — Lebensmittelkunde mit praktischen Übungen — Lehrküche —	—	4
Gesundheitspflege Textilwarenkunde mit praktischen Übungen (Nadelarbeitsraum)	2	—
Leibesübungen	2	2 (weibl. 1)
Musische Fächer		
— Arbeitsgemeinschaft —		
Kunsterziehung	1	1
Musik	1	1

Aufnahmebedingungen

Die Aufgaben, die die zweijährige Handelsschule zu erfüllen hat, fordern von den Schülern und Schülerinnen gute Begabung und zielstrebigem Fleiß.

Die Aufnahme in die zweijährige öffentliche Handelsschule wird abhängig gemacht von dem erfolgreichen Abschluß des 9. Volksschuljahres. Die Volksschule muß außerdem den Bewerber für die Aufnahme in die Handelsschule als mindestens „geeignet“ bezeichnen (Begutachtungsbogen!).

Abschluß und Berechtigungen

Nach erfolgreichem Besuch der Oberklasse wird unter dem Vorsitz eines Vertreters der Schulaufsichtsbehörde bzw. des Direktors der Schule die Abschlußprüfung durchgeführt. Hierüber wird ein Abschlußzeugnis erteilt, das den Fachschulreifevermerk enthält. Nach Ableistung einer kaufmännischen Lehre und einem weiteren Jahr kaufmännischer Tätigkeit wird dem Absolventen der zweijährigen Handelsschule die Fachschulreife zuerkannt.

Das Abschlußzeugnis befreit

vom späteren 3jährigen Besuch der kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschule,

- ermöglicht
1. eine verkürzte Lehre und dadurch eine vorzeitige Ablegung der Lehrabschlußprüfung,
 2. einen unmittelbaren Eintritt in die Angestelltentätigkeit, erfüllt den Nachweis

1. der vertieften fachtheoretischen Ausbildung,

2. der gehobenen Allgemeinbildung zur Erlangung der Fachschulreife,

berechtigt

1. zum Eintritt in die gehobene mittlere Laufbahn des Öffentlichen Dienstes,



Im Übungskontorraum werden Schüler und Schülerinnen so realistisch wie möglich mit der Tagespraxis des Bürobetriebes vertraut gemacht. — Neben den selbstverständlich vorhandenen Schreibmaschinen fehlt es weder an modernen Rechenmaschinen, Buchungsautomaten, Aolozo-Kopiergeräten, Abzugsgeräten und Post-Freistempler.

2. zum Eintritt in eine Höhere Fachschule (z. B. Höhere Wirtschaftsfachschule),

3. zum Eintritt in die Höhere Handelsschule mit ihrem gymnasialen Zweig,

4. zum Eintritt in ein Kolleg zur Erlangung der Hochschulreife.

Zur Stellung der Handelsschule im Rahmen unseres Bildungswesens eine kritische Anmerkung:

Die Volksschule ist verpflichtet, alle 10-jährigen Schüler zu überprüfen und festzustellen, wer geeignet ist, eine weiterführende Schule zu besuchen. Und alle diese haben das Recht und die Möglichkeit, 13 Jahre eine Vollzeitschule zu besuchen und sich hier Berufs- und Lebenschancen zu erwerben.

Wer überprüft aber, ob der Schüler, der mit 14 oder 15 Jahren die Volksschule verläßt, geeignet ist, eine weiterführende berufsbildende Schule zu besuchen?

Niemand!
Und das, obwohl doch bei einem älteren Schüler mit größerer Wahrscheinlichkeit eine richtige Aussage über seine weitere Bildungsfähigkeit gemacht werden kann.

Was hat es beispielsweise für einen Sinn, daß aus elterlichem Prestigedenken oder aus dem gewaltsamen Bemühen, mehr Abiturienten für den Lehrerberuf oder für welche Berufe auch immer hervorzubringen, die Plätze der höheren Schulen Jahr für Jahr in erheblicher Zahl mit Schülern blockiert werden, die die Schule ohne Abschluß abbrechen.

Wer kann ermessen, wie sich der Schock des Versagens auf die weitere Entwicklung eines jungen Menschen auswirkt?

Die zweijährige Höhere Handelsschule

Bildungsziel und Aufbau

Die zweijährige öffentliche Höhere Handelsschule hat die Aufgabe, junge Menschen, die bereits eine gehobene Allgemeinbildung erreicht haben und den kaufmännisch-wirtschaftlichen Berufszweig bevorzugen, so auszubilden, daß sie gehobene Stellen im gesamten kaufmännischen Bereich, im öffentlichen Verwaltungsdienst und in ähnlichen Arbeitsgebieten mit Erfolg ausfüllen können.

Neben der wirtschaftlichen Ausbildung verlangt diese berufliche Vorbereitung die Schulung des ganzen Menschen — eine lebensnahe Ganztagsbildung — damit er befähigt wird, verantwortungsbewußt seine Berufsaufgaben zu erfüllen.

Da häufig Absolventen der zweijährigen Höheren Handelsschule in leitenden Stellungen aufsteigen, müssen sie vor allem lernen, die Zusammenhänge im Wirtschafts- und Kulturleben von Volk und Staat zu verstehen.

Die Bildungsstoffe sind aus nachfolgender Stundentafel ersichtlich:

	Unter- klasse	Ober- klasse
Religionslehre	2	2
Deutsch	4	4
Geschichte und Gemeinschaftskunde	2	2
Wirtschaftsgeographie	1	2
Englisch	4	4
Französisch/Spanisch	4	3
Wirtschafts- u. Soziallehre	5	5
Rechnungswesen	2	2
Mathematik	4	3
Physik	2	—
Bürowirtschaft:		
a) Kurzschrift	—	2
b) Maschinenschreiben	2	2
c) Organisationslehre	1	2
Leibesübungen	2	2
Freiwillige Arbeitsgemeinschaften		

Aufnahmebedingungen

Als Vorbildung ist gesetzlich vorgeschrieben

1. Übersetzungszeugnis in die 11. Klasse (Obersekunda) eines Gymnasiums oder
2. Abschlußzeugnis einer Realschule oder
3. das aufgrund der Ordnung der Fremdenprüfung zur Erlangung des Abschlußzeugnisses einer Realschule erworbene Zeugnis oder
4. Abschlußzeugnis einer öffentlichen zweijährigen Handelsschule oder
5. Zeugnis über den erfolgreichen Besuch eines als vollausgestalteten anerkannten Aufbauzuges an einer Volksschule oder
6. Fachschulreifezeugnis einer kaufmännischen Berufsaufbauschule.

Abschluß und Berechtigungen

Das Abschlußzeugnis der zweijährigen Höheren Handelsschule eröffnet den Zugang zum gehobenen Dienst aller nichttechnischen Verwaltungen,

ermöglicht

1. eine verkürzte Lehre und eine vorzeitige Ablegung der Lehrabschlussprüfung,

2. einen unmittelbaren Eintritt in die Angestelltentätigkeit,

befreit

vom Besuch der kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschule,

berechtigt

1. zum Eintritt in ein Kolleg zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife,

2. zum Eintritt in ein F-Gymnasium (Typen I und III) zur Erlangung der fachgebundenen Hochschulreife,

3. zum Eintritt in den gymnasialen Zweig der Höheren Handelsschule, wenn überdurchschnittliche Leistungen vorhanden sind.

Gymnasialer Zweig der Höheren Handelsschule

Bildungsziel und Aufbau

Am 27. Januar 1966 hat das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen durch einen Erlaß verfügt, daß mit Wirkung vom 1. April 1966 auch im Bereich des kaufmännischen Schulwesens Schüler und Schülerinnen über den gymnasialen Zweig der Höheren Handelsschule zur Hochschulreife geführt werden können.

Ausgewählt für diese neue Bildungsmöglichkeit wurden die Höheren Handelsschulen in Altena-Lüdenscheid, Bielefeld, Bochum, Düren, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Münster, Paderborn und Wuppertal.

Durch die Differenzierung der Höheren Handelsschule in einen berufsvorbereitenden und einen gymnasialen Zweig wurden Bildungseinrichtungen geschaffen, die jedem Schüler einer seiner Begabungsrichtung entsprechende Bildungschance gewähren und dem Prinzip der Durchlässigkeit im Bereich des berufsbildenden Schulwesens Rechnung tragen.

Der Kulturbereich Wirtschaft wird als die „neue Mitte“ gesehen, und er bestimmt auch den Inhalt aller Unterrichtsstoffe in den verschiedenen Fächern, die somit alle einen engen Bezug zur sozialen und wirtschaftlichen Sphäre haben. Das Fach „Wirtschafts- und Soziallehre“ nimmt somit einen zentralen Platz ein.

Im Gegensatz zur berufsvorbereitenden Höheren Handelsschule muß im gymnasialen Zweig, der nach einer gemeinsamen einjährigen Unterstufe die Mittel- und Oberstufe, also das 12. und 13. Schuljahr umfaßt (Unter- und Oberprima), im Hinblick auf die erstrebte allgemeine Hochschulreife die Ausrichtung auf berufliche Fertigkeiten entfallen. Die Schüler müssen hier vielmehr Arbeitsmethoden kennenlernen, die sie befähigen, in besonderem Maße intellektuelle Fähigkeiten zu entwickeln, verbunden mit sachlicher Haltung und kritischer Urteilsfähigkeit, geschult an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen.



Blick in das Lehrerzimmer mit der Lehrer-Handbücherei. Der Leiter der Schule im Informationsgespräch mit den Referendaren. — Die kaufmännische Berufs- und Berufsschule ist seit 1. Juni ds. Jahres Aushalbsseminar in Verbindung mit dem Staatl. Studienseminar für das Handelslehramt in Dortmund.

Die Bildungsstoffe sind aus folgender Studententafel ersichtlich:

	Studententafel	
	Unter- prima	Ober- prima
Religionslehre	2	2
Deutsch	4	4
Geschichte und Gemeinschaftskunde	2	2
Wirtschaftsgeographie	2	—
Englisch	4	4
Französisch/Spanisch	3	3
Wirtschafts- u. Soziallehre	7	7
Mathematik	4	4
Physik	2	2
Leibestübungen	2	2
Wahlpflichtfach	3	3
Wochenstunden insgesamt:	35	33

Freiwillige Arbeitsgemeinschaften sind bei dieser Schulform wesentliches Informations- und Erziehungselement.

Aufnahmebedingungen

Die Leistungen im ersten Schuljahr der Höheren Handelsschule (berufsvorbereitender Zweig) entscheiden über die Zulassung zum gymnasialen Zweig. Für die Schüler, die ihn besuchen wollen, ist vom Klassenlehrer ein Gutachten anzufertigen, aus dem sich als Ergebnis einer Klassenkonferenz der Leistungsstand und die Befähigung ergeben. Das Gutachten soll mehr sein als eine Zusammenfassung oder Interpretation der aus den Zeugnissen ersichtlichen Leistungsnoten. Verlangt wird eine Stellungnahme zu der Frage nach Begabung, Fleiß, Leistungswillen und den besonderen Interessen des Schülers und insbesondere zu der Frage, ob der Schüler für den Erwerb der Hochschulreife in jeder Hinsicht geeignet erscheint.

Außerdem muß in den Fächern Wirtschafts- und Soziallehre, Deutsch, 1. und 2. Fremdsprache, Mathematik und Rechnungswesen mindestens die Note „befriedigend“ und im Notendurchschnitt mindestens 2,5 erreicht sein.

In besonderen Fällen entscheidet über die Aufnahme der Regierungspräsident.

Abschluß und Berechtigungen

Das Reifezeugnis des gymnasialen Zweiges der Höheren Handelsschule berechtigt zum Studium aller Fachrichtungen an den deutschen Hochschulen.

Vorstellungen der Fachleute über den Ausbau des kaufmännischen Schulwesens in unserer Stadt

Folgende Punkte erscheinen bei der Erörterung über den Ausbau des kaufmännischen Schulwesens in unserer Stadt von besonderer Wichtigkeit.

1. Innerhalb der Wirtschaftsbereiche ist im Zuge der Veränderung der Sozialstruktur unserer Zeit der Trend zum „Tertiären Sektor der Wirtschaft“ klar erkennbar, also zur Dienstleistungswirtschaft mit den Betrieben des Handels und Verkehrs, der Banken und verwaltenden Tätigkeiten.

Diese Entwicklung führt dazu, daß die Zahl der kaufmännischen und verwaltenden Erwerbstätigen gegenüber anderen Gruppen der berufstätigen Bevölkerung immer stärker anwächst.

2. Hinzu kommt das Problem der Umstrukturierung, wovon unsere Stadt besonders betroffen ist.

Neue Unternehmungen können nur dann gewonnen werden, wenn wir etwas anzubieten haben. Dazu gehört sicherlich auch das Angebot eines gut ausgebildeten kaufmännischen Nachwuchses.

3. Besonders wichtig ist die Förderung der Berufsschüler. Etwa 90 v. H. aller Jugendlichen unserer Stadt besuchen vor Eintritt in das Erwachsenenleben eine berufsbildende Schule. Das ist also die Masse der zukünftigen Bürger unserer Stadt, denen unsere Aufmerksamkeit gelten muß.

4. Vorschläge über den Ausbau und eine Neugründung von Schulen sind gewöhnlich mit Kosten verbunden. Die meisten Vorstellungen über den Ausbau des kaufmännischen Schulwesens sind aber ohne jeden finanziellen Aufwand zu verwirklichen. Unser Herner Berufsschulzentrum hat die notwendige Größenordnung, um das kaufmännische Schulwesen den Anforderungen unserer Arbeitswelt gewachsen sein zu lassen.

Die Kaufmännische Berufsschule

Das wichtigste Anliegen ist hier wohl die Erteilung des gesetzlich zugestandenen Unterrichts von 9 Wochenstunden. Die Schulleitung in Herne ist davon überzeugt, daß dann automatisch die Prüfungsergebnisse der Kaufmannsgehilfenprüfung noch besser werden.

Die Mittelpunktlage zwischen Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel und die günstige Verkehrslage unseres Berufsschulzentrums am Bahnhof sollte die Heranziehung einiger Bezirksfachklassen, z. B. Bankkaufleute — Rechtsanwaltsgehilfen — Steuerberatungsgelhilfen und Arzthelferinnen, möglich machen.

Jahr für Jahr müssen zahlreiche kaufmännische Lehrlinge dieser und anderer kaufmännischer Berufsgruppen kaufmännischen Schulen unserer Nachbarstädte überwiesen werden. Das kostet zusätzlich Zeit und Kraft für die Schüler, für die Eltern und die Firmen und es belastet die Nahverkehrsmittel.

Die Handelsschule

Mit dem neuen Schuljahr werden zum ersten Male nach 1945 zwei Unterstufen gebildet. Rund 100 Anmeldungen beweisen ein großes Interesse der Eltern, obwohl Anmeldungen erst nach dem 9. Volksschuljahr vorgenommen werden dürfen.

Der Lehrkörper der Handelsschule ist der Meinung, daß der gute Unterbau der Volksschule, wie er gerade in Herne erarbeitet ist, in der Weiterführung der Handelsschule noch weit mehr genutzt werden sollte.

Es ist damit auch eine bewußte Förderung der Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien erreicht, die aus Erfahrung den Weg über die Real- und



In der Pause.

Höheren Schulen immer noch aus mehr oder weniger verständlichen Gründen vielfach nicht gehen wollen.

Industrie, Handel und Verwaltung brauchen die auf den kaufmännischen Beruf vorbereiteten jungen Menschen dringend, man muß sie nur anbieten können.

Man könnte die Handelsschule ohne Schwierigkeiten auf je 3 bis 4 Unter- und Oberstufen ausbauen. Das wäre eine Kapazität von rund 200 Schülern.

Die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen hierzu sind in Herne zum großen Teil durch das Verständnis von Rat und Verwaltung geschaffen. Die Verantwortlichen sind ständig bemüht, die bestmöglichen personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Es dürfte nur wenige kaufmännische Schulen in unserer Umgebung mit gleich günstigen räumlichen Voraussetzungen für eine zeitgerechte Ausbildung und Erziehung an der in die Wirtschaft gehende Jugend geben.

Zur Höheren Handelsschule

Die Gründung einer zweijährigen Höheren Handelsschule wäre eine wichtige Ergänzung des Schulwesens unserer Stadt. Allerdings müßte für dauernd die Gewinnung qualifizierter Wirtschaftspädagogen gesichert sein. Zubringerschulen sind hier vor allem die Realschulen, die Mädchengymnasien und die Handelsschulen, selbst auch aus den Städten Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel, in zweiter Linie allerdings auch die Jungengymnasien.

Die Höhere Handelsschule ist keineswegs ein Konkurrenzunternehmen des bereits vorhandenen Wirtschaftsgymnasiums. Sie hat eine andere Zielsetzung. Junge Menschen, die nicht studieren wollen, können ihre Allgemeinbildung durch eine gehobene wirtschaftliche Bildung mit der so notwendigen gleichzeitigen Hinrichtung auf die Praxis ergänzen. Im allgemeinen Bewußtsein spukt leider immer noch die Auffassung, die ganze Welt des Technischen und der Arbeit sei etwas Zweitklassiges. Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Vielleicht kann eine Höhere Handelsschule mit dazu beitragen, falsche Prestigevorstellungen abzubauen. In manchen Fällen wird ein berufsnäherer Bildungsweg, der alles an überflüssiger Theorie erspart und nur unerlässliches Rüstzeug bietet, für den jungen Menschen viel geeigneter sein als der Gang zur Universität.

Eine Schlußbemerkung

Es war das Ziel, mit diesem Beitrag einmal einen umfassenden Überblick über die Vielgestaltigkeit des kaufmännischen Schulwesens überhaupt und über seinen Bestand und seine Möglichkeiten in unserer Stadt zu geben. Die

Möglichkeiten der Weiterbildung in den kaufmännischen Berufs- und Berufsaufbauschulen, den Handelsschulen und Höheren Handelsschulen sind der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, um voll ausgeschöpft zu werden.

Es ist nur zu wünschen, daß mit dem Entschluß der Stadt Herne, eine eigenständige kaufmännische Schule zu gründen, der Anfang einer Entwicklung gesetzt wurde, die zum Wohl unserer Jugend, der Industrie, dem Handel und der Verwaltung wohlausgebildete Kräfte bereit macht, die in der kommenden Generation die Zukunft und das Wohl unserer Stadt tragen können.

Der Umstrukturierungsprozeß zwingt mehr oder weniger alle Bürger zum Umdenken und zur Bereitschaft des Mithelfens in der Entwicklung neuer Gedanken und Initiativen. Die Menschen im Ruhrgebiet und insbesondere

im engeren Bereich des Bergbauzentrums haben es verdient, daß nur alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um ihnen neue berufliche Möglichkeiten zu erschließen. In unserer Zeit des vielfachen wirtschaftlichen Umbruchs muß gerade die Jugend der benachteiligten Bergbaustädte in die Lage versetzt werden, mit der Jugend der bessergestellten Städte wenigstens gleiche Startbedingungen für Beruf und Leben zu empfangen.

Das kaufmännische Schulwesen in unserer Stadt möchte seinen Beitrag dazu leisten!

Quellenangabe

Diesem Bericht liegen u. a. folgende Quellen aus der anerkannten Fachliteratur und der aktuellen Verbandsarbeit des Verbandes Deutscher Diplomhandelslehrer zugrunde.

Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, herausgegeben im Auftrage des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer e. V. Winklers-Verlag, Gebr. Grimm, Darmstadt, 1963, mit folgenden Beiträgen:

Urbschat: „Die Schüler der kaufmännischen Schulen“.

Fürst: „Wirtschaftsbildung als Forderung unserer Zeit“.

Hinneburg: „Mädchenbildung in kaufmännischen Schulen“.

Schmitz: „Politische Erziehung an kaufmännischen Schulen“.

„Die kaufmännische Schule“ — Mitteilungsblatt des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Empfehlungen zum Ausbau des kaufmännischen Schulwesens.

Eine Schrift des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer e. V.

Pfeiffer: „Über die Ausgestaltung des kaufmännischen Schulwesens“ — Kurzfassung des Bildungsprogramms 1965 des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer.

Wiege der Ruhrindustrie

Vom Bergbau und der Metallverarbeitung im alten Märkischen Sauerland

Eine Übersicht und Quellensammlung von Dr. Klaus Rockenbach

(Fortsetzung und Schluß aus Heft 1/2 — 1967)

In einer Zeit, in der vieles sich wandelt, was an industriellen und wirtschaftlichen Kräften bisher als feststehend galt, vieles unhaltbar erscheinende aufzugeben, ja oft unter fragwürdigen Umständen zerstört wird im Bereich der „klassischen“ Industriezweige des Ruhrgebietes, erscheint ein Rückblick auf einige der hauptsächlichsten Wurzeln des gigantischen Etwas lohnend, das rund ein Jahrhundert lang Leben und „Image“ des heutigen Ruhrgebietes formte. Das Zusammenspiel der natürlichen und politischen Kräfte wurde in dem im vorigen Heft gebotenen ersten Teil der Arbeit des Autors zugleich mit vielen Quellenhinweisen aufgezeigt. — Hier folgt nun, immer durchgezogen von den historischen Darlegungen eine weitere Fülle von wertvollen Quellenangaben zur „Frühgeschichte“ wesentlicher Teile der Ruhrindustrie. — Der Redaktion sei gestattet, den berechtigten Hinweis eines Fachmannes zum 3. Absatz des zuerst veröffentlichten Teiles hier inhaltlich weiterzugeben: Er weist darauf hin, daß nicht der Erzbergbau seit undenklichen Zeiten der erste und ausschließliche Bergbau gewesen sei, sondern, wie in „Herne — unsere Stadt“ in der Oktober/November-Ausgabe 1965 ausführlich dargestellt, der planmäßige industrielle Bergbau auf Feuerstein als der Grundlage der Werkzeug- und Waffenherstellung. — Im Grunde haben beide Meinungen recht, denn beide beziehen sich auf verschiedene und verschieden gemeinte Zeitspannen.

Auch das bergische Land wurde nach mineralischen Schätzen durchsucht. Selbstverständlich lag nirgends geregelter Betrieb vor, man schmolz das Material, soweit man es leicht an der Oberfläche des Bodens gewinnen konnte. Auch waren die gewonnenen Mengen immer nur klein, nicht so groß, daß sie nicht ein Mann in einem hölzernen Becken hätte forttragen können. . . . (Entnommen dem wichtigen Kapitel „Die Kleiseisenindustrie, ihre Entwicklung und ihre heutige Lage“, Bd. 4, S. 249—320.)

Ein Autor des vorigen Jahrhunderts drückt sich indes noch konkreter aus. Es

ist der Paderborner Geheime Justizrat und Landgerichtsrat Georg von Detten (†1919). Er befaßte sich viel mit westfälischer Wirtschaftsgeschichte. Sein Hauptwerk ist „Die Hansa der Westfalen“ (1897). Wichtig ist auch seine Abhandlung „Über die wirtschaftlichen Verhältnisse Westfalens im Mittelalter“, die neben den Beiträgen anderer Fachleute seinerzeit in dem Sammelwerk „Aus Westfalens Vergangenheit“ (1893) erschien.

„In der Grafschaft Arnsberg“, so führt diese Abhandlung (S. 44) aus, „war um 1348 der Bergbau so einträglich, daß nach dem alten Lagerbuche der Zehnte der dortigen Eisenhütten bereits 500 Goldgulden abwarf. Die vorzügliche Art gehärteten Eisens, welche im Iserlohnschen unter dem Namen Osemund verhüttet wurde, zeitigte eine schwinghafte Fabrikation von Waffen aller Art, in Messern, Sensen und sonstigem Eisengerät, das weithin die Warenlager der Handelsstädte füllte . . . Kurz: die Schmelzöfen der Gießereien, die Werkstätten der Panzerschmiede und Schwertfegereien bedeckten in einem weiten Bogen bis nach Marsberg und das Paderborner Land das bergische Westfalen. Hier, wo so viele Gewässer zugleich der Menschenfaust zu Hilfe kamen, an der Ruhr und ihren Nebenflüssen, in den Tälern der Volme, Ilme, Lister und Diemel blühten deshalb besonders die Zünfte der Metallarbeiter, die Stahl- und Hammerschmiede, die Schwertfeger, Panzerschmiede und Schlosser.“

Solche erste Verhüttung war noch primitiv. Die Erze wurden an der Erdoberfläche ausgegraben (Tiefbau gab es nicht) und gleich an Ort und Stelle verhüttet. Mit ganz einfachen Schmelzverfahren schied man das Eisen in nicht einmal mannshohen Lehmöfen aus. In späteren Zeiten dagegen schmolz man in gemauerten Öfen ein zunächst kohlestoffhaltiges und daher sprödes Eisen, das bei einem folgenden zweiten Schmelzvorgang, der auch immer am nächsten Tage stattfand, viel Kohlenstoff verlor und so („gefrischt“) elastisch und auch schmiedbar wurde. Dann aber wurde das Metall sogleich auch an Ort und Stelle ausgeschmiedet. Aus diesen Gründen bedeuten oft urkundliche Belege und Quellen des frühen und auch noch hohen Mittelalters mit Berichten über das Schmiedegewerbe, daß es gleichzeitig am selben Platz Bergbau gab.

Von hier aus gesehen werfen die Ausführungen des westfälischen Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Seeger ein weiteres Licht auf den ersten sauerländischen Bergbau und das damit verbundene Metallgewerbe. „Im Berglande“, so stellt dieser Autor in seinem Buch „Westfalens Handel und Gewerbe bis ins 14. Jahrhundert“ (1926, S. 81 f.) fest, „war das Schmiedegewerbe häufiger; über das ganze platte Land verteilten sich die Wald- oder Isenschmiede . . . nächste größere Ortschaft, Dorf oder Stadt, zum Verkaufe trugen. Dort wurden sie wohl, wie wir an der Einwanderung nach Dortmund gesehen haben, vielfach ansässig. Die Herstellung von Stahl fand in der Regel in Städten, doch auch auf dem platten Lande statt.“ Wo aber lagen diese, wenn auch meist kleinen Städte? — Immer wieder im erdzreichen Gebirgsland.

Natürlich verdanken wir neben Ernst Voyer, Georg von Detten und Hans-Joachim Seeger noch manchem anderen Autor wertvolle Ausführungen zur märkischen Industriegeschichte.

Eine wichtige historische Quelle ist bereits das zweibändige Werk des Verwaltungsbeamten und „Fabriken-Kommissars“ Friedrich August Alexander Eversmann, „Übersicht der Eisen- und Stahlerzeugung auf den Wasserwerken zwischen Lahn und Lippe“ (1804). Eversmann, der 1780 zusammen mit dem späteren Neuorganisator der preußischen Kommunalverwaltung Freiherrn vom Stein eine Bereisung der Mark durchge-

führt hatte, stellt bereits viele, heute weltbekannte Firmen in ihren Anfängen dar. Er behandelt u. a. technische und kommerzielle Probleme. Er gibt Aufschluß über den damaligen Maschinenpark der Firmen. Seine farbige Übersichtskarte in vier Teilen, die er mit dem Werk veröffentlichte, ist eine der ersten neuzeitlichen Industriekarten.

Rund ein Jahrhundert später erschienen zwei weitere, noch heute wertvolle Vom offenen Lande im gebirgigen Westfalen müssen zahlreiche Schmiede stammen, die um die Wende des 13. Jahrhunderts in Dortmund einwanderten. Handel hat sich aus diesem Handwerk dergestalt entwickelt, daß die Waldschmiede, soweit sie ihre Fabrikate nicht sofort absetzten, das fertige Eisen oder die hergestellten Werkzeuge in die Werke. Das erste ist das vierbändige Handbuch von Ludwig Beck „Geschichte des Eisens“ (2. Aufl. 1891—99). Zwei Jahrzehnte später veröffentlichte der Historiker Aloys Meister († 1925), Universitätsprofessor in Münster, eine dreibändige, an Tatsachen-Nachweisen reiche Festschrift „Die Grafschaft Mark — Festschrift zum Gedächtnis der 300-jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen“ (1909).

Ihr folgten in unseren Tagen der Kölner Universitätsprofessor Bruno Kuske († 1964) mit seinem Buch „Wirtschaftsgeschichte (erste Auflage: Wirtschaftsentwicklung) Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert“ (1943, 2. Aufl. 1949), der Düsseldorfer Archivrat Emil Dösseler mit seinem bemerkenswerten Buch „Die Wirtschaft der Grafschaft Mark unter Brandenburg-Preußen 1609—1806“ (1961), der Theologe, Historiker und Universitätsprofessor zu Münster Georg Schreiber († 1963) und sein Buch „Der Bergbau in Geschichte, Ethos und Sakralkultur“ (1962, mit einem Kapitel über Westfalen). Mit Neugierde wird das Erscheinen zweier wirtschaftsgeschichtlicher Werke aus dem Nachlaß des bereits erwähnten Historikers Albert K. Hömberg erwartet, die angekündigt sind.

Neben solchen Zusammenfassungen aber hat es in den letzten Jahren nicht viele weitere erfolgreiche Vorstöße in bisher unbekanntes Neuland der Forschung gegeben, wie sie mit seinen Grabungen und Forschungen Museumsdirektor Karl Brandt vom Herner Emschertalmuseum im Raum zwischen Ruhr, Lippe und Diemel unternommen hat, daneben Studienrat Manfred Söneck, Lüdenscheid in seinem Bereich mit seinen Ausgrabungen frühmittelalterlicher Verhüttungsplätze im südwestlichen Sauerland und weiter Hauptlehrer Otto Krasa, Gosenbach mit noch stärkerer Intensität und mit größtem Erfolg für das Siegerland unternahmen. Nicht übersehen werden dürfen als Stätten industriegeschichtlicher Forschung auch das Bergbau-Museum in Bochum und das schon erwähnte Emschertalmuseum in Herne oder das Burgarchiv Altena unter Ferdinand Schmidt († 1953) — (wir nennen hier nur sein

viel zu wenig bekanntes Werk „Das Eisengewerbe im Süderland bis zur Stapelzeit (1744)“ (3 Bde., 1949) — und unter seinem heutigen Leiter Franz Krins.

Die große wirtschaftliche Depression des 17. Jahrhunderts

Immerhin hatte sich bis zum 16. Jahrhundert der Metallbergbau der Grafschaft Mark zunächst derart entwickelt, daß uns der Historiker Aloys Meister in seiner bereits erwähnten „Festschrift“ aus Quellen dieser Zeit über 30 verschiedene kleine Bergwerke hat nachweisen können. Diese wiederum belieferten zahlreiche kleine Hütten. Eine blühende Metallindustrie war die Folge. Dann aber schien die eigene Erzeugung der Mark bald nicht mehr auszureichen, ja ihr Ertrag begann zu versiegen, denn Roheisen lieferten jetzt auch das benachbarte kurkölnische Sauerland und das Nassauische Fürstentum.

Zwar berichten 1663 ein Bergmeister Hans Kutschauer und 1688 Jakob am Ende von Eisenfunden, Mutungen, Belehungen und Bergwerken; aber nur die Orte Neuenrade, Dahle, Hemmer, Iserlohn, Kierspe, Meinerzhagen und besonders der Raum von Valbert kannten im 17. Jahrhundert einen geringfügigen Eisenabbau. Aus diesem Raum hören wir auch von Eisenhütten. Die Förderung bei Breckerfeld war sehr zurückgegangen. Während des 18. Jahrhunderts verhütteten zeitweilig allein die Hochöfen zu Sundwig und Rödinghausen märkisches Erz; es stammte aus Dahle und aus dem nahen „Felsenmeer“ mit seinem zerklüfteten Kalkfelsen, einem heutigen Naturschutzgebiet. Gerade auf den 1736 gebauten Hochofen von Sundwig richteten sich große Hoffnungen. Er sollte die Industrie wieder stärker zur Produktion anregen. Doch erfüllten sich diese Hoffnungen nicht.

An den Bachläufen des Süderlandes aber blühte das Osemundgewerbe, das sein Eisenerz lange genug aus nahen Gruben bezog, bis im 18. Jahrhundert schließlich das eingeführte Erz bei weitem überwog. Der zähe, zu Knüppeln geschmiedete Stahl gelangte an die einheimischen Drahthersteller, aber auch an die Schneidewaren- und Schwerterindustrie des westlichen Herzogtums Berg. — Der Dreißigjährige Krieg (1618 bis 1648) beeinträchtigte das Osemundgewerbe nicht wesentlich.

Traditionsreiche Industriestädte

Welche Städte des südlichen Ruhrgebietes und Märkischen Sauerlandes können nun heute auf eine besonders alte Industrie zurückblicken? — Hier sei eine kurze Übersicht gegeben, die nichts mehr sein will als Hinweis und Andeutung, aber bewußt auf tiefgründige Darstellung von Einzelheiten verzichtet.

Altena, heute eine Kreisstadt mit 24 000 Einwohnern, war bekannt durch seine Eisenverarbeitung — zunächst wegen der Ausnutzung benachbarter Gruben — seit dem 16. Jahrhundert. Vor allem war es jedoch das

Drahtgewerbe, das anschließend die Grundlage zur wirtschaftlichen Blüte der Stadt schuf.

Bochum wurde — heute mit 367 000 Einwohnern — zunächst ein Schwerpunkt des Kohlebergbaus und dann der Stahlindustrie. Seit dem Jahre 1816 beherbergt die Stadt eine Bergschule zur Ausbildung von Grubenbeamten, die heute die größte des Kontinents ist, seit dem Jahre 1928 das berühmte Bergbaumuseum, eine historische Forschungsstätte ersten Ranges. In ganz anderen Bereichen ist Bochum neuerlich als Sitz der neuen Ruhruniversität „ins Gespräch gekommen“, nachdem mit der Opel-Ansiedlung ein entscheidender Schritt in der Umstrukturierung von der Bergbaustadt zur krisenfesten Industriestadt einer möglichst vielschichtigen Prägung geglückt war. — Noch 1815 war Bochum eine Ackerbauernstadt von nur 2000 Einwohnern. Immerhin wird bereits um das Jahr 1520 Steinkohlenbergbau vor den Toren der Stadt erwähnt. 1736 oder 1738 (die Daten der Heimatliteratur geben teils das eine, teils das andere Jahr an) errichtete Preußen in Bochum das „Cleves-Mörs- und Märkische Bergamt“. Dieses Bergamt wurde im Laufe der folgenden Jahrzehnte allerdings von Bochum nach Schwerte, Hagen, 1780 nach Wetter und 1816 wieder nach Bochum verlegt. Ein 1792 neu geschaffenes „Westfälisches Oberbergamt“ aber kam 1804 kurzzeitig nach Essen. Seit 1816 ist Dortmund dann wieder Sitz dieser Behörde. (Dieses Bergamt besaß bereits weitgehende Befugnisse. Denn es setzte die Preise fest, prüfte Rechnungen, wies Arbeitskräfte zu und bestimmte Lohnhöhe und Arbeitszeit. Ferner bestimmte es über Zubeße der Gewerke und Ausbeute, über Einstellung und Entlassung von Personal.)

Breckerfeld (heute 6000 Einwohner), das im Jahre 1205 erstmalig urkundlich erwähnt wird und 1396 Stadtrechte erhielt, war einmal ein bedeutender Handelsplatz. Es lag an der Kreuzung der im Mittelalter wichtigen Straßen Köln—Dortmund und Frankfurt—Niederlande. Es exportierte heimische Eisenwaren, so u. a. besonders gute Messer weit über den westfälischen Raum hinaus bis nach Antwerpen, England und nach dem russischen Nowgorod.

Dortmund war nicht nur im Mittelalter die einzige westfälische Freie Reichsstadt, deren Territorium allerdings nie den Gesamtumfang von 27 qkm überschritt, sondern ebenfalls eine bedeutende Handelsmetropole. Wie auch das märkische Soest und die märkische Hansestadt Unna, förderte Dortmund den Umschlag der sauerländischen Metallzeugnisse. Seine Kaufleute beteiligten sich im 13. und 14. Jahrhundert sogar an schwedischen Eisengruben, zumal auf dem kleinen Territorium der Stadt keine Erzlager waren. Dafür aber wird in der zum Kirchspiel Aplerbeck (heute Dortmund-Aplerbeck) gehörenden Bauerschaft Schüren bereits für das Jahr 1296 ein Kohlengräber erwähnt. Dieser könne gleichsam heute als der „erste Bergmann des Ruhrgebietes“ gelten, von dem Akten berichten. Umso stärker aber war dafür der Niedergang der Stadt seit dem Dreißigjährigen Krieg, der Dortmund zu einem unbedeutenden Ackerbauernstädtchen von 4397 Einwohnern im Jahre 1809 absinken ließ. Erst in den folgenden Jahrzehnten setzte wieder ein erneuter Aufschwung der Stadt ein. 1816 gründete Preußen, das sich die Stadt inzwischen einverleibte, hier das bis heute bestehende Westfälische Oberbergamt. Noch 1894 lebten hier 100 000 Menschen, heute sind es rund 650 000 Einwohner, und Dortmund hat sich längst zur größten Stadt des Reviers entwickelt. (Hörde, 1928 als Vorort der Stadt Dortmund eingemeindet, dagegen war bereits seit 1340 eine selbständige märkische Stadt. Bedeutend waren seit dem Mittelalter ihre Nagelschmiede.)

Hagen bildet heute mit seinen 202 000 Einwohnern die wichtige wirtschaftliche Brücke zwischen den Kohlereviere der Ruhr und der Industrie des Sauerlandes und des Siegerlandes, dessen letzte Eisengruben erst 1964 und 1965 stillgelegt wurden. Dafür sind hier die ersten mittelalterlichen Anfänge, Rasenerz zu verhütten und zu verarbeiten,

recht bescheiden. Erst 1746, drei Jahre vor Goethes Geburt, erhielt das Dorf Hagen Stadtrechte, 1754 gab es dort immerhin 50 Hammerwerke, von denen sicher das eine oder andere früher einmal eine Eisenschmelze mit eigenen nahen Erzgruben war.

Schon im Mittelalter betrieb die Bevölkerung von **Hemer** (heute 23 000 Einwohner) neben Landwirtschaft Bergbau. Das geschah u. a. im Raum des sogenannten „Felsenmeeres“, dessen zerklüftete Felsen heute ein Naturschutzgebiet sind. Außer Eisenstein, der an Ort und Stelle verhüttet wurde, gewann man, ähnlich wie bei Iserlohn und bei Lüdenscheid, am Naumberg Galmei (also Zinkkarbonat), der zur Messingherstellung diente. Osemundeisen zog man zu Draht aus. Im Jahre 1739 entstand die bereits erwähnte Eisenhütte von Sundwig, das im gleichen Jahrhundert auch zeitweise in der Messingverarbeitung wichtig war und das 1929 als Ortsteil nach Hemer eingemeindet wurde.

Manche Eisenschmelze und Erzgrube aber befand sich auch schon während des 12. und 13. Jahrhunderts in den Tälern, die die heutige Stadt **Hohenlimburg** (vor 1879: Limburg, heute 27 000 Einwohner) umgeben. Doch verhinderten verheerende Brände im sogenannten Kölnischen Krieg (1584—1610) und im Dreißigjährigen Krieg, der dafür die abgelegenen Täler des Sauerlandes und ihr Gewerbe schonte, zunächst eine glückliche Entfaltung des (Hohen-)Limburger Metallgewerbes. Dafür jedoch blühte die Metallverarbeitung, besonders das Drahtgewerbe, umso stärker auf, nachdem Limburg im Jahre 1709 Stadt geworden war. — Nahe (dem heute von Hohenlimburg eingemeineten) **Elsey** baute man zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert etwas Alaun ab.

Iserlohn (heute 55 000 Einwohner) war einmal der größte Industrieort in Südwestfalen. Er wurde erst 1849 durch Dortmund überflügelt. Aus einer mittelalterlichen Produktion von Ketten- und Ringpanzern entstand hier seit dem 17. Jahrhundert eine lebhafte Draht- und Nadelindustrie. Wichtiger noch wurde die Iserlohner Messingindustrie. Sie erreichte im 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Sie produzierte u. a. Spangen, Schnallen, Beschläge, Dosen, Kessel, Ketten, Haken, Klammern, Angeln. Diese Messingindustrie beruhte auf heimischem Bergbau: Nahe der Stadt abgebauter Galmei (Zinkkarbonat), mit Kupfer legiert, bot den Rohstoff. Schon das 16. Jahrhundert wies drei Vorkommen auf: „auf der Graube“ (am heutigen Karnacksberg), im „Kallerbruch“ (rechts—links der heutigen Landstraße Iserlohn—Westig) und die „alte Grube“ (westlich der Stadt). Abbau im benachbarten Kirchspiel **Hemer** trat daneben. Zeitweise wurde Galmei nach den Städten Köln, Bremen, Hamburg und in die Niederlande verkauft.

Aber erst als der Iserlohner Bürgermeister und Hofrat **Johann Caspar Lecke** die sogenannte Messinggewerkschaft oder „Messing-Compagnie“ als eine eigene Kapitalgesellschaft gründete, endeten die starken Konjunkturschwankungen. Denn aus Mangel an kundigen Bergleuten waren zunächst immer wieder Ansätze eines Abbaues (1637—1641, 1652/53, 1680) mißlungen. Diese Messinggewerkschaft aber legte endlich den Grund zu einer blühenden Industrie. Sie teufte alte Vorkommen erneut ab. Sie erschloß neue Vorkommen, so 1778, 1798, 1819/20, 1837 den ertragreichen Schacht „Leo“ und im Jahre 1840 den „Adlerstollen“, einen Tiefstollen, allerdings mit wechselndem Erfolg und Ertrag. 1853 ging die Messinggewerkschaft in der Dach- und Aktiengesellschaft „Märkisch-westfälischer Bergwerksverein“ auf. Aber seitdem waltete über dem Galmeibergbau kein glücklicher Stern mehr. Während der 1870er Jahre litt Iserlohn unter erheblichen Bergschäden, die sogar in Berlin das Preußische Abgeordnetenhaus beschäftigten. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte schloß eine Galmeigrube nach der anderen, die letzte im Jahre zu Silvester 1899.

Neben Iserlohn besaß auch **Lüdenscheid** (heute 60 000 Einwohner) viele Galmeigruben. Seine Messingproduktion stand gegen Ende des 18. Jahrhunderts nach Iserlohn an zweiter Stelle. Anderer Bergbau ist hier allerdings noch älter. Schon im 11. und 12. Jahrhundert

erzeugten viele Waldschmiede in der Umgebung Eisen. Zahlreiche Hammerwerke an Bächen — der letzte Hammer steht heute noch an der Schwarzen Ahe — entstanden später. Sie erzeugten das besonders schmiedbare Osemundeisen, das die Drahtziehereien an den Bächen vor der Stadt zu Draht auszogen. Hatte das mittelalterliche Lüdenscheid nur etwa 300—400 Einwohner — ein drastisches Beispiel für die relativ sehr kleinen Einwohnerzahlen dieser Zeiten gegenüber den heutigen Einwohnerzahlen —, so betrug die Zahl der Bürger um das Jahr 1800 etwa 1500 Personen.

Zahlreiche alte Grubeneingänge der Umgebung von **Plettenberg** (heute 29 000 Einwohner) erinnern an eine rührige Gewinnung von Eisenerz, Blei, Kupfer, Zink und Silber. Archivarische Quellen des 12. Jahrhunderts sprechen zuerst davon. Einen schwachen Höhepunkt erreichte diese Erzeugung im 16. Jahrhundert. Im Jahre 1722 aber gab es, so will es eine Zählung wissen, lediglich noch drei Bergwerke.

Schwelm (34 500 Einwohner) ist heute die Kreisstadt des industriereichen Ennepe-Ruhrkreises. Nordöstlich des Stadtkerns, in der Nähe der Wasserburg Haus Martfeld, lag einmal das Alaun- und Vitriolbergwerk „Rodenfeld“. Schon vor 400 Jahren war es bedeutend. Es bestand bis etwa um das Jahr 1700. Arnold Schöll, ein Kölner Kaufmann mit weitreichenden Handelsbeziehungen, war u. a. während des 16. Jahrhunderts der maßgebliche Gewerke; Engelbert Frowein, ebenfalls ein Kölner Bürger, war es zeitweise während des 17. Jahrhunderts. In den Jahren 1576/77 gingen fast 500 Zentner Alaun nach Köln und täglich 10 Zentner Vitriol nach den Niederlanden; beide Interessensbereiche blieben auch weiterhin die Hauptabnehmer. Innerhalb der Eisenerzlager um Schwelm trat östlich der Stadt im 17. und 18. Jahrhundert eine Grube „Rote Berge“ hervor.

Schwerte (heute 24 800 Einwohner) produzierte seit dem Mittelalter, das zunächst Erzgruben in der Nachbarschaft der Stadt erschloß, vor allem Ritterrüstungen, Schwerter und Draht. Erst die Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts vernichteten Schwertes Wohlstand.

Immerhin, zu Ende des 18. Jahrhunderts war die Grafschaft Mark der industriell am meisten entwickelte Teil Preußens. Damit schließt diese Darstellung der märkischen Industrie- und Bergbaugeschichte. — Die folgenden Jahrzehnte rissen das gewohnte alte politische Gebäude Europas nieder, brachten einschneidende Grenzveränderungen und stießen dem modernen Industriezeitalter die Tore auf.

Die Wiener städtische Zeitschrift „Stadt Wien“ fand die nachstehende Meldung aus der Arbeit des Deutschen Städtetages bemerkenswert, die man in der Tagespresse der Bundesrepublik bei der bekannten Einstellung für die hemmungslose Vorherrschaft des motorisierten Individualverkehrs als Ursache aller Verkehrs- und Finanzmisere der Städte und der öffentlichen Verkehrsmittel vergeblich suchte:

Vorrang für öffentlichen Verkehr

Einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs hat der Deutsche Städtetag gefordert; er empfahl, daß Straßen mit Straßenbahn- und starkem Busverkehr zu Vorfahrtsstraße erklärt werden sollten. Im Stadtinneren sollte auf diesen Straßen Halteverbot, in den Außengebieten mindestens Parkverbot verhängt werden. Ferner müßte auf den Straßen mit Straßenbahnverkehr für Autos das Linksabbiegen verboten werden. Durch besondere Steuerungen der Ampeln sollte außerdem für Straßenbahnen und Omnibusse eine grüne Welle geschaffen werden. Als drastisches Mittel empfiehlt der Städtetag, Fahrspuren oder ganze Straßen für die öffentlichen Verkehrsmittel zu reservieren.

Bauer und Dichter

Von Friedrich Hausmann

Getrost hätte man auch umgekehrt schreiben können, denn oft standen, wie die Dorfältesten heute noch aussagen können, die letzten Kartoffeln des Börniger Bauern Wilhelm Hoffmann draußen auf den Äckern im Emscherbruch, während der Dichter Wilhelm Hoffmann daheim im stillen Stübchen im Erntejahr gesammeltes Gedankengut zu Prologen, Schauspielen und Romanen formte.

Just zur Herbstzeit schien seine Schaffenslust besonders stark gewesen zu sein; wenn vom Emscherbruch die Nebel in dickbankigen Schichten um seinen Hof, der unmittelbar am Bruch lag, heraufzogen. Die „Lüchtemännchen“ in den Büschen seines Hofes tanzten. Für ihn, der in seinem Wesen nicht wenige Züge des Spöikenkiekers verriet, war das der rechte Auftrieb zu all seinen düsteren Landschaftsschilderungen.

Ein an seinem Hofe vorbeifließender uralter Dorfbach, dessen starke Wasserführung durch die zahlreichen Springs, an denen gerade Börnig so reich ist, bestimmt wurde, wirkte für ihn durchaus nicht störend. Der mit Buchen bestandene Buckel vor seinem Hof hielt das ganze Anwesen in immerwährendem geheimnisvoll anmutendem Dunkel. Im Innern des Buckels hauste, wie der Volksmund es wahrhaben wollte, das „Klingelpelzchen“. Ein Zwerg, dieser Bergalte, der im Laufe der Jahrhunderte durch sein Klingeln mit einem silbernen Glöckchen das Dorf aufhören ließ, denn es kündigte im Emscherland aufkommende Zeiten des Grauens an. So soll es die Pest im Emscherbruch um 1636 und auch den letzten Weltkrieg angeläutet haben.

Wenn ich als Kind von der Dorfstraße her am Abend oder in der Dämmerung an diesem dunklen Bach vorbeimüßte, kam mir das Gruseln an. Als ich einmal in den dreißiger Jahren mit dem Dichter Hoffmann darüber sprach, — er hatte gerade meine Erzählung „Der Emscherreiter“ gelesen —, spürte ich an seinem listigen Lächeln, daß wir uns verstanden.

Ja, er fand als geplagter Emscherbauer immer noch Zeit und Muße die Geheimnisse des Bruchs zu ergründen.

Hinter den drei letzten Buchstaben des Alphabets „XYZ“ verbarg er sein dichterisches Schaffen.

So stand in den 80er Jahren im damaligen Castroper Lokalanzeiger zu lesen: „Ritter Palland“, Roman von XYZ.

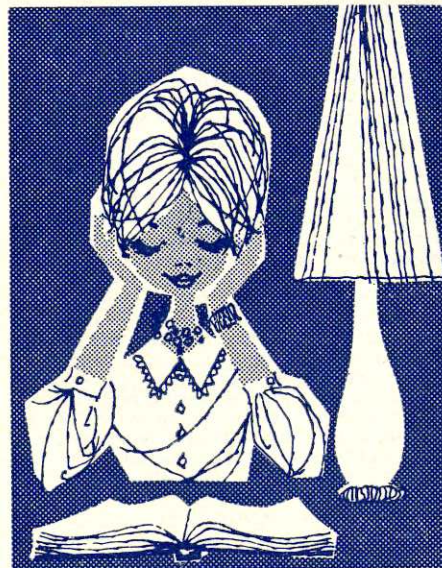
Literarisch gesehen hatte er viele Merkmale eines Geschichtsromans zu verzeichnen. Er beschrieb das abenteuerliche Leben des derzeitigen Schloßherrn der Schadeburg. Ritter Palland lebte zu Beginn des 18. Jahrhunderts und war mit seinem herrischen Wesen eine unerträgliche Last für die ganze Bauernschaft Börnigs. Das Raunen des Dorfes über seine Freveltaten veranlaßte Hoffmann zu seiner Niederschrift. Sein Drama: „Der Weidenhof“, westfälisches Lebensbild in 4 Akten nebst Vor- und Nachspiel von XYZ erschien im Selbstverlag J. Nüse, Castrop. Es behandelte das um diese Zeit in Romanen oft wiederkehrende Problem des Schuldnerbauern. Der allgemeine Niedergang des Bauerntums nach den drei schlesischen Kriegen ruinierte auch die adligen Gutsherrn. Wie einst Jeremias Gotthelf zeichnete er auch auf, wie der Bauer nicht immer schuldlos im Kampf mit den Widerwärtigkeiten der Natur und des täglichen Lebens untergeht. Handelnde Personen des handgeschriebenen Dramas waren plattdeutsch sprechende Bauern, vergräunte Tagelöhner.

Seine tiefe religiöse Auffassung verriät uns sein Drama: „Die Brüder Ewald“, ebenfalls fein säuberlich handgeschrieben, dazu jede handelnde Person einzeln aufgeschrieben. Nach vorgenommenen Veränderungen nannte er es „Das Kreuz am Wege“. Es beschreibt die Missionstätigkeit der beiden ersten westfälischen Missionare, im Volksmunde der „schwarze und weiße Ewald“ genannt.

Beide Dramen „Der Weidenhof“ und das „Kreuz am Wege“ wurden in der Pfarrgemeinde Börnig-Sodingen bei feierlichen Anlässen von Laienspielern aufgeführt.

Auch Tagesereignisse konnten ihn zum dichterischen Schaffen anregen. So schrieb er einen Prolog „Schadeburg“ aus Anlaß der feierlichen Eröffnung des Börniger Kindergartens im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts.

All diese Aussagen kreisen mit ihrem eigenwilligen Gedankengut um jenen geheimnisvollen, landschaftlich düsteren Winkel am Rande des Emscherbruchs.



Lest in der Stadtbücherei

Öffnungszeiten der Städtischen Bücherei Herne

Hauptstelle, Bahnhofstraße 7c

Mo, Di, Fr	10.00—12.00 Uhr und 14.00—19.00 Uhr
Do	10.00—12.00 Uhr und 14.00—20.00 Uhr
Sa	10.00—12.30 Uhr

Jugendbücherei

Mo, Di, Fr	14.00—18.00 Uhr
Do	14.00—19.00 Uhr
Sa	10.00—12.00 Uhr

Sodingen, Am Amtshaus

Mo, Di	14.00—19.00 Uhr
Do	14.00—20.00 Uhr
Fr	14.00—17.00 Uhr
Mi, Sa	10.00—12.00 Uhr

Baukau, Moltkestraße 81

Mo, Fr	14.00—19.00 Uhr
Mi	10.00—12.00 Uhr

Pantrings Hof, Schule Eberhard-Wildermuth-Straße

Mo, Di, Do, Fr	14.00—18.00 Uhr
Mi	10.00—12.30 Uhr

Holthausen, Schule Börsinghauser Straße

Mo, Fr	14.00—19.00 Uhr
--------	-----------------

Constantin, Schule Hermannstraße

Di	14.00—19.00 Uhr
----	-----------------

Elpes Hof, Schule Jürgens Hof

Di, Fr	14.00—19.00 Uhr
--------	-----------------